

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Amtliche Berichte über die Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung. [2. Kammer]. 1909-1918 1917**

11 (5.6.1917)

# Amtliche Berichte

über die

## Verhandlungen der Badischen Ständeverammlung.

N. 11.

Karlsruhe, den 5. Juni

1917.

### ==== Zweite Kammer. ====

#### 8. öffentliche Sitzung

am Donnerstag, den 24. Mai 1917.

##### Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingänge. Sodann

1. Fortsetzung der Beratung der Nachweisung über die Verwendung der im außerordentlichen Landtag 1915 und im ordentlichen Landtag 1915/16 bewilligten Kriegskredite (Druckf. Nr. 6) sowie der einschlägigen Petition (Druckf. Nr. 6 a), Berichterstatter Abg. Rebmann.

2. Mündlicher Bericht der Budgetkommission und Beratung über den Gesetzentwurf, den Staatshaushaltsetat für die Jahre 1916 und 1917 betr. (Druckf. Nr. 2), Berichterstatter Abg. Kopf.

Am Regierungstisch: Minister des Innern Dr. Freiherr von und zu Bodman, Geh. Oberregierungsrat Dr. Schneider, Regierungsrat Cronberger und Amtmann Dr. Fecht.

Präsident Rohrhurst eröffnet um 1/10 Uhr die Sitzung und gibt den Eingang einer Petition der Ehefrau des im Felde stehenden Landwirts Karl Grieser in Niedern um Rechtshilfe in bezug auf landwirtschaftliche Arbeit durch Gefangene bekannt.

Die Petition wird der Großh. Regierung unmittelbar überwiesen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zu Ziffer 1 derselben: Fortsetzung der Beratung der Nachweisung über die Verwendung der im außerordentlichen Landtag 1915 und im ordentlichen Landtag 1915/16 bewilligten Kriegskredite sowie der einschlägigen Petition ergreift zunächst das Wort:

Minister des Innern Dr. Freiherr von und zu Bodman:

Zur Aufklärung der Widersprüche und Unklarheiten, die zwischen den Ausführungen des Herrn Abg. Weiß-

haupt und den meinigen geblieben sind wegen der Ablieferung von Getreide seitens der markgräflichen Gutsverwaltung habe ich Erhebungen angeordnet, deren Ergebnis ich Ihnen mitteilen werde.

Abg. Seibert (Zentr.):

Zu den Ausführungen des Herrn Abg. Strobel hätte ich verschiedene Brichtigungen zu machen. Bei der Kürze der Zeit muß ich mir das aber versagen.

In der Budgetkommission habe ich auf verschiedene Klagen aus dem Bezirk Wolfach hinsichtlich der Kartoffelversorgung hingewiesen. Ich nehme an, daß die Großh. Regierung hierüber Erhebungen gemacht hat. Wie ich vorhin gehört habe, werde ich demnächst selbst Nachricht darüber bekommen. Ich brauche also heute nicht weiter darauf eingehen.

Auch die Wünsche der Schälwaldbesizer, die ich dort vorgetragen habe, will ich hier nicht wiederholen.

Nur für die Kirschenernte möchte ich Arbeitskräfte reklamieren, und zwar halte ich dafür, daß man die 15 und 16 jährigen Burschen aus den Mittelschulen, wie sie jetzt zu den Hackkolonnen angelehrt werden, auch zum Brechen der Kirsch anlernt. Sie könnten gute Dienste leisten. Vor allen Dingen aber sollten die Bauern für diesen Zweck beurlaubt und womöglich auch noch die Garnison alarmiert werden. Es ist eine Erfahrungstatsache: Wie die Blüte so die Reife. Da die Blüte sehr rasch vor sich gegangen ist, so wird auch die Reife sehr rasch vor sich gehen, und es ist zu befürchten, daß, wenn nicht Arbeitskräfte in Hülle und Fülle zur Verfügung stehen, ein großer Teil der Ernte zugrunde geht. Das wäre bei der Lebensmittelknappheit sehr zu bedauern.

Bei der Jagd auf Lebensmittel in den Zügen wird da und dort übertrieben. In Offenburg ist eine Bauersfrau angehalten und zur Anzeige gebracht worden, die ihrem Manne, der dort in Garnison lag, Eier und Butter gebracht hat. Der Mann ist aber doch der Besitzer dieser Gegenstände, und man muß schon alle juristischen Spitzfindigkeiten anwenden, bis man hier einen „Kasus“ konstruieren kann. Meines Erachtens geht man hier zu weit.

Mein Fraktionsfreund Weißhaupt hat gebeten, daß die garnisondienstfähigen und arbeitsverwendungsfähigen Bauern, die in der Etappe oder in den Garnisonen sind, über die Sommerzeit nach Hause beurlaubt werden. Ich möchte diesen Wunsch angelegentlichst unterstützen, insbesondere auch dringend befürworten, man möge die Gesuche, die in der letzten Zeit bei den Behörden eingegangen sind und noch eingehen werden, daß die garnisondienst- und arbeitsverwendungsfähigen Bauern, die außer Landes verwendet werden, mindestens in die Heimatgarnisonen verlegt werden, wo sie doch leichter Urlaub bekommen und ab und zu einmal nach ihrer Wirtschaft sehen können, wenn möglich genehmigen.

Bezüglich der Brennkessel, die eingezogen werden sollen, habe ich bereits in der Kommission darauf hingewiesen, daß mit dem Einzug der Brennkessel wahrscheinlich auch die Vernichtung unserer Edelbranntweinbrennerei Hand in Hand geht. Die Neuanschaffungskosten werden nach dem Krieg so groß sein, daß unsere Bauern sich dieselben nicht mehr leisten können. Die Bemerkungen, die in der Kommission von anderer Seite gefallen sind, sie möchten von den großen Rücklagen, die sie jetzt bei den hohen Schnapspreisen machen, etwas für die künftigen Kesselneuanschaffungen bereitstellen, sind nicht stichhaltig, denn in den letzten Jahren hat es ja fast gar keine Brennfirsen mehr gegeben. Sie konnten daher auch keine Rücklage aus dem Brantweinverkauf machen. Die zerstreut liegenden Schwarzwaldgemeinden müssen eine besondere Berücksichtigung erfahren.

Ein großes Verdienst würde sich der Herr Minister erwerben, wenn er einmal die „Zupfgeigenhansel“ einsperren wollte, die über Sonntag in Scharen auf das Land hinausgehen und dort ihren Unfug treiben. Das Bezirksamt Durlach hat m. W. schon einen Erlaß herausgegeben, daß von nachts 10 Uhr bis morgens 6 Uhr diese Gesellschaft den Wald nicht betreten darf. Ich halte es für nötig, daß man noch viel weiter geht mit dem Verbot. Man glaubt gar nicht, wie sehr durch solche Leute die Luft zwischen Stadt und Land vergrößert wird, wie viel durch sie verdorben wird, und wie sie dem Landvolke die Stimmung verderben (Zuruf: Hamstern!) und dabei noch hamstern. In der Jetztzeit, wo so viele Blutopfer gebracht werden, versteht man das nicht. Ich glaube, auch in der Stadt haben viele Leute Verständnis dafür, daß solche Fastnachtsgeschichten nicht jeden Sonntag aufgeführt werden.

Große Mißstimmung findet sich auch unter der Bevölkerung besonders in meinem Wahlbezirk über häufige Verzögerung in der Erledigung von Angelegenheiten, die das Volk als Wunsch oder Beschwerde vorträgt. Ich habe vor 14 Tagen bezüglich der Milchversorgung in Gengenbach bezw. wegen sonderbarer Behandlung des Reklamationsgesuchs für den Milchhändler Wilh. Beck Klagen vorgebracht. Es ist damals ein erneutes Gesuch an das Generalkommando durch Vermittlung des Bezirksamts abgegangen, und auf Nachfrage beim Generalkommando wurde mir heute mitgeteilt, das Offenburgische Bezirksamt habe noch nicht einmal Stellung zu der Sache genommen. Um die Aufläufe, die in Gengenbach stattfinden, kümmert sich das Bezirksamt gar nicht. Das Volk zweifelt an dem Ernst unserer Ernährungsorgen, wenn die Behörden sich so verhalten. Der Mann ist in letzter Zeit „g. v.“ geworden, und man muß sich wundern, daß solche Schwierigkeiten bei der Erledigung des Zurückstellungsgebuchs gemacht werden. Die Stadt Karlsruhe ist an der Sache ebenfalls interessiert,

denn der Reklamierte führt für Karlsruhe und die umliegenden Gemeinden von Gengenbach die Milch zusammen und verschickt sie. Wenn die Karlsruher öfter keine Milch bekommen, mögen sie sich bei dem Bezirksamt Offenburg und vielleicht auch bei dem Generalkommando — ich weiß nicht wer der Hauptschuldige ist — dafür bedanken.

Auch bei Erledigung von Urlaubsge suchen wird beim Bezirksamt Offenburg anscheinend sehr langsam gearbeitet. So weiß ich, daß ich Anfangs Januar ein Gesuch für einen gewissen Hofbauer Joseph Lehmann in Oberharmersbach eingereicht habe. Im März habe ich endlich Nachricht bekommen, daß das Gesuch befürwortend an den Truppenteil abgegangen ist. Der Mann war 12 Monate nicht in Urlaub, und wäre es heute noch nicht, wenn ich mich nicht direkt an den Regimentskommandeur gewendet hätte, der in dankenswerter Weise den Mann zu seinen 6 kleinen Kindern und zu seinem Hofe wieder einmal heimgeschickt hat.

Gewundert habe ich mich, daß der Herr Minister eine Verzögerung, die ich vorgebracht habe bezüglich der Erledigung von Familienbeihilfen für Kriegerfrauen gedeckt hat. Im Juni letzten Jahres wurde eine Beschwerde an den Landeskommissär eingereicht; sie wurde dann schließlich nach sieben Monaten vom Bezirksamt bezw. Bezirksrat Offenburg erledigt. Die Nachricht an mich durch den Landeskommissär ist allerdings erst jetzt erfolgt. Der Herr Minister meint, 7 Monate seien zu rechtfertigen; die Schuld liege am Gemeinderat in Unterentersbach, der fünfmal zu einem Bericht hätte aufgefordert werden müssen. Ich erinnere mich, daß mir eine der Frauen im letzten Spätjahr einmal gesagt hat, der Bürgermeister drängt uns, wir sollen mit unseren Forderungen heruntergehen, damit das Bezirksamt endlich einmal das Gesuch bezw. den Bericht so zurückbekommt, wie es ihn wünscht. Es scheint also, daß das Bezirksamt so lange Berichte eingefordert hat, bis sich endlich die Ansicht des Bezirksamts mit der des Bürgermeisters von Unterentersbach gedeckt hat. Beim Ministerium des Innern wird sonst prompt gearbeitet, und ich kann nur nochmals mein Erstaunen darüber zum Ausdruck bringen, daß der Herr Minister nichts dabei findet, wenn sieben Monat gebraucht werden, bis eine Beschwerde erledigt wird. Ich bin überzeugt, daß der Herr Minister mich sicherlich hätte abfahren lassen, wenn ich die Frau hätte verteidigen wollen, für den Fall, daß sie 6 Monate etwa nichts abgeliefert hätte. Verschiedene Vorkommnisse zwingen zu dem Schluß, daß das Bezirksamt Offenburg eine große Schneid an den Tag legt, wenn es gilt, die Landleute an ihre Pflichten zu erinnern — ich erinnere nur an die Strafen wegen „fahrlässiger“ Getreideschätzung — daß es aber keine Eile hat, wenn es gilt, ihnen zum Recht zu verhelfen. Der gute Wille des Volkes ist ein köstlich Gut und steht zur Zeit hoch im Kurs; er sollte nicht durch Ungeschicklichkeiten und Verzögerungen der Behörden beeinträchtigt werden. (Beifall im Zentrum.)

#### Abg. Köblin (natl.):

Die besondere Beachtung der Groß. Regierung verdient in dieser Zeit und für die Jahre des Übergangs zur normalen Friedenswirtschaft in besonderem Maße unsere heimische Fremdenindustrie. Ihr sind durch den langdauernden Krieg empfindlichste Wunden geschlagen, viele Existenzen wurden vernichtet oder an den Rand des Abgrunds gedrängt, und es ist nur zu begreiflich, daß man in den Kreisen dieser Industrie, die

ehemals zu den blühendsten des Landes gehörte, der weiteren Fortdauer der kriegerischen Zustände mit besonderer Sorge entgegensteht. Gewaltige Werte sind in unseren Kur- und Fremdenstädten angelegt. Durch ihre weitverzweigten Geschäftsverbindungen ist ihre Not zugleich die Not zahlreicher anderer Gewerbetreibender, ihr Ruin ist zugleich der Schaden unzähliger anderer Existenzen.

Seit Kriegsausbruch steht nun unsere badische Fremdenindustrie in einem schweren, wirtschaftlichen Kampfe, dessen Schärfe bedingt ist einmal durch die immer stärker werdenden Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, zum andern durch die Eigenschaft unseres Großherzogtums als Grenzland. Es ist ein Kampf, den aller Voraussicht nach ein erheblicher Teil der in Frage kommenden Industrie nicht erfolgreich bestehen kann, wenn nicht seitens der Großh. Regierung helfend beigeprungen wird. Ich habe das Vertrauen zur Großh. Regierung, daß sie sich dieser Aufgabe nicht entziehen, sondern Mittel und Wege finden wird, einen Zusammenbruch im großen zu verhüten. Dies Vertrauen stützt sich auf die Tatsache, daß die Regierung von der Bedeutung der Fremdenindustrie für unser Land seit je erfüllt ist, daß auch sie überzeugt ist, daß es sich hier nicht um eine Frage eines einzelnen Gewerbezweiges handelt, sondern um eine solche, an welcher die Gesamtheit des Landes Anteil hat, der es nicht gleichgültig sein kann, ob durch eine bis in das innerste Mark gehende Erschütterung unserer Fremdenindustrie die Leistungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit dieser gemindert, der Zuzug Kranker und Erholungsbedürftiger eingedämmt wird. Denn das darf ohne weiteres als feststehend betrachtet werden, daß eine in Blüte stehende Fremdenindustrie fördernd und befruchtend auf alle Zweige unseres gewerblichen Lebens einwirkt und daß eine Hilfe für die ohne ihr Verschulden in schwierige Verhältnisse geratenen gastlichen Unternehmen einen bedeutungsvollen Teil praktischer Mittelstandspolitik darstellt.

Die hier angerufene Staatshilfe wird aller Voraussicht nach nur eine vorübergehende sein müssen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, dann werden wir nach glücklich beendeter Kriege auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs in wenigen Jahren einer steigenden Konjunktur begegnen, welche der Regierung die Hilfstätigkeit wesentlich erleichtern wird. Dabei ist angenommen, daß der Deutsche aus diesem Weltkriege manches gelernt und zum mindesten die Untugend verlernt haben wird, nur denjenigen für einen ganzen und schneidigen Kerl anzusehen, den seine Reisen, an den Herrlichkeiten des Heimatlandes vorbei, stets außerhalb des Reiches führen. Das gestärkte völkische Bewußtsein ist es, auf welches in der Zukunft auch in dieser Hinsicht gehofft werden darf; es wird auch unserem an Naturschönheiten, an bevorzugten Gegenden und segenspendenden Thermen reichen Lande von Wert und Vorteil sein. Diese Hoffnung auf eine steigende Konjunktur ist für unsere Fremdenindustrie einer der erfreulichen und günstigen Ausblicke, die sich in dieser schweren Zeit bieten. Es wird die erhoffte Hochkonjunktur für unsere Fremdenindustrie und damit für die Mehrzahl unserer Gewerbebetriebe aber nur dann restlos auswertbar sein, wenn den im Dienste des Fremdenverkehrs stehenden Einrichtungen die volle Leistungsfähigkeit gesichert, wenn von diesen der Druck der Ungewißheit genommen ist, ob sie überhaupt in der Lage sein werden, sich den Forderungen der neuen Zeit anzupassen.

Die Hilfstätigkeit der Regierung könnte zweifacher Art sein. Ich denke zunächst an gewisse steuer-

liche Maßnahmen und Erleichterungen, in besonderem Maße aber an die Beschaffung billigen Kapitals, das den einzelnen in der Fremdenindustrie tätigen Geschäftsmann in die Lage versetzt, rechtzeitig seinen Betrieb wieder in Schwung zu bringen, aus- oder aufzubauen, um Teil zu haben an der für die Friedenszeit erwarteten Ernte. Ich verkenne durchaus nicht die Schwierigkeiten, die sich bei der oft hohen Belastung der einzelnen Objekte gerade dem letzten Vorschlage entgegenstellen. Da es sich aber darum handeln wird, Wunden zu heilen, welche der Krieg schlug, wird es, so hoffe ich, doch einen Weg geben, der zu einem alle Teile befriedigenden Ergebnis führt.

Die Befürchtungen, durch die schwierigen Verhältnisse auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung zu einer Lahmlegung der Betriebe hingeführt zu werden, nicht mehr in Stande zu sein, auch bescheidene Anforderungen bezüglich der Lebenshaltung erfüllen zu können und damit den Zuzug zu den Kur- und Fremdenplätzen unterbunden zu sehen, haben sich bei uns im Großherzogtum Baden erfreulicherweise nicht verwirklicht. Die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete und die bangen Zweifel, die sich in dieser Richtung eingestellt hatten, sind dank den verständnisvollen Maßnahmen der Großh. Regierung behoben. Es ist dankbar anzuerkennen, daß es gelang, die Lebensmittelversorgung des Fremdenverkehrs im großen und ganzen sicherzustellen und damit einem wichtigen Berufszweige günstigere Ausblicke zu eröffnen.

Bei dieser Gelegenheit sei der Erwartung Ausdruck gegeben, daß dieses dankenswerte Vorgehen der Regierung auf der dadurch betroffenen Seite ein verstärktes Pflichtgefühl in der Richtung auslöst, daß man sich nun mit allen Mitteln eines sparsamen Verbrauches wichtiger Lebensmittel besleißigt, daß man sich ängstlich fernhält von allem Luxus der Tafel, der nicht in diese schwere Zeit paßt; es darf ferner erwartet werden, daß auch das Publikum sich hinsichtlich der Lebenshaltung einer weisen Selbstbeschränkung unterwirft, die eigentlich selbstverständlich sein sollte, sich aber oft gerade bei denen nicht vorfindet, die mit gutem Beispiel voranzugehen berufen wären.

Es gab eine Zeit, da schien es, daß die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung zu einer Kontingentierung des Fremdenverkehrs oder gar zu einer Sperre führen würden. Bayern ging auf diesem Gebiete selbständig und in ziemlich radikaler Weise vor, indem es zunächst auf 3 Monate den Verkehr von Außerbayern nach bayerischen Fremdenplätzen sperrte, eine Maßnahme, die allerdings inzwischen eine gewisse Milderung erfahren hat. Unsere Regierung ist erfreulicherweise diesem Schritte nicht gefolgt, der letzten Endes nichts anderes bedeutet, als das offizielle Eingeständnis, daß man an der Lösung der Lebensmittelverteilungs- und Ausgleichungsfrage verzweifelte. Bei uns hat die oft gerühmte deutsche Organisationskraft auch diese Schwierigkeit unter Ausschaltung einer Doppelversorgung des Fremdenverkehrs behoben, und so konnten Maßnahmen unterbleiben, welche die schwersten Schädigungen für das gesamte Fremden Gewerbe und die mit ihm in enger Fühlung stehenden Gewerbe im Gefolge gehabt hätten. Dafür hat sich die Großh. Regierung den Dank und die Anerkennung der gesamten badischen Fremdenindustrie verdient, aber auch aller jener Kreise, welche im Dienste für das Vaterland draußen im Felde oder in der Heimat ihre Kräfte und ihre Gesundheit einbüßten und nun dort Erholung und Genesung suchen, wo eine gütige

Natur die wünschenswerten Vorbedingungen dazu geschaffen hat.

Nicht dasselbe Verständnis für die Nöte und die Sorgen der badischen Fremdenindustrie zeigen bedauerlicherweise gewisse Bezirksämter. Mir liegt ein Schreiben aus dem südlichen Schwarzwald vor, in dem mitgeteilt wird, daß auf eine Vorstellung nach der Richtung hin, die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung für den Fremdenverkehr in die Wege zu leiten, der betreffende Amtsvorstand dies begreifliche Ansinnen mit dem Bemerkten glatt abgewiesen hat, er wolle keine Fremden in seinem Bezirk, er tue sogar alles, was in seiner Macht stehe, um dieselben fern zu halten. Das ist derselbe Amtsvorstand, der einem anderen Gasthofbesitzer droben im Schwarzwald auf seine Vorstellung hin, daß er an den Rand des Abgrundes gedrängt werde, wenn es so weiter gehe, die eigenartige Antwort gab: „Es sind schon größere Unternehmungen kaputt gegangen als das Ihrige, das macht nichts“ (Mehrfaches: Hört, hört!). Ich weiß, daß die Verständnislosigkeit, die aus dieser Äußerung des Amtsvorstandes spricht, nicht von der überwiegenden Anzahl unserer Amtsvorstände geteilt wird, von denen ich sagen kann, daß sie dem Fremdenverkehr im allgemeinen und im besonderen ein sehr reges und lebhaftes Interesse entgegenbringen. (Der Präsident ersucht den Redner abzubringen.) Dann darf ich vielleicht nur noch einen Satz sagen, indem ich das, was ich über die Wirtschaftslage der Zeitungen, über Papierholz und über die Beschaffung billigen Druckpapiers zu sagen hätte, zurückstelle. Vielleicht ist auch einer meiner Fraktionsfreunde dann so liebenswürdig, diese Sache für mich zu übernehmen. Ich wollte zum Schluß nur noch kurz zu der Frage der Ablehnung eines Stellvertreters zum parlamentarischen Ernährungsbeirat Stellung nehmen. Ich will mit der Großh. Regierung nicht darüber streiten . . . (Der Präsident bittet dringend, zum Abschluß zu kommen.) Dann muß ich mir vorbehalten, das am Schlusse der Sitzung in einer persönlichen Bemerkung oder durch einen Dritten zu sagen.

Abg. **Stöckinger** (Soz.):

In der Kommission wie hier im Hohen Hause ist von verschiedenen Seiten die Berechtigung der Fleischnachfrage bestritten, sogar verneint worden. Der Herr Minister hat sie schon verteidigt, und ich kann nur sagen, indem ich mich gerade an die Herren Vertreter der Landwirtschaft wende, sie war notwendig, um einen glatten Zusammenbruch unserer Volksernährung in den Städten zu verhindern. Die Herren Vertreter sollten sich doch auch bemühen, draußen auf dem Lande zu sehen, daß der Landwirtschaft von jeher mehr Lebensmittel zur Verfügung gestanden sind, auch von denen, die rationiert sind, und daß man in den einsichtigen Kreisen in der Stadt den Verhältnissen das nötige Verständnis entgegenbringt und dem Gedanken Ausdruck gibt: Die Landwirte sollen sich besser und etwas reichlicher ernähren können, als die Bevölkerung in der Stadt. Daß es auf dem Lande nicht so schlimm aussieht, hat die Befruchtung gezeigt, die jetzt zum Abschluß gekommen ist. Allein in dem Bezirk, den ich im Landtage vertritt, sind aus vier Gemeinden 700 Zentner Brotgetreide noch nachträglich an den Kommunalverband zur Ablieferung gelangt. Man kann also nicht davon reden, daß es den Landwirten so außerordentlich schlecht geht. Pforzheim-Land ist zudem kein Bezirk, der große landwirtschaftliche Erträge liefert. Auch in der Wochen-

mitteilung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft ist gesagt, daß die Vorräte an Kartoffeln doch nicht unwesentlich größer sind, als man befürchtet hatte, und man gibt der Meinung Ausdruck, daß man mit den Kartoffeln bis zur neuen Ernte gut auskommen kann. Es ist ja erfreulich, daß die nachträglichen Bestandsaufnahmen in einzelnen Bezirken größere Mengen Getreide und Kartoffeln herausgebracht haben.

Soweit es sich um den 49. Wahlkreis handelt, möchte ich der Großh. Regierung mitteilen, daß nach Informationen, die mir vor 14 Tagen zugegangen sind, die Fleischnachfrage in den größeren Orten bis jetzt noch nicht gegeben worden sind. Ob es in der Zwischenzeit anders geworden ist, kann ich nicht sagen. Es kommt den Industriearbeitern dort vor allen Dingen darauf an, das Fleisch zu erhalten. Allerdings verlangen sie auch den Zuschuß, wenn sie kein Fleisch bekommen, aber sie wollen lieber Fleisch als einen Geldzuschuß, für den sie andere Lebensmittel doch nicht kaufen können.

Nun wird hier immer wieder der Eindruck erweckt, auch in der Öffentlichkeit, als ob man den Gegensatz zwischen Stadt und Land noch künstlich verschärfen wolle. Damit möchte ich mich mit einem Wort beschäftigen. Ich möchte den Herren von der Landwirtschaft doch sagen, sie sollten sich einmal auch bemühen, sich objektiv über die städtischen Verhältnisse zu unterrichten. Ich will nur andeuten, daß bei der Landwirtschaft derartige revolutionäre Umgestaltungen in ihrer Betriebsweise nie eingetreten sind und auch nicht eintreten werden, wie sie vielfach in den Städten eingetreten sind. Da handelt es sich um die Stilllegung oder Einschränkung ganzer Industrien, es handelt sich um die Vernichtung zahlreicher Mittelstandsexistenzen, die der Krieg zur Folge gehabt hat. Vor einigen Monaten ist das Hilfsdienstgesetz angenommen worden, das eine außerordentliche Beschränkung oder auch die vollständige Aufhebung der Freizügigkeit gebracht hat. Durch die lange Dauer des Krieges ist es so weit gekommen, daß namentlich in den größeren Städten die Familienbände in zahllosen Fällen gelockert oder vollständig aufgelöst worden sind. Das sind doch alles tiefste Verhältnisse, von denen die Landwirtschaft gar nicht oder nur in sehr geringem Umfange betroffen worden ist.

Die Arbeit der Landwirtschaft hat durch unseren Fraktionsredner volle Anerkennung gefunden. Ich brauche darüber nichts zu sagen. Er hat hier im Auftrage aller seiner Parteifreunde gesprochen. Aber daß man immer jammert und sagt: „Uns geht es schlecht, nur wir arbeiten, und die anderen arbeiten nicht, oder ihre Arbeit hat wenig Wert gegenüber der ländlichen Arbeit“, dagegen müssen wir uns in den Städten und dagegen muß sich auch die Industriearbeiterschaft, die auf dem Lande wohnt, ganz entschieden wehren. Was haben nur die Frauen zu leisten, und wie sehr ist gestern der Herr Minister der Frauennarbeit, namentlich auch der Arbeit der Arbeiterfrau, gerecht geworden! Sie ist heute beschäftigt in der Rüstungsindustrie, im Verkehrswejen, bei der Post, bei der Eisenbahn, bei der Straßenbahn; zahllos sind Frauen beschäftigt in der Heimarbeit, ferner bei der Straßenreinigung, bei der Müllabfuhr, in Bergwerken, bei der Bahnunterhaltung, in chemischen Fabriken. Wo soll die Frau noch beschäftigt werden? Nennen Sie irgend eine wichtige Arbeit, wo sie nicht tätig ist! Sie ist bisher nur nicht tätig gewesen in den Bergwerken unter Tag. Das wird hoffentlich auch nicht kommen. Sie wissen, wie zahllos die Unfälle sind, die gerade die Frauen und Mädchen durch die ungewohnte Fabrikarbeit betroffen haben. Zahllose Todesfälle ha-

ben sich ereignet. Die Arbeiterchutzbestimmungen sind außer Kraft getreten. In den Städten sehen wir, daß viel alte Leute sterben. Wir sehen die Folgen der Unterernährung. Es ist eine schwere Sache für Ärzte, Schwindsüchtigen und Leuten mit Lungenentzündung das Leben zu retten. Das muß gesagt werden, und das ist auch nichts, womit den Feinden irgend etwas verraten wird. Da sehen Sie die großen Schwierigkeiten, in die die Städte und ihre Bewohner durch die furchtbar lange Dauer des Krieges gekommen sind.

Wir geben Ihnen ohne weiteres zu, daß in den Städten eine ganz dünne Schicht von Menschen lebt, die in feinen, vornehmen Kleidern einhergehen, die noch nie irgend eine nützliche Arbeit geleistet haben, die parasitäre Existenzen, die international, vaterlandslos im üblen Sinne sind. Das geben wir ohne weiteres zu. Die trifft aber auch kein Hindenburg und kein Batocki; denen schadet kein Hilfsdienst und keine Rationierung der Lebensmittel, sie ist ihnen höchstens unbequem. Ich weiß von einigen, daß sie das Vaterland verlassen und sich in Zürich und Luzern angesiedelt haben. Wenn nur noch mehr von ihnen auswandern und nie mehr wiederkommen wollten! Das sind Leute, die auch bei uns im Frieden noch nie Achtung genossen haben, und jetzt im Kriege wird erst recht scharf über sie geurteilt.

Ich meine, daß wir am besten über die großen Schwierigkeiten und über die Qualen dieses langandauernden, entsetzlichen und vollkommen sinnlos gewordenen Krieges hinüberkommen würden, wenn wir uns bemühen würden, einander besser zu verstehen, wenn wir uns bemühen würden, uns gegenseitig zu achten und wenn wir vor jeder nützlichen menschlichen Tätigkeit Achtung und Ehrfurcht an den Tag legten (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Engelhardt (Zentr.):

Die Nachweisung über die Verwendung der Kriegskredite und damit im Zusammenhang die Volksernährungsfragen haben bereits einen solch großen Rahmen in der Debatte eingenommen, daß ich mich auf Einiges wenige beschränken kann. Die Verwaltungsorgane vom Ministerium des Innern durch die Amtsvorstände, durch die Verwaltungsbeamten zu den Bürgermeistern und Ratschreibern haben in dieser außerordentlich schwierigen Zeit ihr Außerordentlichstes getan. Das ganze Land ist ihnen zu Dank verpflichtet. Ich möchte ihnen das auch aussprechen.

In den nächsten Tagen schon beginnt die Frühernte, sie ist in diesem Jahre außerordentlich mit gutem Behang versehen. Ich nenne zuerst die Erdbeeren- und Kirschernte. Die gute Ernte ist sehr erfreulich, hauptsächlich für die Stadtbewohner. Wie ich vernommen habe, beabsichtigt die Badische Obstversorgung, den gesamten Anfall des Obstes aufzukaufen und an die Städte, an die Kommunalverbände und die Großhändler zu liefern. Ich möchte dazu bemerken, daß ich Bedenken trage wegen des Frühobstes, namentlich der Kirschen. Ich hätte nichts dagegen einzuwenden für das spätere Obst. Aber wenn die warme Witterung jetzt anhält, so ist sehr zu befürchten, daß die Haltbarkeit des Obstes leidet. Die Verhältnisse in dieser Kriegszeit, in der wir uns jetzt befinden, die Transportmittel, die Eisenbahnwagen, mit denen wir zu rechnen haben, der Personalmangel, die Lentenot, alles das zusammen wird ungünstig auf den Versand des Frühobstes einwirken. Ich habe vernommen, in den einzelnen Bezirken des Landes seien Kommissionäre bestellt; diese Kommissionäre versehen den

Bezirk, leiten die ganze Sache und haben gegenüber der Badischen Obstversorgung die Verantwortung. Diese Kommissionäre bestellen Oberkäufer, und diese halten sich dann an die Unterkäufer in den einzelnen Gemeinden. So soll der ganze Apparat zusammenarbeiten, und dieses Verfahren mag gut sein. Die Erfahrungen des vorigen Jahres, die teilweise nicht günstig waren, haben vielleicht Anlaß zu diesem System gegeben. Nun ist aber heute früh schon gesagt worden: Wie die Blüte so die Reife. Wir haben jedenfalls mit einem warmen Sommer zu rechnen, und da möchte ich bitten, daß die Großregierung, wenn wir wegen Beurlaubung unserer Landsturmlente, unserer Garnisondienstfähigen und sonstiger etwa abkömmlicher eingezogener Personen jedenfalls in mehrfacher Weise herantreten, die Vermittlung übernehmen wolle, denn das Kirschenabnehmen ist doch eine Art Spezialarbeit, die nicht wie das vielfach gedacht wird von unberufener Seite ausgeführt werden kann. Unsere Frauen, die ja das Allermöglichste leisten, namentlich die Kriegerfrauen auf dem Lande, denen der Dank des ganzen Landes gebührt, werden sich ja auch bei dieser Arbeit bewähren. Aber es gehören doch kräftige Männerarme dazu, um die Leitern um die Bäume herumzubringen, damit alles erfasst und der Stadt zugeführt werden kann. Wo wirklich Not ist, da kann mit diesen Kirschen viel ausgeholfen werden.

Ich habe gehört, es soll womöglich alles erfasst werden, auch die nicht verandfähige Ware, auch die vielleicht überreife und die zu kleine Ware, die man in der Stadt nicht gern kauft. Es sollen Fässer oder sonstige Gefäße aufgestellt werden, um die Früchte aufzubewahren. Die Gärung soll verhindert werden, damit die Früchte dann auch noch in die Stadt verbracht werden können. Das mag gut sein, wenn der Preis dementsprechend ausfällt, und da möchte ich auch sehr bitten, daß der Preis dem Produzenten nicht zu sehr zurückgeschraubt wird. Bedenken Sie doch, daß in den Kirschengegenden und den Obstgegenden überhaupt aus dem Verkauf der Früchte die hauptsächlichsten Einnahmen gezogen werden. Die Leute sind darauf angewiesen. Es hängt ein großer Teil Fleiß, es hängt viel Schweiß daran. Die Pflanzung, Veredelung und Gewinnung des Obstes kostet viel Mühe. Es muß nun die Willenslust stärken, wenn der betreffende Produzent sieht, daß er auch zu seinem Rechte kommt. Ich glaube, es können beide, der Produzent und der Konsument dabei bestehen, wenn in richtiger, maßhaltender Weise vorgegangen wird. Voriges Jahr war die Sache etwas verfehlt; der Preis für unsere Kirschen war voriges Jahr zu niedrig. Die Leute konnten sich so nur mit Widerwillen an die Arbeit heranwagen. Man soll aber auch den Bauern, dem Landwirt, das gönnen, was ihm von Gottes- und Rechtswegen gehört.

Zu der Brennkesselfrage hätte ich noch eine kleine Bitte vorzubringen. Der Herr Minister hat, wie ich selbst gehört habe, in der Budgetkommission in sehr zuvorkommender Weise zugesagt, er werde sein Möglichstes für die Erhaltung der Brennkessel tun. Das ist für unseren Bezirk sehr vielversprechend. Ich glaube, wir werden es doch so weit bringen, daß wir die kleinen Brenngeschirre, die nur einen unbedeutenden Kupfergehalt bezw. Gewicht haben, behalten dürfen. Es ist eine alte Überlieferung in der Obstgegend, auch Obst zu brennen, denn es gibt ja viele Abfälle, die man sonst gar nicht verwerten kann. Ich zweifle gar keinen Augenblick daran, daß deswegen etwa weniger Frühobst in die Stadt kommen sollte. Wenn einigermaßen angemeß-

jene Preise festgesetzt werden, so wird jedermann danach trachten, sein Obst zum Verkauf in die Stadt zu bringen.

Dann noch etwas zur Fleischzulage. Die Fleischzulage, wie wir sie seit dem 16. April haben, befriedigt im Lande in gar keiner Weise. Bedenken Sie doch, wir in Mittelbaden, speziell in meiner Gegend, haben keinen üppigen Viehstand. Bei uns ist es nicht wie im Oberland oder in der Hanauergegend, wo die starken Viehbestände gehalten werden. Ich muß sagen: es ist ein Jammer, wenn ich jetzt den Leuten so alle drei Wochen 6 bis 7 Stück Vieh im besten Alter, mit 6 bis 7 Zentner Lebendgewicht herausgreifen muß. Ich weiß nicht, ob wir das auf die Dauer ertragen können oder nicht. Jedenfalls gereicht es dem betreffenden Besitzer zum Nachteil; er hat an der Aufzucht eigentlich bis dahin nichts verdient, denn es ist kein schlachtreifes Vieh, das er da abgeben muß, und ich glaube, es wird die Zeit kommen, wo sich diese Sache rächen wird (Sehr richtig!); denn es gehen uns sehr viel junge Rinder verloren, und es wird sich später wieder eine große Milch- und Fettknappheit einstellen. Ich gebe gerne zu, daß die Fleischzulage in der Großstadt jedenfalls eine Notwendigkeit war. Auf dem Lande aber sind wir anderer Meinung. Es wäre möglich gewesen, hier einen Ausweg zu finden, ehe die Sache zu arg einreißt. Jedenfalls habe ich für späterhin große Bedenken, wenn auch gesagt wird, es solle bei Beginn der neuen Ernte fleischlose Wochen geben. Ja, wenn die fleischlosen Wochen dann kommen, so hat man sich aber vorher an die Fleischzulage gewöhnt, und ich glaube gewöhnen ist leichter, als sich später wieder zu entwöhnen. Wir haben auch noch nicht eine Garantie dafür, wie die neue Ernte ausfällt. Wir hoffen ja, daß sie gut werden wird.

Wenn wir aber alle in Land und Stadt zusammenarbeiten, und uns gegenseitig verstehen, so werden wir aber auch über diese Zeit hinwegkommen und solange aushalten und durchhalten, bis der Friede, der hoffentlich nicht mehr zu lange auf sich warten läßt, erreicht wird.

Abg. Spang (Zentr.):

Daß unsere wirtschaftliche Lage zur Zeit nicht rosig ist, und daß das zumteil darauf zurückzuführen ist, daß bei unseren Regierungen Fehler auf Fehler gehäuft wurden, darüber, glaube ich, dürfte kein Zweifel sein. Die Schuld an der kolossalen Teuerung trägt vor allem der Kapitalismus, der in Berlin in den vielen Gesellschaften sitzt und dort den Ton angibt und darauf ausgeht, das Volk in bezug auf seine wichtigsten Mittel nach Möglichkeit auszuropfern. Es ist das Traurige, daß Berlin diktiert und die süddeutschen Bundesstaaten bei der Sache überhaupt gar nichts zu sagen haben. Die Geschäftspraxis mancher Kriegsgesellschaften, namentlich der Futtermittelstelle, grenzt ja zum großen Teil schon an Wucher. Herr General Gröner hat vor einigen Wochen ausgeführt, daß es mit den Wucherern nicht eher ein Ende gebe, als bis einmal einige dieser Herren am Galgen baumeln. Ich glaube, in der Futtermittelstelle in Berlin fände er für diese Prozedur sehr dankbare Objekte (Seiterkeit).

Diese Zustände haben einen schweren wirtschaftlichen Gegensatz zwischen Nord und Süd hervorgerufen. Das hat ja schon vor Monaten der bayerische Minister des Innern, Freiherr von Brettreich, im bayerischen Landtage zugestanden, und es muß das vom Standpunkte des Einheitsgedankens aus durchaus bedauert wer-

den. Es ist bekannt, daß man bei uns die Verordnungen schon längst streng durchgeführt hatte, während man in Norddeutschland noch in duci jubilo gelebt hat. Achten Sie einmal darauf, wohin die ungeheuerlichen Schiebungen alle gehen? Sie gehen vom Süden nach dem Norden. Norddeutsche Grundbesitzer haben gesagt, daß es auch teilweise daher käme, daß viele Grundbesitzer sich um die Verordnungen nichts kümmern und dabei namentlich ein großer Teil der Herren Landräte mit gutem Beispiel vorangehe.

Ein Hauptfehler in unserer Wirtschaftspolitik sind zur Zeit die Massenschlachtungen. Sie haben unsere Schweinebestände ruiniert. Dazu kommen die kolossal teuren Futtermittel. Ich habe gelesen, daß im Kommunalverband Schönau Futtermittel zu 35 M. für den Zentner ausgehrieben werden. Aber unsere Schweine sind noch so geschicklich und fressen das Zeug nicht (Seiterkeit). Die Leute werfen daher das Geld zum Fenster hinaus. In Schönau hat man die Mastverträge gebrochen. Es war eine Frau bei mir, die ihr Schwein Anfang Juni zu einem Preise von 108 M. bei 2 Zentnern Gewicht abliefern sollte. Man hat ihr aber das Schwein schon vor Ostern weggenommen und gibt ihr, trotzdem ihr 108 M. garantiert waren, nur 78 M. Sie kann aber das Geld nicht einmal bekommen, weil es noch nicht da ist. Es wird wohl noch ein Wucherer dahinter sitzen, der die Zinsen noch einige Wochen genießen muß. Wenn man das Volk in dieser Weise zur Siedehitze bringt, glauben Sie dann, daß wir im Spätjahr Schweine und das so notwendige Fett haben werden? Das Volk wäre ja dumm, wenn es noch Schweine mästete, wenn man von ihm verlangt, daß es bei der Mast noch Geld zulegen muß. Auch sind die Schweinepreise von 20 Pf., die für die Zusatzarten festgelegt wurden, ein Unding. Man hat den Schweinepreis um 25 % ermäßigt, man hat aber bis heute noch nicht gelesen, daß auch die Preise für das Schweinefleisch ermäßigt worden sind (Sehr richtig!). Die Verordnung kommt, davon bin ich fest überzeugt, aber erst dann, wenn das letzte Schwein zum Stalle draußen ist.

Bezüglich des Kommunalverbandes Waldshut hätte ich eine Klage. Man klagt dort sehr, daß es mit der Mehlversorgung nicht stimmt, und zwar ist es schon vorgekommen, daß manche Gemeinde bis zu 20 Tage ohne Mehl war. Wenn das in einem Bezirk wie Waldshut vorkommt, der zum großen Teil Landwirtschaft treibt, was soll man dann in einem Bezirke verlangen, wo eine große Industrie beieinander ist.

Auch aus dem Bezirk Schönau sind mir eine Unmenge Beschwerden zugegangen. Man ist dort sehr erbittert über die Art, wie dort im Jahre 1916 das Heu abgeliefert worden ist. Man hat die Bauern gezwungen, das Heu von den Bergen auf einen bestimmten Tag herunterzuschaffen; dann saß es wochenlang am Bahnhof in Schönau und ist dort im Regen und Schnee zum größten Teil verfault. Im Frühjahr dieses Jahres hat man den Schönauern noch einmal 500 Zentner Heu weggenommen, trotzdem man wissen muß, daß gerade in diesem Bezirk die Grünfütterung später einsetzt. Was war die Folge? Vor 14 Tagen waren die Bauern gezwungen, wieder etwa 500 Zentner Heu einzuführen, damit ihr Vieh nicht verhungert. Für dieses Heu mußte eine bedeutend teurerer Preis bezahlt werden. Meine Herren von der Regierung! Da darf man sich nicht wundern, wenn die Unzufriedenheit des Volkes bis zur Siedehitze gesteigert ist.

Die Gemeinde Zell hat sich beim Kriegsam beschwert, daß sie hinsichtlich der Fett- und Eierversorgung sehr be-

nachteiligt sei. Sie hat beispielsweise nachgewiesen, daß sie in 7 Monaten auf den Kopf der Bevölkerung noch nicht einmal ein ganzes Ei bekommen hat. Aber sowohl das Ministerium des Innern wie auch das Bezirksamt haben der Gemeinde Zell nicht geholfen, sondern das Ministerium hat berichtet, daß die Beschwerde übertrieben sei. Das Bezirksamt Schönau hat sogar noch herausgerechnet, daß Zell gegenüber den anderen Gemeinden bevorzugt worden sei.

Der Herr Kollege Strobel hat schon vor einigen Tagen bittere Beschwerde über das Bezirksamt Schönau geführt. Mir sind auch bittere Beschwerden darüber zugegangen. Ich will mich aber in dieser Richtung nicht weiter auslassen. Es hat auch im Bezirk Schönau im letzten Winter die Zuckerlieferung nicht funktioniert. Wir bekamen im Monat pro Kopf nur ein Pfund Zucker.

Der Herr Kollege Massa hat vorgestern angeführt, man möchte doch auch die Kommunalverbände etwas kontrollieren. Ja, ich war schon lange der Auffassung daß das geschieht, und wenn der Herr Minister einmal die Geschäftsbekämpfung der Kommunalverbände untersuchen sollte, so möchte ich den Kommunalverband Schönau hinsichtlich der Preisbildung und namentlich auch das Bürgermeisteramt Schönau einer besonderen Beachtung empfehlen. Es ist im Bezirk Schönau beispielsweise vor ein paar Tagen erzählt worden, daß das Bürgermeisteramt an drei Wirtschaften in Schönau ohne weiteres je 200 Eier abgeliefert habe. Wenn man in dieser Weise vorgeht und wenn man auf dem Rathause noch einen Lebensmittelhandel betreibt, wie es in Schönau der Fall ist, der teilweise unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich geht, wo gewisse Kreise noch ganz besondere Vorzüge genießen, dann weiß ich nicht, warum man sich noch wundern will, wenn die Unzufriedenheit, namentlich in Schönau, sehr groß ist.

Es ist auch über die Bürgermeisterämter gesprochen und geklagt worden, daß sie so sehr viel Arbeit bekommen hätten. Es ist aber auf einen Punkt nicht hingewiesen worden. Mir hat ein Bürgermeister geschrieben; dieser findet den Grund für die Hauptarbeit der Bürgermeister darin, daß bei vielen Bezirksämtern im Laufe der letzten Jahre es Sitte geworden sei, möglichst viel Arbeit auf die Bürgermeisterämter abzuwälzen. Es heißt in dem Schreiben:

„Seit Jahr und Tag haben die Bezirksämter das Bestreben, alle Geschäfte möglichst auf die Stadtverwaltungen abzuwälzen, auch solche Geschäfte, die die Stadtverwaltungen gar nichts angehen.“

Wenn z. B. eine auswärtige Behörde in einer auswärtigen anhängigen Armensache, oder über Staatsangehörigkeit, über eine Unfallfrage u. a. m. das Bezirksamt anfragt, so macht nicht das Bezirksamt die erforderlichen Erhebungen durch sein Personal und seine Organe, sondern es gibt die Akten einfach an das Bürgermeisteramt zur Erhebung und zum Bericht.

Die Geschäftsabwälzung der Bezirksämter hat anfangs einen Umfang angenommen, der fernerhin unerträglich ist.“

Ich weiß nicht, ob das stimmt; aber ich habe mich bei verschiedenen Bürgermeistern aus den verschiedensten Landesteilen erkundigt und sie haben mir alle gesagt, daß das vollauf bis zum letzten Worte stimmt. Ich glaube, die Regierung hätte allen Anlaß, die Grenzen festzusetzen, wo die Pflicht des Bezirksamts aufhört und diejenige des Bürgermeisteramts anfängt.

Der Herr Ministerialrat hat noch gesagt, das Gemüse und das Obst solle „nach der Auffassung der Regierung“ frisch auf den Markt gebracht werden. Das ist eine ganz gesunde Auffassung. Aber was nützt uns diese Auffassung der Großherzoglich Badischen Regierung, wenn sie bei der Sache nichts zu sagen hat. Was nützt es uns, wenn die Großherzoglich Badische Regierung denkt und das Generalkommando lenkt! Es wird kommen, daß durch die Militärbehörde alles Obst wie das Gemüse beschlagnahmt wird und wird so kommen wie im letzten Jahre: daß es frei wird, wenn die Hälfte der Sachen verdorben sind (Sehr richtig!). Ich muß es als ein Unding betrachten, daß man dem Militär in wirtschaftlichen Dingen überhaupt irgend welches Recht einräumt; das Militär hat für wirtschaftliche Dinge verflucht wenig Verständnis.

Der Herr Minister hat auch von der nicht großen Beliebtheit gesprochen, deren sich die Bezirksämter infolge der wirtschaftlichen Maßnahmen während des Krieges erfreuen. Das gestehe ich ohne weiteres zu: es ist sehr schwer, daß man sich durch diese Dinge hindurcharbeitet. Aber es wäre nicht notwendig, daß überall die Herren Bezirksamtswärter Vorsitzende der Kommunalverbände wären. Ich halte es nicht für notwendig, daß der Bezirksamtswärter Peterchen auf allen Suppen spielt. Es wären auch andere Leute dagewesen, ich nenne z. B. Kaufleute: wenn man einen gebildeten Kaufmann an die Spitze des Kommunalverbandes gestellt hätte, hätte es sicher besser funktioniert und die Beliebtheit vieler Bezirksämter wäre nicht so weit heruntergesunken. Ich erkenne durchaus an, daß es auch Kommunalverbände gibt — ich könnte solche mit Namen nennen —, wo die Beliebtheit des Bezirksamtswärters während des Krieges sogar noch gestiegen ist.

Minister des Innern Dr. Frhr. von und zu Bodman:

Der Ton und der Inhalt dieser Rede war in hohem Grade bedauerlich. Wenn die Stimmung unserer Bevölkerung wirklich so ist, daß sie die Siedehitze erreicht und zwar eine Siedehitze, die sich richtet gegen die Maßnahmen der verbündeten Regierungen und gegen die Ausführung dieser Regierungsmaßnahmen, so kann ich mir das nur dadurch erklären, daß die Bevölkerung nicht richtig aufgeklärt wird. Wenn in dieser Weise da gesprochen wird, dann kann allerdings eine solche Wirkung eintreten. Ich weiß nicht, ob der Herr Abgeordnete, der meines Wissens die Zeit über nicht im Lande gewesen ist, weil ihn höhere Pflichten vom Lande fernhielten, in der Lage gewesen ist, aus eigener Anschauung die Entwicklung der Dinge bei uns so zu verfolgen, daß er das Recht hätte, in dieser Weise zu sprechen. Wenn er sagt, die Regierung hätte Fehler auf Fehler gehäuft, so steht das doch im Widerspruch mit der Tatsache, daß wir in einer außerordentlich schwierigen Lage — deren Gründe und deren Verhältnisse ich hier nicht noch einmal auseinanderzusetzen brauche — im großen und ganzen imstande gewesen sind, die Ernährungsverhältnisse so zu erhalten und zu gestalten, daß diese Verhältnisse nach der Ansicht der überwiegenden Mehrheit auch dieses hohen Hauses als leidlich und als erträglich bezeichnet werden können.

Wenn der Herr Abgeordnete im einzelnen gesagt hat, daß die Geschäftsführung der Kriegsgesellschaften Wucher sei, so ist dem ganz entschieden zu widersprechen. Die Kriegsgesellschaften haben nicht die Bestimmung, Überschüsse zu machen; es ist ihnen sogar verboten, Überschüsse zu machen; sie dürfen

keine Dividenden verteilen, die die Grenzen des landesüblichen Zinsfußes überschreiten, ja sie müssen vielfach unter diesem landesüblicher Zinsfuß bleiben — es ist das in den Satzungen der Kriegsgesellschaften verschieden geregelt: er ist bald 4%, bald 5% — und sie müssen Überschüsse, die sich doch ergeben, an die Reichskasse abliefern. Es fließt also nichts in die Kassen der Kriegsgesellschaften.

Was insbesondere die Futtermittelstelle betrifft, so kann auch da von einem Wucher und von Wucherpreisen nicht die Rede sein, soweit es sich um höhere als Höchstpreise handelt, so handelt es sich eben um Auslandsware, auf deren Preise unseren Gesellschaften ein Einfluß nur in sehr beschränktem Maße, nämlich nur soweit zusteht, als sie Monopolstellung haben, wodurch sie in der Lage gewesen sind, die Auslandspreise wesentlich herabzudrücken. Die Preise sind aber immer noch sehr hoch, da das Ausland sich eben nur bis zu einer gewissen Grenze in den Preisen beschränken läßt.

Wenn er gesagt hat, daß die Lieferung vom Süden nach Norden gehe, daß wir (Abg. Spang: „Schiebungen“!) Schiebungen, ja, das heißt doch wohl, daß wir aus unserem Land Lebensmittel nach Norden liefern. Das Gegenteil ist der Fall: wir bekommen viel mehr aus dem Norden, als der Norden aus dem Süden, das wird der Herr Geh. Rat Schneider nach mir in Ergänzung meiner Ausführungen des näheren belegen.

Auch darüber, daß man die „Raftverträge gebrochen habe“, wird der Herr Geh. Rat Schneider das nötige sagen.

Was die Wegnahme des Heues im Amtsbezirk Schönau betrifft, so ist diese erfolgt aufgrund der Schätzung, die von den landwirtschaftlichen Sachverständigen aufgrund der vorhandenen Flächenstatistik und der Angabe des Ertrages gemacht worden ist, wonach der Bezirk Schönau sehr wohl in der Lage gewesen wäre, die geforderten Mengen an Heu abzugeben. Die Mengen an Heu, die er abzugeben hatte, sind aber wesentlich herabgesetzt worden auf die Vorstellung des Bezirksamts Schönau, auf die Vorstellung auch einiger Bürgermeister, die bei mir gewesen sind und aufgrund von deren Angaben ich das Sachverhältnis genau nachgeprüft habe.

Wenn ein Teil dieses Heues dann irgendwo unten an der Bahn gestanden hat und verregnet worden ist, wobei es zugrunde gegangen sein soll — ich kann mir nicht denken, daß dabei die ganze Heumenge zugrunde gegangen ist — so ist das natürlich sehr zu bedauern. Die Verantwortung trifft aber nicht das Bezirksamt, sie trifft nicht die Zivilbehörde und auch nicht die Militärbehörde; diese wird wahrscheinlich infolge Wagenmangels nicht in der Lage gewesen sein, den Abtransport rechtzeitig zu bewältigen. Man muß doch bei all' diesen Dingen immer die Schwierigkeiten im Auge behalten, die sich dem Vollzug all' dieser Maßnahmen entgegensetzen, die heute an uns herantreten sind.

Was die Behauptung betrifft, es seien an drei Wirtschaften 200 Eier abgeliefert worden und auf dem Rathaus in Schönau werde ein schwunghafter Handel getrieben und dabei finde eine Betterleswirtschaft statt — denn darauf kommt die Behauptung hinaus, daß bestimmte Persönlichkeiten bevorzugt werden —, so werde ich der Sache nachgehen. Vorläufig glaube ich nicht, daß da etwas Unrechtes vorliegt; denn der Bürgermeister von Schönau ist mir als ein durchaus ehrenwerter und gewissenhafter Mann bekannt (Sehr richtig!). Und was die Belieferung der Wirtschaften betrifft, so ist die jedenfalls erfolgt aufgrund von Angaben

über den Bedarf dieser Wirtschaften und zu dem Zweck, damit in der eierreicheren Zeit eine Einlegung von Eiern für den Rest des Jahres erfolgen kann.

Wenn der Herr Abgeordnete meint, die Verwaltung unserer Kommunalverbände wäre besser, wenn man Kaufleute an die Spitze gestellt hätte, so muß ich dazu bemerken, daß vielfach die Geschäftsführung der Kommunalverbände in den Händen von Kaufleuten liegt, die die Amtsvorstände als Angestellte zu dieser Arbeit beigezogen haben. Im übrigen aber kann die Leitung nicht in die Hände von Kaufleuten gelegt werden, da die Kommunalverbände öffentliche Verbände, die Zusammenfassung der Gemeinden sind und da ihre Leitung organisationsmäßig in der Hand des Bezirksbeamten bleiben muß.

Wenn der Herr Abgeordnete sagt, immer mehr wälzten die Oberamtlichen Aufgaben ab auf die Bürgermeister und auf die Gemeindeorgane, so kann ich demgegenüber nur wiederholen, daß die Gemeinden organisationsmäßig die letzten, aber nicht die unwichtigsten, vielmehr sehr wichtige Organe auch der Staatsverwaltung sind und daß die Bürgermeister als Polizeibeamte auch Organe des Bezirksamtes sind. Man kann also nicht sagen, daß das Bezirksamt, statt sich seiner Organe zu bedienen, sich der Bürgermeister bedient, um gewisse Erhebungen, Nachfragen und dergl. anzustellen. Die Bürgermeister sind keine Organe in diesen Angelegenheiten. Ich weiß auch nicht, ob die Bevölkerung sehr damit einverstanden wäre, wenn das Bezirksamt, statt die Bürgermeister um diese Erhebungen draußen zu ersuchen, sich an die Gendarmerie wenden und diese damit beauftragen würde, daß die Gendarmen in die Häuser geschickt würden, obwohl es sich nicht um Angelegenheiten handeln würde, die zum Geschäftskreis der Gendarmerie gehören. Wollte man bei Nachfragen über gewisse Dinge, z. B. bei Armenfachen, wie der Herr Abgeordnete gesagt hat, bei Erhebungen und Beschaffung von Unterlagen für Erlangung von Legitimationspapieren den Bezirksamtsämtern zumuten, auf die Mitwirkung der Bürgermeisterämter zu verzichten und würde man verlangen, daß die Bezirksamtsämter diese Angelegenheiten von sich aus erledigen, daß sie also Leute vorladen usw., daß sie, denn das müßten sie tun, wegen jeder Kleinigkeit die Leute von weit draußen hereinkommen lassen, so würde damit die Bevölkerung nicht zufrieden sein. Es würde aber auch die Zahl unserer Beamten nicht ausreichen; wir müßten immer neue Beamten anstellen und wir müßten verlangen, daß unsere Bezirksbeamten sich mit Kleinigkeiten befassen, die nicht ihre Aufgabe sind. Wir müssen im Gegenteil dahin streben, sie von diesen Kleinigkeiten frei zu machen, damit sie sich den größeren Aufgaben widmen können.

Das habe ich mich für verpflichtet gehalten, sofort auf diese Rede zu erwidern, und nun möchte ich, mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten, den Herrn Geh. Rat Schneider bitten, noch einiges Zahlenmäßige hier mitzuteilen.

Geh. Oberregierungsrat Dr. Schneider:

Der Herr Abg. Spang hat mit großer Schärfe über die Tätigkeit der Kriegsgesellschaft gesprochen, die sich mit dem Futtermittelhandel befaßt. Ich glaube, es ist unbedingt notwendig, hier in der Öffentlichkeit klarzustellen, wie die Verhältnisse tatsächlich liegen. Nach der Bundesratsverordnung vom 5. Oktober 1913 — und die früheren Bundesratsverordnungen enthielten ähnliche Bestimmungen — sind die

Futtermittel, soweit der Handel mit ihnen nicht durch andere Vorschriften geregelt ist, beschlagnahmt; ausgenommen sind nur Grünfütter, Futterrüben, Pferdewöhren, Heu, Häcksel und Stroh. Die beschlagnahmten Futtermittel dürfen nur abgesetzt werden durch die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, G. m. b. H. in Berlin. Die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte ist eine Gesellschaft, die die deutsche Landwirtschaft gebildet hat, sie ist die „Wuchergesellschaft“, die der Herr Abgeordnete im Auge gehabt hat. Die Eigentümer der Futtermittel sind verpflichtet, auf Verlangen der Bezugsvereinigung ihr die Futtermittel zu überlassen. Die Übernahmepreise, die für diese Futtermittel bezahlt werden, haben sich in den Grenzen zu halten, die der Reichskanzler festsetzt. Die Bezugsvereinigung ihrerseits liefert den Futtermittelorganisationen — das sind meistens aufgrund von Landesverordnungen gebildete Organisationen — die Futtermittel und zwar wieder zu dem Preis, den der Reichskanzler festgesetzt hat. Es ist ein Einheitspreis; man hat absichtlich die Sache so gemacht, daß die Landwirte, einerlei, ob sie ihren Sitz in der Nähe oder weit entfernt von der Zentrale haben, den gleichen Preis zu bezahlen haben. Ein gleichmäßiger Frachzuschlag ist also für das ganze Reich zugeschlagen. Die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte darf zu den vom Reichskanzler bestimmten Einheitspreisen einen Zuschlag von 3 % erheben. Von diesen 3 v. H. darf sie für ihre Vermittlungstätigkeit 2 vom Tausend verwenden, während das, was darüber hinaus erzielt wird, der Reingewinn, zur Beschaffung von Futtermitteln aus dem Auslande nach den Weisungen des Reichskanzlers zu verwenden ist. Über den etwa verbleibenden Rest verfügt der Reichskanzler. Diejenigen Organisationen, die von der Bezugsvereinigung die Futtermittel geliefert bekommen, dürfen einen Zuschlag von insgesamt 4 % auf den Einstandspreis erheben. Aus diesem Zuschlag von 4 % muß nicht bloß die Landesorganisation, also bei uns die badische Futtermittelvermittlung, ihre Vergütung entnehmen, sondern auch die unteren Organisationen, die die Futtermittel an die Landwirte weitergeben; das sind in der Regel die örtlichen landwirtschaftlichen Vereinigungen, also landwirtschaftliche Ortsvereine, Genossenschaften und Bauernvereine.

Wenn man diesen Weg verfolgt, kann man doch wirklich nicht sagen, daß hier Wucher getrieben und daß unsere deutsche Landwirtschaft durch eine Wuchergesellschaft ausgebeutet wird. Der Herr Minister hat schon darauf hingewiesen, daß, wenn unsere Landwirte mit Recht über die hohen Preise Klage führen, es sich um ausländische Futtermittel handelt, die leider im Preise sehr hoch sind — aus Gründen, die wir aber nicht beseitigen können.

Der Herr Abgeordnete hat dann weiter davon gesprochen — wie ich seine Ausführungen aufgefaßt habe —, daß vielfach vom Süden nach dem Norden die landwirtschaftlichen Erzeugnisse geliefert würden. Demgegenüber möchte ich doch feststellen, daß wir in Baden keinen Grund haben, uns zu beklagen, da wir in hohem Maße die Empfangenden gegenüber den anderen Teilen des Reiches sind. Wir bekommen Kartoffeln in großer Menge aus anderen Gebieten. Es sind im laufenden Wirtschaftsjahr schon rund 830 000 Zentner Kartoffeln aus Norddeutschland zu uns gelangt, und wir werden hoffentlich in den nächsten Wochen noch weitere nicht unerhebliche Mengen erhalten. Unsere ganze Brot- und Mehlsversorgung ist nur durchführbar dank dem Umstand, daß wir aus anderen Teilen

des Reiches erhebliche Mengen von Mehl geliefert bekommen. Wir sind aber auch in der Fettversorgung Bedarfsgebiet; wir haben die ganze Zeit über durch die Reichsstelle für Speisefette erhebliche Mengen von Butter und Margarine zugewiesen bekommen. Auch für Milch und Gemüse sind wir Bedarfsgebiet, wir bekommen endlich von der Reichsstelle ausländische Eier zugewiesen. Wir haben also allen Grund, anzuerkennen, daß andere Teile des Reiches für uns sorgen, und wir müssen uns darüber klar sein, daß wir weit überwiegend die Empfangenden und nicht die Gebenden sind.

Wenn der Herr Abgeordnete an Schiebungen gedacht hat, ich habe das zuletzt aus seinem Zuruf entnommen, so möchte ich feststellen, daß aus dem Großherzogtum Schiebungen nach dem Norden nicht vorgekommen sind. Jedenfalls ist uns davon nichts bekannt geworden. Aus Bayern sind leider Schiebungen nach Norddeutschland erfolgt; diese waren aber ungesetzlich und sind sicher nicht mit stillschweigender Genehmigung der bayerischen Regierung oder der Reichsleitung durchgeführt worden.

#### Abg. Kolb (Soz.):

Daß der Gegensatz zwischen Nord und Süd im Verlauf des Krieges eine sehr bedauerliche Verschärfung erfahren hat, ist eine unbestreitbare Tatsache, und ich glaube, die Regierungen in Süddeutschland sollten sich über diese Tatsache nicht täuschen. Die Gründe dafür sind verschiedenartige. Im Wesentlichen ist es darauf zurückzuführen, daß bei der Lebensmittelversorgung Preußen in einer Weise versagt hat, wie man es nicht hätte für möglich halten sollen. Während man in Süddeutschland, speziell bei uns in Baden, alles Mögliche durch rechtzeitige Rationierung getan hat, um eine richtige Verteilung durchzuführen, hat man in Preußen lange Zeit allem den Lauf gelassen. Und so weit Anordnungen ergangen sind, hat man verstanden, sie zu durchkreuzen. Das ist darauf zurückzuführen, daß in Preußen die Masse des Volkes nichts zu sagen hat, daß im preussischen Landtag die Stimme des Volkes nicht zur Geltung kommen kann und daher auch der Einfluß des Volkes auf die Regierung ein außerordentlich geringer ist. Was der Herr Abg. Spang in Bezug auf die Tätigkeit mancher Landwirte in Preußen gesagt hat, trifft durchaus zu. Sie haben das nicht getan, was angeordnet war. Auch verschiedene Verordnungen, die von Reichswegen ergangen sind, haben deutlich erkennen lassen, daß die ostelbischen Verhältnisse zugrunde gelegt waren. Und wir haben wiederholt gehört, daß Vorschläge, die von süddeutschen Regierungen gemacht wurden und unseren Verhältnissen entsprochen hätten, in Berlin nicht durchgedrungen sind. Das sind Tatsachen, über die man sich klar sein muß, die eine sehr starke Mißstimmung hervorgerufen haben, und die noch im Wachsen ist. Wenn wir heute alles das sagen dürften, was gesagt werden müßte, so würden wahrscheinlich manchen Herren in Berlin die Ohren klingeln. Ich meine, die süddeutschen Regierungen hätten alle Veranlassung, im Bundesrat einmal auf diese Tatsache aufmerksam zu machen und den Herren zu sagen, daß es höchste Zeit ist, daß in manchen Dingen andere Wege eingeschlagen werden.

Was die Kriegsgesellschaften betrifft, glaube ich auch, daß man von einem Wucher derselben nicht reden kann, weil sie dazu nicht in der Lage sind. Dagegen sind andere Klagen erhoben worden, die durchaus berechtigt sind. Es ist im Laufe der Debatte wiederholt von der

Verchiebung der Vermögen vom Süden nach dem Norden gesprochen worden. Diese Verchiebung ist teilweise auf die Tätigkeit der Kriegsgesellschaften zurückzuführen. Darüber besteht kein Zweifel, in diesen Kriegsgesellschaften sitzen zum Teil Leute, die selber Interessenten sind und die Geschäfte in diesen Gesellschaften nach ihren persönlichen Interessen erledigen. Ich habe den Eindruck, daß manche Kriegsgesellschaften systematisch darauf ausgehen, die kleinere und mittlere Konkurrenz Süddeutschlands zu erdroffeln und dafür zu sorgen, daß diese Konkurrenz nach dem Kriege ihnen nicht mehr viel anhaben kann. Daß die Syndikatsbestrebungen durch die Kriegsgesellschaften eine Förderung erfahren haben, liegt auf der Hand. Es sind ja zumeist Vertreter der Syndikate, die in den Kriegsgesellschaften das entscheidende Wort sprechen.

Besonders gegen die Kriegsgesellschaft, die zuletzt gegründet worden ist, für die Bewirtschaftung des Zeitungspapiers, sind sehr viele Klagen vorgebracht worden. Obwohl diese Gesellschaft gegründet worden ist, um die Papierpreise einigermaßen im Rahmen der Erträglichkeit zu halten, soll eine neue Erhöhung des Papierpreises bevorstehen. Wir hatten bisher einen Preis von 38 bis 45 M. für 100 Kilo, jetzt will man 51 M. verlangen. Wenn das durchgeht werden viele politische Zeitungen ihr Erscheinen einstellen müssen, weil bei diesem Papierpreis nicht mehr gearbeitet werden kann. Zu dieser Preiserhöhung liegt kein Anlaß vor, sie wird aber gemacht, weil die Herren Interessenten in der Kriegsgesellschaft den maßgebenden Einfluß ausüben. Man hat uns damit getröstet, daß im Aufsichtsrat auch die Zeitungen vertreten seien und auch die Regierungen. Allein die Mitglieder des Aufsichtsrats treten nur alle paar Wochen einmal zusammen, ihr Einfluß ist ein minimaler, und das Unglück ist meist schon geschehen, wenn der Aufsichtsrat zusammenkommt. Das geht hier ebenso wie in anderen Aufsichtsräten. Auch hier muß energisch eingegriffen werden. Wir müssen uns dagegen verwahren, daß diese Dinge nach den Interessen des Großkapitalismus geregelt werden, sonst werden wir nach dem Kriege bedenkliche Verhältnisse haben. Heute Morgen erst habe ich mit einem Herrn telephonisch gesprochen, der seit Jahr und Tag in diesen Angelegenheiten arbeitet und der positiv weiß, daß ein Vertrag mit dem Kriegsamt seit einem Jahr bereits genehmigt war. Man hat das bestritten, und der Mann kann nichts erhalten, weil die Konkurrenz es verhindert; man möchte seine Konkurrenz am liebsten beseitigen. Solcher Fälle gibt es Duzende. Es ist unerhört, wie da mit dem Gelde der Steuerzahler gewirtschaftet wird. Der Mann macht Duzende von Reisen nach Berlin, dann kommt ein Herr aus Berlin hierher, um zu unterhandeln, und wenn etwas abgemacht ist, dann kommt hinterher ein Telegramm, daß es so nicht geht, und so geht die Sache weiter. Über diese Dinge müssen wir im badischen Landtag einmal ein offenes Wort sprechen.

Ich möchte auch dem beistimmen, wenn der Herr Kollege Spang gesagt hat — ich bin sonst nicht mit allen seinen Ausführungen einverstanden —, daß große Fehler gemacht worden sind und auch jetzt noch gemacht werden trotz aller Erfahrungen. Daß muß zugegeben werden. Es war ein Fehler, daß man, um den Fleischkonsum zu erhöhen, den Viehpreis herabgesetzt, den Fleischpreis aber nicht herabgesetzt hat. Das wird jetzt nachträglich gemacht, aber bis der Preis herabgesetzt wird, hört die Zulage schon wieder auf. Das ist doch

keine Herkulesarbeit, daß man den Fleischpreis herabsetzt, wenn man den Viehpreis vermindert.

Genau so ist es mit vielen anderen Dingen geschehen. Wie konnte man beim Leder den Dingen den Lauf lassen, daß man anderthalb bis zwei Jahre lang einen Bucher damit treiben ließ, der geradezu skandalös war, und heute kann man das Geld nicht aufbringen für Stiefel mit Holzsohlen. Jetzt hat man endlich eingegriffen, nachdem von den Aktiengesellschaften Hunderte von Millionen eingestekt sind; und dann werden sie noch gelobt, wenn sie etwas für wohltätige Zwecke stiften. Das wird nicht begriffen, und man sagt in der Bevölkerung: hier muß etwas nicht stimmen. Und es stimmt auch etwas nicht. Unsere Regierungen sind gegenüber dem Großkapital einfach ohnmächtig. Gegen die Kleinen hat man die schärfsten Maßnahmen ergriffen, wo es sich aber um das Großkapital handelte, hat man die Sache laufen und ihm Hunderte von Millionen in die Tasche fließen lassen, die man hätte sparen können. In dieser Zeit, wo unser Volk einen solchen Existenzkampf führt und Hunderttausende draußen verbluten, hat niemand Anspruch darauf, diese Gelegenheit dazu zu benutzen, sich Hunderte von Millionen anzueignen. Da hätte eingeschritten werden müssen; aber es ist nichts geschehen, und es wird erst dann anders kommen, wenn wir einmal eine andere Zusammensetzung der Parlamente besitzen.

Zum Schluß noch ein Wort bezüglich der Kohlen. Das ist eine ganz bedenkliche Sache. Ich möchte die Regierung bitten, ihren Einfluß in Berlin so schnell als möglich geltend zu machen, damit der Widerstand des Kohlenkontors gebrochen wird. Es macht ganz den Eindruck, und die Sachverständigen sind durchaus der Meinung, daß das Kohlenyndikat jetzt mit den Kohlen zurückhält um zu warten, bis im August, wo die Erhöhung der Preise eintritt, dann auf einmal den Preis weit über den Betrag der Steuer hinaus erhöhen zu können. Wer ist denn das Kohlenyndikat? Es sind das wenige Leute, die Aktien in festem Besitz, und diese wenigen powern die Allgemeinheit in einer Art aus, daß es ganz skandalös ist. Jetzt besteht noch die Möglichkeit, die Kohlen auf relativ billige Weise an ihre Stapelplätze zu schaffen, jetzt, wo der Wasserstand noch ein guter ist im Mai, Juni und Juli. Wird aber gewartet bis zum August, dann haben wir einen niederen Wasserstand, und es ist ganz unmöglich, die Menge Kohlen zu verfrachten, die notwendig sind, um den Kohlenbedarf zu decken. Wenn dann im Winter die Ernährungsschwierigkeiten kommen und die Leute dazu noch frieren, dann gibt es einen Zustand, und eine Verbitterung, die man mit der schönsten patriotischen Rede nicht aus der Welt schaffen kann.

Deshalb möchte ich die Regierung dringend bitten, in Berlin so schnell als möglich dafür zu sorgen, daß der Widerstand des Kohlenyndikats gebrochen wird und die Kohlen sofort geliefert werden.

Geh. Oberregierungsrat Dr. Schneider:

Gegenüber den Ausführungen des Herrn Abg. Kolb möchte ich erklären, daß die Großh. Regierung selbstverständlich alles tut, um Kohlen nach dem Großherzogtum zu schaffen. Die Schwierigkeiten, die gewünschten Mengen Kohlen zu erhalten, liegen in Verhältnissen, für die man nach meiner Beurteilung der Sachlage das Kohlenyndikat nicht verantwortlich machen kann. Auf der einen Seite ist es der außerordentliche Bedarf der Rüstungsindustrie und die Notwendigkeit, den neutralen Staaten aus politischen Gründen Kohlen zu liefern, und

auf der anderen Seite die Tatsache, daß nicht so viel Kohlen gefördert werden, daß alle Wünsche befriedigt werden können. Es muß aber zweifellos, und darin teile ich ganz die Auffassung des Herrn Abg. Kolb, sichergestellt werden, daß wir die bei sparsamem Verbrauch für den Hausbrand notwendige Kohlenmenge erhalten. In dieser Richtung nehme ich an, daß das Reich in aller nächster Zeit die nötigen Vorschriften treffen wird. Wir werden uns jedenfalls nach Kräften bemühen, daß diese Angelegenheit in Ordnung kommt.

Wegen der Fleischpreise möchte ich darauf hinweisen, daß im Monat April für Schweine noch die höheren Preise bezahlt worden sind. Wie der Herr Abg. Weishaupert schon hervorgehoben hat, wurden für die Tiere der geringeren Gewichtsklassen sogar die früheren Preise der höheren Gewichtsklasse bezahlt, damit die Landwirte einen Ersatz dafür erhalten, daß sie schon jetzt ihre Tiere abliefern und ihre Absicht nicht ausführen können, sie erst zu verkaufen, wenn sie fett sind. Die Metzger waren reichlich mit Schweinen eingedeckt, die sie noch zu den höheren Preisen gekauft hatten. Es war also notwendig, eine Zeit lang abzuwarten, bis der Verkauf des Fleisches der noch zu hohen Preisen gekauften Tiere beendet war. Der neue Entwurf, welcher eine Herabsetzung der Höchstpreise für Schweinefleisch und aus Schweinefleisch hergestellte Fleisch- und Wurstwaren bringt, ist bereits gefertigt, seine Veröffentlichung steht unmittelbar bevor. Eine Herabsetzung des Preises für Rindfleisch wird erst im Monat August erfolgen können, weil im Monat Juli die Schlachttrinder, die rechtzeitig zu den bisherigen Preisen angeboten worden sind, noch abgenommen werden müssen. Wir werden dafür Sorge tragen, daß diese neuen Preise rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Wenn der Herr Abg. Kolb auf die hohen Gewinne einzelner Gesellschaften hingewiesen hat, so ist es durchaus begreiflich, daß die Gewinne in weiten Kreisen große Unzufriedenheit hervorgerufen. Was speziell die Gewinne in der Lederindustrie angeht, so ist darauf hinzuweisen, daß die Kriegslederaktiengesellschaft unter der Aufsicht der Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums steht, und daß man doch annehmen muß, daß seitens des Kriegsministeriums die nötige Aufsicht darüber geführt wird, daß nicht auf die Dauer zu hohe Preise bezahlt werden. In der ersten Zeit des Krieges sind in dem Bestreben, unter allen Umständen die nötige Ware zu beschaffen, damit unser Heer schlagfertig ist, tatsächlich hohe Preise denjenigen Industriellen in Aussicht gestellt worden, die in der Lage waren, die Waren rechtzeitig zu beschaffen. Wenn sich dann ein Industrieller noch rechtzeitig mit Rohstoffen zu billigen Preisen eingedeckt hatte, war natürlich in der Lage, außerordentlich hohe Gewinne zu machen. Ob der Abbau der Preise rechtzeitig durchgeführt worden ist, entzieht sich meiner Beurteilung, weil ich die Verhältnisse im ganzen Reich nicht übersehen kann. Vielleicht ist die Vermutung nicht unberechtigt, daß man da und dort die Preise früher hätte abbauen können. Es kann aber nicht Sache der Großregierung sein, in die Tätigkeit der Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums oder der anderen Reichsstellen, die die Überwachung der verschiedenen Kriegsgesellschaften sich zur Aufgabe gestellt haben, unter allen Umständen einzugreifen. Ich glaube, es wird für die Großregierung der Fall, in Berlin vorstellig zu werden, nur dann gegeben sein, wenn badische Interessen durch das Vorgehen der Kriegsgesellschaften berührt werden. Im übrigen ist es Sache der Aufsichtsorgane der Kriegsgesellschaften, dafür zu sorgen, daß die Dinge in Ordnung gehen.

Sinsichtlich der Mastverträge haben wir ausgesprochen, daß bei der Aufbringung der Schweine durch die Kommunalverbände diejenigen Mastverträge, deren Erfüllung bis 31. Juli d. J. vertraglich zugesagt ist, nicht zu stören sind und daß man auf die Ablieferung derartiger Schweine an die Kommunalverbände verzichten soll.

Abg. Belzer (Zentr.):

Der Kernpunkt unserer Erörterung dreht sich doch letzten Endes darum: Wie ist die Notlage in den Städten, insbesondere die Notlage der konsumierenden Bevölkerung zu bessern? Ich glaube, wir sind alle im ganzen Hause darüber einig, daß eine Notlage besteht, und wir sind auch alle darüber einig, daß dieser Notlage abgeholfen werden muß und alle Mittel angewendet werden sollen, die geeignet sind, diese Lage etwas zu verbessern. Ich glaube, daß der Herr Kollege Stöckinger offene Türen eingerannt hat, wenn er glaubte, uns von der Notlage in den Städten noch überzeugen zu sollen. Wir sind alle der entschiedenen Überzeugung, daß geschehen muß, was geschehen kann. Auf der anderen Seite aber, möchte ich doch auch bemerken, es besteht nicht nur in den Städten eine Notlage, sondern sie besteht auch auf dem Lande und insbesondere in den Gemeinden, in denen wir eine starke Industriebevölkerung haben oder in der Nähe der Großstädte gelegen sind (Sehr richtig!). Ich behaupte sogar, daß die konsumierende Bevölkerung dort zu einem großen Teil übler daran ist als die konsumierende Bevölkerung in den Städten und zwar aus dem Grunde, weil die Organisation dort nicht so ausgebaut ist und auf dem Lande auch nicht so ausgebaut werden kann, wie in den Städten, weil eben die Bevölkerung eine Mischung von Selbstversorgern und Versorgungsberechtigten darstellt. Dazu kommt noch der Schleichhandel, von dem der Herr Kollege Strobel schon gesprochen hat, daß er übermäßige Preise bezahlt. Dazu kommt dann noch das „Hamstern“ von den Städtern, die hinausgehen und die Lebensmittel hinten herum zusammenkaufen und so dieselben herausziehen aus den bei den Städten gelegenen Gemeinden, so daß die Gemeindeverwaltungen nur mit Mühe und Not ihr Pflichtquantum und vielleicht nicht einmal das zur Ablieferung bringen können.

Es wird vielfach entgegengehalten: all die Versorgungsberechtigten auf dem Lande draußen hätten wohl auch Gelegenheit, eher Milch oder Eier zu bekommen. Das ist aber eben nicht der Fall, und zwar weil auf dem genannten, leider nicht mehr ungewöhnlichem Wege gerade von den Städtern viel herausgezogen wird und dadurch für die Anderen nichts mehr draußen übrig bleibt. Es wäre ein sehr großes Verdienst, das der Herr Abg. Strobel und die andern Kollegen von der Stadt sich erwerben könnten, wollten sie die städtische Bevölkerung dazu erziehen, von der Beschreitung dieses Weges abzulassen. Die Preissteigerung über die immer geklagt wird, rührt zu einem großen Teil von dieser Erscheinung her.

Wenn dann über die Bucherpreise in der Industrie geklagt worden ist, so kann demgegenüber nicht genug betont werden, daß in der Tat hier der Bucher über das Maß getrieben wird. Es ist begreiflich, wenn die Bauernleute draußen von Empfindungen des Unmuts befallen werden, wenn sie so ungeheure Preise bezahlen müssen. Ich erinnere, um nur eines herauszugreifen, daß heute eine Pflugschar, die früher 90 Pf. gekostet habe, jetzt auf 3 bis 4 M. komme; eine einfache Mistgabel, die früher 1,40 M. kostete, komme jetzt auch auf 3 bis 4 M. zu stehen. Dabei ist Eisen bei uns in Fülle vorhanden. Das

sind riesige Preise und wir können es den Leuten nicht verübeln, wenn sie sagen? Uns setzt man für all unsere Produkte Höchstpreise fest — was wir aber kaufen müssen, das müssen wir überall sündenteuer bezahlen. Erst unlängst sagte mir ein Landwirt, der eifrig dafür eingetreten war, daß wir fremde Saatkartoffeln beziehen sollen, um eine bessere Ernte zu erzielen, die dann allerdings erst in der letzten Zeit eingetroffen sind, die Preise betragen 12 bis 14 M.; vielleicht könnte die Regierung etwas tun, mindestens vielleicht die Fracht nachlassen.

Was das Verbot der Hauschlachtungen anbelangt, so muß ich dies bedauern. Meines Erachtens wird es keine guten Wirkungen haben. Ich meine, es fallen da doch auch kleine Leute darunter. Wenn solche Leute mit Mühe und Not ihr Schweinchen aufziehen, sollte man es ihnen auch belassen. Das würde auch wieder seine vorteilhaften Wirkungen in bezug auf die Versorgung mit Fett haben.

Dann will ich auf die Bucheln zu sprechen kommen. Die hätte man meines Erachtens doch den Leuten lassen sollen (Sehr richtig!). Die Kinder gehen hinaus, sammeln die Früchte, sind emsig, suchen auch bei Sturm und Regen manchmal, und dann sollen sie die Bucheln erst noch abliefern! Das ist meines Erachtens recht bedauerlich. Ich glaube durch diese Verordnung wurde der Allgemeinheit kein großer Dienst erwiesen und die Gettnot nicht beseitigt, besonders dann nicht, wenn die abgelieferten Stfrüchte irgendwo auf einem Lager, weiß Gott wo, liegen bleiben und noch verderben.

Was die Fleischversorgung anbelangt, so muß auch ich Klage erheben, nicht in bezug auf die Zulage selbst, sondern was das Geld anbelangt, das dem Reich verloren geht. Alle Redner haben sich dagegen gewendet und ich glaube sagen zu dürfen, keine Verordnung hat unter der Bevölkerung auf dem Lande mehr Mißstimmung hervorgerufen, als gerade diese.

Dann bin ich auch nicht einverstanden mit dem, was eben der Herr Regierungsvertreter gesagt hat: daß diese Fleischpreise nicht gleichzeitig mit den Viehpreisen herabgesetzt werden konnten, weil eben das Vieh vorher gekauft war. Ich kann das nicht recht verstehen. Soviel mir bekannt ist, kaufen die Metzger ihre Schweine und schlachten sie gleich, sie stellen sie nicht ein. Warum denn auch? Sie würden ja nur Verlust haben, wenn sie sie noch einstellen wollten. Wenn nun da und dort ein Schwein gekauft worden ist und der Metzger jagt, er werde es erst in 8 Tagen abholen, was gegenwärtig selten vorkommen dürfte, so hätte die Rücksicht auf diesen seltenen Fall kein Hindernis sein sollen, mit den Viehpreisen auch die Fleischpreise herunterzusetzen.

Dann noch etwas anderes. Seitens der Regierung und der Militärverwaltung will man in bezug auf die Verteilung der Felder der Landwirtschaft unter die Arme greifen. Es ist das alles anzuerkennen und wird auch anerkannt. Nur möchte ich auf etwas aufmerksam machen, was man mir gerade gestern zugetragen hat. Gestern war Pferdenußterung im Bezirk Ettlingen. Nun mußten von meiner Gemeinde Malsch 83 Pferde nach Ettlingen zur Musterung gebracht werden. Die Besitzer mit samt den Pferden waren über einen halben Tag auswärts. Man rechne nun, es sind das schon rund 42 Arbeitstage mit einem Gespann. In der gegenwärtigen Zeit, wo aller Boden umgeackert, wo der Boden bestellt werden soll, kann ich nicht verstehen, daß man eine derartige Vorladung an die Landwirte ergehen läßt. Ich

bin der Meinung, die 3 Kommissionsmitglieder hätten doch wohl nicht so viel veräußt als die 83 Landwirte, wenn sie nach Malsch gekommen wären und dort die Pferde besichtigt hätten. Dann wäre die Sache vielleicht in einer Stunde erledigt gewesen (Mehrfaches Sehr richtig!).

Von Seiten des Herrn Ministers ist nun auch den Arbeitern und Arbeiterinnen Dank ausgesprochen worden, die so sehr viel zu unserem Durchhalten mit beigetragen haben. Wir unsererseits schließen uns diesem Dank vollständig an und wir gehen aber noch weiter, indem wir sagen, es ist notwendig, nicht nur den Dank auszusprechen, sondern auch den Schutz für diese Personen nicht außer Acht zu lassen (Sehr richtig!). Wenn wir allein  $4\frac{1}{4}$  Millionen weibliche Arbeiter rechnen und dazu die vielen Jugendlichen, die ebenfalls vielfach in der Schwerindustrie beschäftigt sind, dann handelt es sich hier um erschreckliche Zahlen und Gefahren. In der gegenwärtigen Zeit wird es, glaube ich, auch mancher Unternehmer unter Umständen nicht so genau nehmen mit dem, was ein Vorredner Raubbau an der Arbeitskraft bezeichnet hat, er wird nicht so sparsam mit der Arbeitskraft seiner Arbeiter umgehen. Ich meine, man müßte doch einigermaßen das Gewerbeaufsichtsamt darauf aufmerksam machen, es möge trotz der Kriegszeit doch darauf sehen, daß nicht zu große Mißstände eintreten.

Dann soll ich noch — damit nicht auch der Herr Kollege Hartmann sich zum Wort melden muß — in seinem Namen hier etwas vorbringen. Er freue sich, daß die in der Budgetkommission gepflogenen Erörterungen in bezug auf die Erwerbslosenfürsorge hinsichtlich der Tabakarbeiter insofern schon von Nutzen gewesen seien, daß auf nächsten Samstag von Seiten des Kriegsamtes eine Besprechung, einberufen worden ist, bei welcher die Frage der ferneren Regelung der Arbeitszeit beraten werden soll. Wir wollen hoffen, daß dabei auch für diese Tabakarbeiter etwas Günstiges herauskommt. (Beifall beim Zentrum).

Abg. Siedler (natl.):

Was ich innerhalb der kurzen Zeit, die ich in meinem Wahlbezirk verbringen konnte, an Bemerkenswertem erfahren habe, das ist in knappen Zügen etwa folgendes.

Von einer Not ist nicht die Rede; es herrscht, wie allwärts, Knappheit an Lebensmitteln. Aber es muß anerkannt werden, daß für alles gesorgt ist. Geflagt wird, hauptsächlich von den Landwirten, über die allzugroße Differenz zwischen Getreidepreis und Mehl- bzw. Brotpreis. Es ist sicher zurückzuführen auf den niederen Getreidepreis, daß viel Getreide verfüttert wurde, schon im Hinblick auf die hohen Preise für Kleie, die durchgängig als minderwertig bezeichnet wurde.

Bei der Kartoffelabgabe sind verschiedentlich Gärten vorgekommen, die hätten vermieden werden können. Daß man Kriegerfrauen lediglich deshalb bestraft hat, weil sie ihren Kartoffelvorrat nicht genau angegeben haben, hat große Mißstimmung hervorgerufen. Ich möchte bitten, daß man hier schonend vorgeht und Milde walten läßt.

Im letzten Spätjahr wurden die Landwirte aufgefordert, ihre Kartoffelvorräte abzuliefern; diese Aufforderung erfolgte unter dem Hinweis darauf, daß im Frühjahr aus Norddeutschland Saatkartoffeln kämen. Wenn die Landwirte nicht aufgrund ihrer Erfahrungen gehandelt und sich gegenseitig ausgeholfen hätten stünde es im Bezirke Sinsheim mit dem Anbau von Kartoffeln

schlecht: die norddeutschen Saatkartoffeln kamen teils zu spät, teils in einem Zustand, der sie kaum noch als Saatgut verwendbar machte. Was die Verteilung dieser Kartoffeln anbelangt, so wurde gerügt, daß die großen Güter — wie Waghäusel — zuerst ihr Quantum bekamen und dann erst die kleinen Landwirte an die Reihe kamen und ihren Teil zugewiesen erhielten.

Ferner wurden Klagen über die Unbilligkeit der Preis- und Klasseneinteilung des Schlachtviehes vorgebracht. Auch der Massenmord von Schweinen und namentlich von Rindvieh gibt der Bevölkerung zu Bedenken Anlaß. Man befürchtet eine Abnahme des Viehbestandes, beim Rindvieh auch Verminderung der Zuchttiere und außerdem Schwierigkeiten in der Milchversorgung.

Hier will ich auf eine Verfügung des stellvertretenden kommandierenden Generals des 14. Armeekorps vom 27. April 1917, den Erwerb von Lebensmitteln betreffend, hinweisen deren Vollzug bei der Milchversorgung in Sinsheim große Mißstimmung hervorgerufen hat. Bisher holten ungefähr 40 Personen ihren Bedarf an Milch, etwa 80 Liter, aus Rohrbach. Jetzt ist aufgrund der Verfügung ein Händler mit dem Einkauf beauftragt, der die Milch auf dem Rathaus in Sinsheim abgibt. Selbstverständlich dient es nicht zur Verbesserung der Milch, wenn verschiedene Qualitäten zusammengeschüttet werden; auch ist bei schwülem Wetter mit einem Verderben der Milch zu rechnen; man sieht auch nicht ein, warum ein so hoher Händlerpreis bezahlt werden soll. Die Leute wünschen, daß der frühere Zustand, selbstverständlich mit Zulassungsbescheinigung des Bezirksamtes, wieder hergestellt werde. Bei Erlaß der angeführten Verfügung scheint kein Sachverständiger gehört worden zu sein.

Das Gleiche trifft zu bei der Verordnung des stellvertretenden kommandierenden Generals des 14. Armeekorps vom 14. April 1917, die zeitweilige Schließung der Zigarrenfabriken betreffend. Es handelt sich um die Sicherung der Erntearbeit und die Ausführung der Feldarbeiten. Mich freut es zu hören, daß eine Änderung dieser Verfügung in Aussicht steht. Baden ist ohnehin schon durch die Einschränkung des Tabakbaues ziemlich erheblich geschädigt, namentlich gilt das für den Bezirk Sinsheim. Die neue Verordnung, die ich eben erwähnte, bringt nun auch für die Zigarrenarbeiter selbst schwere Schädigungen hinsichtlich des Arbeitslohnes. Günstigenfalls verbleiben ihnen 39 Arbeitsstunden gegen früher mindestens 58 pro Woche. Scheinbar ist vollständig außer Acht gelassen worden, daß es sich in der Hauptsache um weibliche Zigarrenarbeiter handelt, denn die männlichen Arbeiter befinden sich fast ausnahmslos im Seeresdienst. Nun können die weiblichen Arbeitskräfte, und von diesen ist ein großer Teil verheiratet, die ihnen zugestandene Arbeitszeit von 8 bis 12 Uhr und von 1 bis 4 Uhr nicht voll ausnützen; fast ausnahmslos müssen sie schon um 11 Uhr meistens die Fabrik verlassen, weil sie Zumittagkochen und für ihre Kinder, namentlich deren rechtzeitigen Schulbesuch sorgen müssen. Frühestens können sie gegen 2 Uhr mittags die Arbeit wieder aufnehmen, die sie aber nur bis 4 Uhr fortsetzen können. Dabei ist noch gar nicht einmal berücksichtigt, daß diese Frauen wöchentlich einmal auch Brot backen, Wäsche waschen, Lebensmittelkarten und Lebensmittel empfangen müssen. Vor 2 Uhr wird es ihnen nicht möglich sein, wieder in die Fabrik zu gehen; um 4 Uhr müssen sie aber trotzdem wieder entlassen werden. Es wäre sicher bedeutend praktischer, wenn sie ihr um 40 Prozent gekürztes Arbeitsquantum in einer

passenderen Zeit ausführen könnten. Die Verordnung in der Gestalt, die sie jetzt hat, muß die beschränkte Erwerbsmöglichkeit noch viel mehr einengen. Viele Fabriken haben den Arbeitern bei der 6. Kriegsanleihe durch Vorschüsse die Zeichnung ermöglicht und ihnen Rückzahlung in kleinen Beträgen an den Lohntagen gestattet. Bei der Einschränkung der Arbeitszeit ist diese Regelung nicht mehr durchführbar, durch die Einschränkung des Verdienstes wird die Möglichkeit der Tilgung nahezu illusorisch. Den Fabrikanten selbst ist es natürlich auch nicht mehr möglich bei dieser unpraktischen Arbeitszeit ihre 60 Prozent fertig zu stellen. Ich erwarte, daß, wie dem Herrn Belzer in Aussicht gestellt, die Verordnung aufgehoben wird. Auch die Landwirte selbst werden wenig mit dieser Regelung zufrieden sein; es wird sich wohl kaum ein Landwirt finden, der die Arbeiter und Arbeiterinnen morgens bis 8 Uhr und nachmittags von 1/2 5 Uhr ab beschäftigt. Dazu kommt, daß diese von der Landwirtschaft doch weniger verstehen. Auf dem Lande selbst haben diese Zigarrenarbeiter ihre zwei oder drei Äcker, ein kleines Gärtchen und ziehen daraus ihren Bedarf an Kartoffeln und Brotgetreide; diese Arbeiten werden hauptsächlich nach Fabrikfluß um 6 Uhr bewirkt. Aber eine intensive Arbeit in der Landwirtschaft haben sie doch nicht geleistet; denn wie gesagt, die Arbeit, die sie in ihrem eigenen Betrieb machen können, erledigen sie leicht in ihrer freien Zeit. Wenn die Arbeiten dringend waren, dann blieben sie auch einmal einen halben Tag weg; dagegen hat nie eine Fabrikleitung etwas einzuzwendenden gehabt.

In Württemberg ist die Kriegswichtigkeit der Zigarrenindustrie bereits ausgesprochen. Ich hoffe, daß Baden seinem Nachbarstaate darin folgen werde.

Ich glaube, daß unseren Landwirten mit Kriegsgesangenen viel besser gedient ist. Der Herr Minister hat gestern von der überraschend hohen Zahl von Kriegsgesangenen gesprochen, die sich in Deutschland befinden. Will man aber einmal einen davon haben, dann ist er so selten zu bekommen wie ein rohes Ei — und leider muß er auch genau wie ein solches behandelt werden (Seiterkeit).

Die Beurlaubung der Landwirte und Landwirtschaftsjöhne ließe sich doch leicht ermöglichen, da es sich für Feldbestellung und Ernte immer nur um kurze Zeit handelt, um wenige Monate. Es ist bis jetzt nicht möglich gewesen, da von der obersten Seeresverwaltung immer nur ein kleiner Prozentsatz an Urlaubern gestattet war. Wenn hier in diesen in Betracht kommenden Monaten ein größerer Prozentsatz erlaubt wäre, dann bestünde die Möglichkeit, daß man entweder zur Frühjahrsbestellung oder zur Ernte oder zur Spätjahrsbestellung eine größere Anzahl Landwirte nach Hause schicken könnte. Der Fehler liegt hauptsächlich daran, daß es bei der jetzigen Einrichtung den Abteilungs- und Regimentsführern unmöglich ist, den Urlaubsgesuchen allen zu entsprechen, die an sie gestellt werden. Ich glaube, daß eine entsprechende Vorstellung seitens der Regierung in Berlin sicher Erfolg haben werde.

Abg. Morgenthaler (Zentr.):

In Betreff der Kohlennot stimme ich dem bei, was der Herr Abg. Kolb ausgeführt hat. Es wird bedenklich, daß wir keine Kohlen mehr bekommen können. Schon in den Wintermonaten gelang es nicht, unseren Bedarf zu decken; unsere Vorräte wurden aufgebraucht, wir wurden dann von Monat zu Monat hinausgetröstet. Selbst

unsere Bezugsvereinigungen, unsere Einkaufsgenossenschaften und Bauernvereine usw. erhielten keine mehr. Ich verstehe vollkommen, daß wir genötigt waren, Kohlen an die Neutralen abzugeben. Ich möchte aber doch die Großh. Regierung bitten, daß man doch jetzt schon daran denkt, sich für nächsten Winter einzudecken. In allen anderen Jahren ist das auch geschehen. Jetzt kann man Bestellungen machen, soviel man will, man bekommt nichts und man ist einfach machtlos. Wenn wir nicht den ganzen Vorrat bekommen können, den wir brauchen, so würden wir uns begnügen, wenn uns auch nur ein Teil zugewiesen würde; wir werden uns ja ohnehin einschränken müssen. Aber alles Einschränken hilft nichts, wenn man gar nichts bekommt. Andere Jahre hat man sich in diesen Monaten bei hohem Wasserstand gedeckt. Wenn es dem Winter zugeht, so werden die Verhältnisse wieder derart sein, daß immer weniger daran zu denken ist, unseren Bedarf gedeckt zu erhalten. Möchte daher die Großh. Regierung bitten, dahin zu wirken, daß wir auf dem Lande, jetzt, in dieser Jahreszeit, doch wenigstens ein Teil unseres Bedarfs an Kohlen erhalten können.

Auch die Holzpreise sind horrend hinaufgestiegen, sie haben eine geradezu unerhörte Höhe erlangt. In meiner Gegend wurde das Klafter schon zu 140 Mark gesteigert im Walde. Dazu kommen noch 10 Mark Fuhrlohn. Es ist auch schon gesagt worden, daß man Höchstpreise für Holz ansetzen sollte. Die Großh. Regierung soll mit gutem Beispiel vorgehen und Höchstpreise ansetzen in den Forst- und Domänenwäldungen den Anfang machen.

Dann möchte ich noch einmal die Bitte bezüglich der Brennkessel an die Großh. Regierung richten, daß hier Erleichterung geschaffen wird. Bezüglich der Brennkessel stimme ich dem zu, was der Herr Abg. Engelhardt gesagt hat. Es ist Tatsache, wenn die Anordnung durchgeführt würde, daß alle Brennkessel eingeholt werden müssen bis auf einen im Ort, so wäre das gleich bedeutend mit der Aufhebung des Brennrechtes. Das wäre sehr zu beklagen und würde sehr großen Nachteil bringen. Durch die Einrichtungen, wie man sie auf dem Lande gehabt hat, konnte alles Obst ausgenützt werden, auch das Fallobst und Faulobst und alles Mögliche. Es handelt sich dabei auch nicht nur um den Branntwein, sondern auch um die Schlempe. Das ist ein gutes Schweinefutter, und manche kleinen Betriebe kauften noch Rohmaterial, um Futter für ihre Schweine zu erhalten. Ich möchte bitten, daß in erster Reihe diejenigen Vorräte an Kupfer, die noch immer auf den Rathhäusern oder bei den Kupferschmieden herumliegen, verwendet werden. Erst dann, wenn es nicht mehr anders geht, soll man an die weiteren Kessel denken. Ich möchte da also die Großh. Regierung bitten, hier der Landwirtschaft behilflich zu sein, daß die Kleinbrennereien erhalten bleiben.

Bezüglich des Brotgetreides hat man gehört, daß unmittelbar nach der Ernte an den Ausdruck gegangen werden soll. Das Wort Ausdruck erschreckt mich, denn das Getreide hat einen Gärungsprozeß durchzumachen, und da sollte es möglichst noch im Stroh sein. Wenn es im Stroh ausgegoren hat, kann man es aufbewahren, wo man will. Kommt es aber vorher in die Säcke oder wird es vorher auf Haufen geschüttet, so kommt es dort in Gärung; darunter leidet die Keimfähigkeit, besonders das Saatgetreide. Schon manchmal ist von solchem Getreide gar nichts aufgegangen. Wenn die Militärverwaltung sofort Getreide braucht, so möge

man vorher nur so viel dreschen und wegnehmen, als wirklich sofort gebraucht wird, das andere erst nach Gärung im Stroh. Die Militärverwaltung vor allem muß das Getreide auf großen Haufen lagern. Dadurch soll im vorigen Jahr sehr viel durch Fäulnis verloren gegangen sein. Wenn nun in diesem Jahre von dem Getreide auch noch manches zugrundegehen würde, so würde dadurch die Knappheit an Brot noch größer werden. Man soll dem Landwirt sein Saatgetreide belassen. Man hat sich in der Landwirtschaft in den letzten Jahren außerordentlich Mühe gegeben, sich Saatgetreide zu verschaffen, das zu unseren klimatischen Verhältnissen und auch zu den Bodenverhältnissen paßt. Da sollte man jetzt den Landwirten ihr eigenes Saatgetreide und das Getreide für den eigenen Bedarf hinreichend belassen, dieser weiß es zu behandeln, daß es nicht verdirbt.

Der Herr Abg. Strobel hat gesagt, daß die Preise für Kirichen zu hoch seien; die Kirichen seien an den gleichen Bäumen gewachsen wie früher und wir hätten keine größeren Kosten damit als früher. Wir erzeugen aber auch andere Sachen; das Erträgnis der Landwirtschaft besteht nicht lediglich in dem, was auf den Bäumen wächst. Wir brauchen Geschirr und vieles andere, und alles, was wir kaufen, ist viel teurer als früher. Wenn ich nur den Wagner brauche, oder den Wagenschmied, so sind seine Preise sehr hoch. Schon eine Büchse Wagenschmiere kostet viermal so viel wie früher. Und wenn der Bentner Getreid: 27 bis 29 M. kostet, so bekommt man noch nicht einmal ein Paar Stiefel um diesen Preis, wo das Leder jetzt so teuer ist. Beim Leder hätte man schon längst Höchstpreise festsetzen sollen. Die Schuhmacher können überhaupt kein Leder mehr bekommen.

Dann noch das eine: Das Brotgetreide mußte ja leider so nieder rationiert werden, und es ist jetzt noch heruntergesetzt auf 6½ Kilo, und das jetzt in dieser Jahreszeit, wo so viele und schwere Arbeit zu leisten ist, wo nicht nur 10 und 12 Stunden, sondern 16 und 18 Stunden gearbeitet werden; da reicht dieses Brotgetreide unmöglich aus. Ich möchte die Großh. Regierung bitten, dahin zu wirken, daß, sobald die Neuernte kommt, die Brotrotation doch gleich wieder erhöht wird. Die Herren von der Stadt meinen, der Bauer könne sich in verschiedenem anderen zusehen. Was soll er zusehen? Fleisch hat er wenig. Er kann ein Schwein schlachten im Spätjahr und dann höchstens noch ein kleines Schwein. Gegen den Sommer hin ist dann wenig Dürrfleisch noch vorhanden, und wenn das Vieh jetzt so weggenommen wird, so wird nach der Ernte nicht mehr viel da sein, und es wird dem Bauer nicht möglich sein, viel Fleisch zu essen. Alles andere hat man abzuliefern, Milch, Butter, Eier, Kartoffeln usw. Sagte doch selbst der Herr Minister, was soll oder kann noch rationiert werden.

Von der Milch meinen die Herren in der Stadt auch, es sei zu wenig, was von den Bauern hergegeben wird. Man gibt her, was man kann. Aber es ist schon dargelegt worden, daß, weil wir kein Kraftfutter haben, die Kühe weniger Milch geben und die Gühner weniger Eier legen. Das ist eine Tatsache, die sich die Herren in der Stadt klar machen müssen. Ich möchte die Regierung bitten, dahin zu wirken, daß die Brotrotation, sobald das neue Getreide da ist, erhöht wird, daß der Landwirt zu der Arbeit, die er leistet und gern leistet, doch auch wieder Lust und Liebe bekommt. Das wird auch zum Ausgleich der Klust zwischen Stadt und Land beitragen.

Abg. Ziegelmeyer (Zentr.):

Dieser furchtbare Krieg hat uns verschiedene Beschränkungen auferlegt, und es wurden viele Verfügungen erlassen, die im Interesse der Allgemeinheit notwendig waren! Und heute müssen wir uns auch beschränken in der Rede (Seiterkeit). Allein, ich glaube, wegen dieser vielen Verordnungen ist noch niemand gestorben.

Der Herr Abg. Strobel hat gestern gegen die Landwirte polemisiert, weil sie große Gewinne gemacht hätten infolge der Steigerung der Mehl- und Fleischpreise. Ich kann Herrn Strobel nur mitteilen, daß die Landwirtschaft von der Steigerung der Mehl- und Fleischpreise keinen Pfennig erhalten hat, er hätte seine Ausführungen an die Großmüller und Metzger richten müssen. Denn wenn wir Höchstpreise für Schlachtvieh haben, so hat das gar keinen Bezug auf den Landwirt, wenn die Fleischpreise hoch sind. Man hätte, wie der Herr Kollege Belzer schon richtig gesagt hat, die Fleischpreise ganz gewaltig reduzieren müssen. Man hätte das auch gekonnt; ein Metzger verdient an einem Rind von 8 Zentnern 250 bis 300 M. in anderthalb Tagen. Der Landwirt muß es anderthalb bis zwei Jahre füttern, bis es verkäuflich ist und verdient keine 100 M. daran. Ebenso ist es mit den Schweinen im Gewicht von 100 Kilo. Der Herr Ministerialrat hat gesagt, die Schweine seien verkauft gewesen. Die Metzger kaufen sie, wie sie dieselben brauchen, und wenn sie das Vieh vorkaufen, steht es beim Bauern und nicht beim Metzger. Damals hätte man einsehen und die Fleischpreise heruntersetzen müssen. Die Landwirte sind deshalb erbittert, weil ihnen die Preise heruntergesetzt wurden, während der Metzger den alten Preis bekommt, der nicht stimmt mit dem Viehpreis. Mich hätte es gefreut, wenn der Herr Ministerialrat heute gesagt hätte, wie die Fleischpreise herabgesetzt werden, in welchem Grade sie herabgesetzt werden; ich glaube, daß sie stark heruntergesetzt werden, wenn neue Preise kommen. Denn wenn sie nicht um mehr heruntergesetzt werden als 25 %, ist das Fleisch immer noch zu teuer. Was der Landwirt hergeben muß, soll der konsumierenden Bevölkerung zugute kommen (Zustimmung), sonst hat die Herabsetzung der Preise keinen Wert, man nimmt das Geld nur dem Einen und schiebt es dem Anderen in die Tasche.

Dann ein Wort über die Höchstpreise von Schlacht- und Zuchtvieh. Es wurde sehr schwer empfunden, daß die Höchstpreise für Schlacht- und Zuchtvieh gleichgesetzt wurden; daher kamen die vielen Überschreitungen der Höchstpreise. Wenn ein Landwirt Unglück im Stall hat, wenn etwa eine Krankheit ausbricht infolge der Unterernährung der Tiere, weil die Kraftfuttermittel fehlen — das Vieh ist nicht sehr widerstandsfähig —, dann kommt er in die Lage, ein Stück Vieh kaufen zu müssen. Aber er kann dann tagelang, ja wochenlang herumlaufen, um etwa sein Gefährt wieder in Ordnung zu bringen, er kann zum Höchstpreis nichts bekommen. Der Andere sagt: „Meine Kuh ist eine gute Milchkuh, ich muß einen Zuschlag haben“. Hierin liegt der Hauptgrund. Man hätte im Lande bei manchen Viehschlägen einen Zuschlag gewähren sollen, sei es in Milchprämien, weil die Unterschiede zwischen den Nutztieren doch groß sind. Es heißt ja im Gesetz, der Bezirkstierarzt kann feststellen, ob es ein hochwertiges Zucht- oder Nutztier ist. Zur Überschreitung der Höchstpreise hat vielfach geführt, daß in den Genossenschaftsblättern gestanden hat, daß für trüchtige Kühe und hochwertige Zucht- und Nutztiere ein Zuschlag zugelassen sei. Allein wo keine Genossenschaft ist, trifft das nicht zu, und jetzt fallen die Leute so schwer herein. Da möchte ich die Großh. Regierung

dringend bitten, Schritte zu tun, um diesem Skandal ein Ende zu machen. Jeden Tag kommen Leute zu einem gelaufen, und man kann ihnen doch nicht helfen, denn so steht es im Gesetz, und sie machen sich strafbar. Die Leute können aber kein Zugvieh bekommen, wenn sie die Höchstpreise nicht überschreiten. Tut das der Bauer, so ist er unschuldig daran, weil er sich in einer Notlage befindet, aber gleichwohl wird er bestraft. Da sollte Abhilfe geschaffen werden. Mancher Mann ist übel genug daran, wenn ihm ein oder zwei Tiere in kurzer Zeit umstehen, wie es oft vorgekommen ist. Das könnte vermieden werden, indem man einen Zuschlag gewährt, dann wäre die ganze Sache aus der Welt geschafft. Die Regierung würde dadurch großen Dank ernten bei der ganzen Landwirtschaft.

Eine weitere Bitte hätte ich an die Großh. Regierung zu richten bezüglich des Tabakbaues. Die Verordnung, wonach nur solche Landwirte Tabak pflanzen dürfen, die ihren Bedarf an Kartoffeln und Getreide selber bauen, hat doch etwas aufgeregt. Denn viele kleine Landwirte bauen schon Jahre lang ein Viertel oder anderthalb Viertel Tabak, sie bauen aber nicht alles Getreide, was sie brauchen, aber sie konnten mit dem Tabakgeld ihre Zinsen bezahlen, ihr Holzgeld und ihre Pachtgelder, und da waren sie doch besser daran, als jetzt, wo man ihnen die Auflage macht, keinen Tabak zu bauen. Ich möchte die Großh. Regierung bitten, die Bezirksämter anzuweisen, öfters Dispens zu erteilen, wenn darum nachgesucht wird, um wieder nach der alten Sitte zu ermöglichen, daß auch jeder kleine Bauer ein Viertel Tabak bauen darf, um seinen Verpflichtungen nachzukommen, und nicht vom Tabakbau ganz ausgeschlossen wird.

Dann möchte ich mich auch der Bitte verschiedener Redner anschließen, daß die Landwirte über die Heu- und Getreideernte mehr beurlaubt werden. Es ist etwas Unangenehmes, wenn jemand ziemlich Getreide oder Heu draußen hat, und er bekommt niemand zur Ernte. Wenn es möglich wäre, Gefangene zu bekommen, wäre ja vielen Klagen abgeholfen, aber es ist zur Zeit unmöglich. Ich glaube, bei gutem Willen könnte man auch Landwirte von der Front einige Tage beurlauben. Es dauert die Heuernte nur kurze Zeit, vielleicht acht Tage; da wäre es sehr gut, wenn hier etwas Nachsicht geübt würde.

Bezüglich der Leute vom vaterländischen Hilfsdienst haben wir bisher schlechte Erfahrungen gemacht. Die Leute haben den guten Willen, aber ihre Kraft reicht nicht aus, sie halten es nur drei oder vier Tage aus. Die Leute sagen: „Das Essen wäre uns recht, aber diese anstrengende Arbeit können wir nicht verrichten.“ Sie wollen sehen, daß sie leichtere Arbeit finden, vielleicht als Melker, aber schwere Arbeit können sie nicht verrichten. Dann sind die Bauern wieder in der alten Lage und haben niemand.

Ein Wort bezüglich der Kartoffelaufnahme. Ich war auch Mitglied einer Kommission. Wenn man die Leute richtig behandelt und aufklärt, wird die Sache nicht so schlimm aufgenommen. Ich kann konstatieren, daß ich in einigen Gemeinden die Sache mitgemacht habe, und ich habe keine Beanstandungen gehabt mit wenigen Ausnahmen. Wenn man den Leuten gesagt hat: „Es muß sein, die Leute in der Stadt müssen verhalten werden, und da müssen wir uns einschränken“, dann haben die Leute gesagt: „Ja, ja, es ist eben da nichts zu machen.“ So geht es besser, als wenn man gleich mit dem Polizeistock kommt.

Dann möchte ich noch auf etwas aufmerksam machen. Im letzten Jahr wurde viel Saatgetreide gekauft

aber das meiste war nicht keimfähig. Das kommt daher, wie schon der Herr Kollege *Morgenthaler* gesagt hat, daß die Frucht zu früh ausgedroschen worden war und im Sack gegoren hat. Solche Frucht ist auch zu Mehl schlecht. Das sollte besser überwacht werden. Jetzt schweben Prozesse, über solche Fälle, in denen Gemeinden viel Saatgetreide gekauft haben, das leider nicht aufgegangen ist. Da sind die Leute vor die Notwendigkeit gestellt worden, im Frühjahr anderes Saatgetreide zu kaufen, und das Geld war zum Fenster hinausgeworfen. Es sollten nur solche Leute Saatgetreide verkaufen dürfen, die eine Bescheinigung von der Großh. Regierung haben. Man hat oft gesagt, man meint, es seien Agenten unserer Feinde, sonst könnten sie das nicht machen. Denn die großen Gutsbesitzer müssen doch wissen, ob ihre Frucht keimfähig ist oder nicht. Ich möchte bitten, daß da in Zukunft Abhilfe geschaffen wird.

Abg. *Bitter* (natl.):

Bei der Erörterung über die Teuerungszulagen der Beamten und Arbeiter des Staates habe ich bereits auf die Überlastung der Gemeindeorgane hinzuweisen Gelegenheit gehabt, die mit der derzeitigen Bezahlung in einem krassen Mißverhältnis steht. Der Herr Minister hat in seiner gestrigen eingehenden Rede die Tätigkeit unserer Gemeindeverwaltungen bereits gehörig gewürdigt und hat ihnen auch sein Lob ausgesprochen. Diese Anerkennung wird im Lande aufrichtigen Wiederhall finden und die Beteiligten dazu veranlassen, von ganzem Herzen daran weiterzuarbeiten, der jetzt zweifellos schwierig gewordenen Verhältnisse Herr zu werden.

Die Freude der Beteiligten wäre vielleicht aber doch noch größer gewesen, wenn der Herr Minister in der Lage gewesen wäre, die sofortige Vorlage des Gemeindebeamtengesetzes zu versprechen. Jedenfalls darf ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß die starke Inanspruchnahme der Gemeindebeamten zur Erfüllung ihrer schweren Pflicht, teilweise unter Aufopferung der Gesundheit, in diesem Gesetze die richtige Würdigung finden möge. Es soll aber doch auch an dieser Stelle der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß bis dahin die Gemeinden von sich aus die Kraft und den Willen haben, die verdiente Würdigung der Gemeindebeamten durch bessere Bezahlung eintreten zu lassen.

In dieser Verbindung darf ich auch auf eine neue Kriegseinrichtung unseres rührigen Bezirksamtes in Heidelberg hinweisen, die dahin abzielt, den Gemeinden die Einstellung von Hilfskräften durch Zuschüsse aus den Mitteln des Kommunalverbandes zu erleichtern. In Anbetracht der schwierigen Lage vieler Gemeindeverwaltungen, deren Personal zum großen Teil einberufen ist, muß dieses Vorgehen zweifellos sehr begrüßt werden, da neben der finanziellen Schonung gleichzeitig eine erleichterte Bewältigung der schweren Arbeiten ermöglicht ist. Auch ist, trotz starker Überlastung, unsere Bezirksverwaltung den Gemeinden immer hilfreich und treu in der harten Zeit zur Seite gestanden.

Auch bei den Bezirksämtern hat der Krieg einschneidende Änderungen und Neuerungen gezeitigt: eine Tatsache, die ja vorhin bereits der Herr Minister gestreift hat. Es ist hier in erster Linie die Tatsache in den Vordergrund zu stellen, daß in dieser Zeit erstmals kaufmännische Kräfte ehrenamtlich zur Führung der Geschäfte des Kommunalverbandes

beigezogen worden sind, wie dies gerade auch in Heidelberg erfolgreich festzustellen ist. Da wir auch nach dem Kriege zweifellos noch längere Zeit unter dem wirtschaftlichen Druck zu leiden haben werden, glaube ich der Großh. Regierung den Gedanken zur Prüfung empfehlen zu sollen, derartige Mitarbeiter in Zukunft auch in ein festes Dienstverhältnis zum Staate zu bringen.

Den fast zahllosen in der Jetztzeit sonst noch in Betracht kommenden Einzelfragen sind schon so eingehende Betrachtungen gewidmet worden, daß ich mir nur noch einige ganz kurze Bemerkungen gestatten darf. Einer der Herren Vorredner hat das Gebahren unserer Gefangenensinspektion des stellvertretenden Generalkommandos des XIV. Armeekorps lobend gekennzeichnet. Ich kann mich dieser Auffassung und Anerkennung nur anschließen, und möchte die Anerkennung auch der Landesstelle für Kohlenversorgung zum Ausdruck gebracht wissen. Die beiden genannten Stellen waren bestrebt, nach Möglichkeit den vielen an sie herantretenden Wünschen entgegenzukommen. Bezüglich der Kohlenversorgung halte ich den Wunsch für gerechtfertigt, den Gemeinden die Kohlen für ihre Einwohner möglichst zuzuwenden. Wir haben in der Hinsicht schwere Mängel gehört und schwere Klagen über uns ergehen lassen. Die Gemeinden können ganz gut die Händler mit der Verteilung der Kohlen betrauen. Ich meine, was für die Nahrungsmittel als richtig anerkannt worden ist, muß auch bei der Kohlenversorgung entsprechend Platz greifen können. Im übrigen bin ich durchaus der Auffassung des Herrn Kollegen *Solb*, daß wir jetzt nach Möglichkeit dafür sorgen müssen, uns mit Kohlenvorräten für den Winter einzudecken.

Die Frage des Saatgutes hat mit Recht oft sehr scharfe Kritik hervorgerufen. Es muß anerkannt werden, daß die Regierung die Vorarbeiten zu einer tadellosen Durchführung rechtzeitig vorgenommen hat. An dem Vollzug dagegen hat es da und dort wesentlich gehapert. Das Saatgut, besonders die Kartoffeln von Norddeutschland, kamen, wie schon mehrfach erwähnt wurde, zu spät und teilweise auch in sehr verdorbenem Zustande hier an. Um diese weittragende und für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse gefährliche Erscheinung in Zukunft nach Möglichkeit zu vermeiden, haben wir im badischen Unterland auf Anregung des Großh. Bezirksamtes unter energischer Leitung des landwirtschaftlichen Referenten im Bezirksamt Heidelberg versucht, in diesem Jahre insofern eine Änderung herbeizuführen, daß man recht viele staatlich anerkannte Saatgutstellen ins Leben ruft. Ich darf diese Anregung unserer Bezirksbehörde an dieser Stelle der Großh. Regierung dringend ans Herz legen, zugleich mit der Bitte, vielleicht im ganzen Lande auf eine derartige Organisation hinzuweisen und hinzuarbeiten, um in der Hinsicht eine mögliche Unabhängigkeit von Norddeutschland eintreten zu lassen.

In der letzten Zeit sind einige einschneidende Verfügungen ergangen, die den Tabakbau und das Tabakgewerbe betreffen. Mit Freude habe ich vernommen, daß der Herr Kollege *Sartmann* bezw. der Herr Kollege *Belzer* die Mitteilung machen konnte, von der Regierung seien bereits Schritte eingeleitet, um eine wesentliche Verbesserung bezw. Beseitigung des bemängelten Erlasses herbeizuführen. Deshalb kann ich die in dieser Hinsicht mir vorgetragenen Klagen meines Kreises zurückstellen und möchte nur bitten, daß die Regierung nach Möglichkeit bemüht ist, den Interessen unserer im Tabakgewerbe beschäftigten Arbeiter Rechnung zu tragen.

Abg. Graf (Zentr.):

Die Frage der Beschaffung von Arbeitskräften ist auch in meinem Bezirke eine sehr schwierige. Am letzten Montag war ich auf dem Bezirksamt Engen. Im Vorzimmer stand eine große Anzahl von Leuten, besonders Frauen; verschiedene wollten ihre Männer, andere ihre Söhne beurlaubt wissen; wieder andere wollten Gefangene und andere wieder sonstige Arbeitskräfte. Die Leute sagten mir: Es ist uns unmöglich mit den vorhandenen Arbeitskräften diesen Sommer über die zu leistende schwere Arbeit zu bewältigen. Ich möchte die Großh. Regierung bitten, wie das bisher auch schon die Herren Vorredner getan haben, nach jeder Richtung hin unsere Bestrebungen auf Beschaffung von Arbeitskräften in größerer Anzahl unterstützen zu wollen.

Was die Obstversorgung betrifft, so hätte ich eine Bitte an die Großh. Regierung. In verschiedenen Gemeinden meines Bezirkes war es im vorigen Jahre trotz der weitestgehenden Bemühungen den Leuten nicht möglich, Obst für ihren Haushalt zu bekommen. Die Leute sind deshalb in einer sehr schwierigen Lage. Milch bezw. Butter müssen abgeliefert werden; das Bier ist ohnehin schon knapp und schlecht. Wein kann bei dem heutigen teuren Preis von den Landwirten nicht gekauft werden. Sie sind deshalb darauf angewiesen, Wasser zu trinken. Nun gibt es allerdings Gelehrte, welche behaupten, Wasser sei das beste Getränk: „Das Wasser ist das Beste hier, die edelste der Gottesgaben; doch mich lehrt die Bescheidenheit, man muß nicht stets vom Besten haben“ (Seiterkeit). Mit Wasser und Brot allein können die Landwirte die schwere Arbeit nicht bewältigen, die diesen Sommer ihrer harzt. Jedenfalls möchte ich bitten, dafür sorgen zu wollen, daß zuerst die Konsumenten unseres eigenen Landes mit Obst versorgt werden; erst dasjenige, was dann als Überschuss bleibt, sollte ausgeführt werden.

In bezug auf die Fleischversorgung bin ich der Ansicht, daß eine Erhöhung der Fleischmenge allerdings nötig war. Ich glaube jedoch, es hätte in dieser Beziehung auch eine geringere Menge genügt, besonders für diejenigen Versorgungsberechtigten, die nicht zu den Schwerarbeitern gehören, oder für die Versorgungsberechtigten auf dem Lande. Ich komme zu dieser Auffassung, weil ich meine, bei der jetzt festgesetzten Menge werden wir nicht lange aushalten, wenn wir nicht unseren Viehbestand allzusehr schwächen wollen. Tatsache ist, daß wir mehr Vieh haben, als im Jahre 1913. In verschiedenen Bezirken, besonders wo keine Zucht getrieben wird, wird auch die Aufbringung des Schlachtviehs keine großen Schwierigkeiten mit sich bringen. Aus meinem Bezirk aber habe ich doch schon Klagen und schwere Bedenken von Landwirten gehört, welche sagen, wir werden bald unsere Zuchtbestände angreifen müssen, weil wir unser Zugvieh beim Mangel an Pferden nicht abgeben können. Ein Eingriff in unsere Zuchtbestände wird sich aber später schwer rächen. Mit einigen fleischlosen Wochen, so wie es geplant ist, werden wir unsere Vieh- und Schweinebestände nicht ergänzen können: so schnell geht es nicht mit der Nachzucht, dazu brauchen wir längere Zeit.

Bezüglich der Versendung des Viehes hätte ich aus meinem Bezirk verschiedene Klagen vorzutragen. Unser Bezirk muß die Tiere nach Mannheim liefern. Die Tiere werden gefüttert, gewogen und dann in Mannheim bei der Ankunft noch einmal gewogen. Ergibt sich ein Mindergewicht von über 12 %, dann wird das Mehr dem Landwirt abgezogen. In letzter Zeit ist

es in vielen Fällen vorgekommen, daß sich Mindergewichte von 14, 16 und 18 % ergeben haben. Wenn dann der Abzug kommt, dann ist er für die Landwirte sehr hart; denn dieser Abzug kommt nach meiner Ansicht nur daher, daß infolge der Transportschwierigkeiten das Vieh viel zu spät nach Mannheim kommt. Es wird vielleicht dort nicht sofort ausgeladen und kann nicht sofort gewogen werden. Die Landwirte werden eigentlich dafür bestraft, daß wir ziemlich weit von Mannheim weg wohnen. Darüber besteht eine Unzufriedenheit. Von Kollegen aus dem Unterlande habe ich gehört, daß diese von einem Abzug überhaupt nichts wissen (Zuruf: Doch!). Ich möchte die Großh. Regierung bitten, die Stadt Mannheim zu veranlassen, daß hier in lokaler Weise verfahren wird. Schließlich können wir ja nichts dafür, daß wir um eine so große Strecke von der Stadt Mannheim entfernt liegen.

Bezüglich der Höchstpreispolitik ist schon verschiedenes in diesem hohen Hause gesprochen worden; doch muß auch ich einiges noch dazu sagen. Höchstpreise müssen ja gemacht werden, um die Preistreiberei in richtigen Grenzen zu halten. Höchstpreise müssen aber so gestaltet werden, daß die Preise dem Produzenten noch einen lohnenden Verdienst abwerfen. Hauptsächlich soll man uns endlich mit dem ewigen Auf und Ab bei den Höchstpreisen verschonen. Das verärgert die Leute am allermeisten und schadet auch am meisten. Bei den Höchstpreisen für Schweine und Vieh wurde dieser Fehler wieder gemacht: Vorher waren sie etwas zu hoch und jetzt auf einmal tritt wieder ein solcher Sturz ein. Ich muß betonen, daß es als ein berechtigtes Verlangen anzusehen ist — das auch von verschiedenen anderen Kollegen geäußert wurde —, daß nicht nur für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, d. h. für die von der Landwirtschaft selbst hergestellten Produkte Höchstpreise festgesetzt werden, sondern auch für diejenigen Erzeugnisse, welche der Landwirt kaufen muß. Die Leute verstehen nicht, warum die Festsetzung von Höchstpreisen gerade vor Produkten dieser Art Halt macht. Man hört oft die Klage: Uns, die Landwirtschaft, bindet man mit solchen Preisvorschriften — sowie man aber an das Großkapital und an die Großindustrie käme, da wird Halt gemacht.

Was ich nun bezüglich der Höchstpreise gesagt habe, gilt auch hinsichtlich der Ablieferung der Produkte: daß das letzte Korn, der letzte Zentner Kartoffel, Heu, Stroh abgeliefert werde muß nicht nur hinsichtlich der kleinen und mittleren Landwirte, sondern auch bei den größten landwirtschaftlichen Betrieben, auch beim Großgrundbesitz verlangt werden.

Und nun noch einige Worte über die Aufklärungsarbeit. Schon der Herr Berichterstatter hat erwähnt, daß Aufklärung auf dem Lande bezw. in Stadt und Land dringend notwendig ist, um ein besseres Verhältnis zwischen Stadt und Land anzubahnen. Die Herren Geistlichen, Lehrer, Bürgermeister und auch wir Abgeordnete waren auch gerne bereit, an dieser Aufklärung mitzuarbeiten; aber ich glaube, es ist dabei in den Versammlungen ein Gesichtspunkt zu wenig in Betracht gezogen worden, ein Moment, wurde unterschätzt: der Appell an das Gewissen, an die Grundsätze der christlichen Nächstenliebe, der Appell an das Verantwortlichkeitsgefühl unserem Herrgott gegenüber, muß bei dieser Aufklärungsarbeit eine wichtigere Rolle spielen. Diese Grundsätze müssen auch bei den Versammlungen unserem Volke wieder aufgerüttelt werden; das Empfinden dafür muß geweckt werden, das sittlich-religiöse Verantwortungs-

gefühl muß neu belebt, die Selbstsucht des Einzelnen muß bekämpft werden. Bei einem Produzenten, der sich von den Grundfäden der christlichen Nächstenliebe leiten läßt, der nach seinem Gewissen handelt, der auch davon überzeugt ist, und davon ausgeht, daß er über sein Turt und Lassen seinem Herrgott Rechenschaft ablegen muß, besonders darüber, was er in dieser jetzigen schweren Zeit gegenüber seinem Nächsten getan hat — bei einem solchen Produzenten wird kein Gendarm, kein Kontrolleur in Anspruch genommen werden müssen (Sehr richtig!). Er weiß sehr genau, daß es seine Pflicht ist, der notleidenden städtischen und industriellen Bevölkerung unter die Arme zu greifen, sie in dieser schweren Zeit nicht im Stich zu lassen. Diesen Gesichtspunkt möchte ich für die Zukunft Ihnen zur Erwägung anheimgeben. Er wird dazu beitragen, ein besseres Verhältnis zwischen Stadt und Land herzustellen, er wird ermöglichen und dazu beitragen, durchzuhalten bis zum siegreichen Ende (Beifall).

Abg. Schön (natl.):

Die kurze Redezeit, die mir zugemessen ist, erlaubt nicht, hier nochmals auf die Frage der Siedelungsgelegenheiten einzugehen. Der Herr Minister hat gestern gefragt, an welche Gegenden ich gedacht habe. Ich werde mir erlauben, dem Herrn Minister eine schriftliche Darstellung zu geben, in der ich darlegen werde, wo Siedelungsgelegenheit besteht und in welchem Umfange.

Was den Ernährungsbeirat angeht, so möchte ich sagen, daß das Hohe Haus in der Sitzung vom 3. März 1916 beschlossen hatte, in den Ernährungsbeirat nicht nur Mitglieder, sondern auch Stellvertreter zu entsenden. Dieser Beschluß wurde einstimmig angenommen; er ist der Großh. Regierung durch den Herrn Präsidenten mitgeteilt oder jedenfalls bekannt geworden. Wir durften erwarten, daß die Regierung entweder dem Präsidenten des Hauses Mitteilung machte, daß sie von der Ernennung von Stellvertretern absieht, oder aber dies dem Ernährungsbeirat in der 1. Sitzung sagte. Wir waren darüber nicht unterrichtet; ich habe stets angenommen, daß ein Stellvertreter im Ernährungsbeirat eintreten könne und eintreten werde und habe von diesem Gesichtspunkt aus meinem Stellvertreter jeweils Nachricht gegeben und ihn hinsichtlich der Akten auf dem laufenden gehalten. Er wäre in der Lage gewesen, in jener Sitzung, bei der ich verhindert war, zu erscheinen, einzutreten und mit dem Erfolg an der Beratung teilzunehmen, den die Großh. Regierung erwarten durfte. Es wäre, wenn wir verständigt worden wären, das unliebsame Vorkommnis vermieden worden, daß ein Abgeordneter, der in treuer Pflichterfüllung am Sitze der Regierung erscheint, aus dem Zimmer hinaus komplimentiert wird.

Es ist heute im Laufe der Debatte von mehreren Seiten darauf hingewiesen worden, daß Bürgermeister und Gemeindebeamte und zwar die Ratsschreiber und Rechner durch ihr Verhalten während des Krieges den Dank des Landes in einer Weise verdient haben, daß wir uns damit beschäftigen müssen, ihre Gehaltsverhältnisse zu verbessern. Leider aber ist hierzu der Landtag nicht in der Lage — und es war auch nicht erfreulich, zu sehen, daß eine Stelle der andern die Bürgermeister und Gemeindebeamten hinzuschieben sucht, so daß der Herr Berichterstatter mit Recht von einem Karussell gesprochen hat. Es mag in den 120 Städten des Landes so sein, daß die Ansätze vorhanden

sind, um unseren Bürgermeistern und Gemeindebeamten jetzt auch eine Kriegsaufbesserung zu geben; in den 1476 Landgemeinden des Landes ist zumeist nicht einmal ein Ansatz dafür vorhanden, um eine Aufbesserung zu geben, weil die Gehaltsverhältnisse in der überwiegenden Zahl von Gemeinden nicht entsprechend, nicht einmal würdig geregelt sind.

Ich glaube daher, daß die Gemeindevertreter nach den Worten des Dankes, die der Herr Minister für unsere Tätigkeit gefunden hätte, hatten erwarten dürfen, daß die Regierung die Verhältnisse durch die Gemeindebeamtengefehrgebung alsbald ordnet und die Änderung des Fürsorgegesetzes bald in Aussicht stellt, als es gestern geschehen ist. Ich glaube, daß die Worte des Herrn Ministers bei diesen Beamten im ganzen Lande eine Enttäuschung erzeugen werden. Bei der Verschiebung der Regelung dieser Frage wird nicht an die Opfer gedacht, die infolge des Krieges auf der inneren Front fallen. In den Zeitungen lesen wir von Rücktritten infolge von Überlastung, von Erkrankung landauf, landab, wir lesen von Todesfällen. Wir werden aber, wenn wir mit der Besserung der Verhältnisse zuwarten, erstens denjenigen, welche infolge des Krieges den Dienst niederlegen, den Dank nicht mehr abstatten können, den wir jetzt durch die Tat abstatten könnten; weiterhin werden wir auch ein staatliches Interesse schädigen, das daran besteht, daß durchgehends auf dem Lande tüchtige Gemeindebeamte sind. Was an die Stelle derjenigen tritt, die infolge Überlastung zurückgetreten sind, und was da und dort schon an deren Stelle getreten ist, ist nicht entsprechend, weder im Interesse der betreffenden Gemeinde, noch im Interesse des Staates.

Der Mangel an Kohle hat zu einer Steigerung der Holzpreise geführt. Nach der Auffassung verschiedener Gemeinden mit Wald wäre die Steigerung vermieden worden, wenn wir in der Lage gewesen wären, die gleichen Holz mengen auf den Markt zu bringen, die wir schlagen durften; wir hätten nicht einmal außerordentliche Holzpreise zu machen nötig gehabt. Mit Rücksicht auf den Mangel an Arbeitskräften sind eine ganze Reihe von Gemeinden mit großem Waldbesitz, ich denke z. B. an Billingen, gar nicht in der Lage gewesen, die Hölzer auf den Markt zu bringen, die sie überhaupt nutzen durften. Nach der Richtung ist gelegentlich eine Anfrage ergangen. Wir haben auch berichtet, wie weit wir gehemmt sind. Darauf haben wir die Hoffnung gehegt, daß uns bestimmte Arbeitskommandos für die Holzgewinnung in Aussicht gestellt werden würden. Die nach dieser Richtung hin eingeleitete Aktion ist aber im Sande verlaufen. Jetzt stehen wir wieder vor der Notwendigkeit, den Mangel an Kohlen etwas durch Holzpreise zu mildern. Wenn wir aber ohne Arbeitskräfte sind, so werden wir im Winter wieder erhöhte Holzpreise haben; wir werden der großen Schwierigkeit, der wir entgegengehen, mit Holz nicht begegnen können.

Vor allem möchte ich darauf abheben, daß die Gemeinden mit großem Waldbesitz ihre Öfen nicht mit dem Wald, auch nicht überall mit Holz heizen können, daß Kohlen notwendig sind und daß sie wie andere Gemeinden auf Zufuhr solcher angewiesen sind. Denn bei uns, in dem kälteren Klima des Oberlandes, sind sehr viele Häuser, nicht nur öffentliche Gebäude, sondern auch Privathäuser, mit Zentralheizung eingerichtet, und diese läßt sich nicht durch Holz speisen.

Ein entschiedenes Augenmerk soll nach übereinstimmenden Äußerungen innerhalb der Literatur auf die

Produktionssteigerung der Landwirtschaft gerichtet werden. Nun ist aber nichts mehr geeignet, eine ergiebige Produktionssteigerung der Landwirtschaft erfolgreich zu verhindern, als wenn die Landwirte Erzeugnisse, insbesondere aber Saatgut, mit dem sie ihren eigenen Bestand ergänzen, das sie also zukaufen müssen, zu teureren Preisen zu kaufen genötigt sind, zu Preisen, die teurer sind als diejenigen, um die sie selbst ihre eigenen Produkte verkauft haben. Daß das vorgekommen ist, daß das möglich war, hat lähmend auf die Produktionssteigerung gewirkt. Ich möchte dringend bitten, zu erwägen, mit welchen Maßnahmen hier entgegen gearbeitet werden kann.

Beispielsweise haben mit staatlicher Hilfe geschaffene Organisationen im badischen Lande, denen auch Staatsmittel zur Erfüllung ihrer Zwecke zur Verfügung stehen, es zuwege gebracht, Saatwicken, die bei uns zu 40 M. der Doppelzentner gekauft wurden, unserer Gemeinde zu 50 und 54 M. den Zentner anzubieten. Es ist das ein Gebahren, das schärfsten Widerspruch herausfordert, das aber letzten Endes dazu führt, daß die Landwirte das Saatgut nicht annehmen, weil sie sich durch solche Geschäfte verlezt fühlen. Auf der anderen Seite zerstören diese das Vertrauen der Landwirte, und verleiten sie dazu, selbst so zu denken, möglichst viel zu nehmen für ihre Ware.

Ein Hindernis ist meines Erachtens auch die Bindung des Saatgutverkehrs durch Saatkarten. Wir haben mit der Saatkarte die Erfahrung gemacht, daß es in manchen Fällen nur bei dem guten Willen aller Beteiligten möglich war, die Saat rechtzeitig in den Boden zu bekommen. Man muß doch auch mit einer gewissen Schwerfälligkeit unserer bäuerlichen Bevölkerung rechnen. Ich würde es als glückliche Lösung betrachten, wenn die politischen Gemeinden mitzuwirken in der Lage wären, indem nicht nur gewisse Körperschaften und Genossenschaften, sondern auch die politischen Gemeinden für ihre Angehörigen Saatgut erwerben und an die Landwirte abgeben dürften.

An dieser Stelle habe ich im vorigen Jahre beklagt, daß die deutschen Bundesstaaten sich in bezug auf die Nährmittel gegenseitig abgesperrt haben. Das Jahr 1916 hat keine Besserung gebracht. Wir haben erleben müssen, daß wir in Württemberg bei Kauf von Kraut eine Art Abzugssteuer bezahlen mußten, und die Klagen bestehen weiter, daß die bayerischen Kommunalverbände Käsebestände nicht herauslassen. Diese Absperrung hat die Meinung erweckt, als ob das deutsche Reich reif sei, wieder in die zahlreichen Bundesstaaten auseinander zu fallen. Die Wirkung auf die Bevölkerung war aber eine ganz entgegengesetzte; unsere Bevölkerung denkt heute zentralistisch und ist niemand der Meinung, daß wir in der Kleinstaaterei unseren Segen und unser Heil erblicken können.

Gegenüber der Anregung in der Budgetkommission wegen Änderung der Kommunalverbandsorganisation hat der Herr Minister das Bedenken geäußert, daß er, nachdem die Kommunalverbände schon 2—3 Jahre arbeiten, nicht daran denken könne, die Organisationen zu verschmelzen und größere Verbände zu schaffen. Und doch muß bemerkt werden, daß die Klagen von städtischen Kommunalverbandsbezirken, die umklammert sind von ländlichen, nicht verstummen wollen. Es wäre doch der Prüfung wert, ob wir, wenn auch nicht eine wirtschaftliche Verschmelzung, so doch eine Rücksichten nehmende Geschäftsführung herbeiführen

könnten, und sogar Nachbarverbände, die die gleiche wirtschaftliche Struktur haben, veranlassen könnten, gemeinsam zu arbeiten. Da meine Zeit um ist, muß ich auf weitere Ausführungen verzichten.

Minister des Innern Dr. Freiherr von und zu Bodman:

Nur ein Wort! Der Herr Abg. Schön hat gesagt, der Abgeordnete, der zur Erfüllung seiner Pflicht im Ernährungsbeirat erschienen sei, sei aus dem Zimmer weggejagt worden. Das ist unrichtig. Der Herr Abgeordnete, der erschienen ist als Stellvertreter für den Herr Schön, ist, ehe er das Beratungszimmer betreten konnte, von dem Herrn Geh. Rat Schneider um eine Rücksprache ersucht worden, und der Herr Geh. Rat Schneider hat ihm den Sachverhalt auseinandergesetzt, so wie ich ihn gestern dargestellt habe. Das Entscheidende an der Sache ist, daß ein Stellvertreter für den Herrn Schön nicht ernannt war, und vereinbart war hier, daß die Mitglieder des Ernährungsbeirats von der Regierung auf Vorschlag des Landtags ernannt werden. Von Stellvertretern war hier überhaupt nicht die Rede. Und wenn der Herr Abg. Schön sagt, auf die Mitteilung des Präsidiums, daß hier auch Stellvertreter vorgeschlagen worden seien, hätte das Präsidium eine Antwort erhalten können von der Großh. Regierung, so muß ich dem widersprechen. Es hat hier eine Vereinbarung stattgefunden; und wenn außerhalb dieser Vereinbarung etwas Weiteres von dem Hohen Hause beschlossen war, so war es Sache der Regierung, wann und wie sie dazu Stellung nimmt. Solange aber ein Vertreter nicht ernannt war, konnte er auch nicht an den Beratungen teilnehmen.

Ich glaube, es war nicht nötig, und es war auch nicht nützlich, daß diese Sache nun noch einmal zur Erörterung kam, nachdem sie zwischen mir und dem Herrn Präsidenten dieses Hohen Hauses ihre Erledigung und gestern ihre Darstellung gefunden hatte. Wenn sie wieder zur Sprache kommen mußte, dann hätte ich wenigstens erwarten dürfen, daß nichts Unrichtiges hier gesagt wird.

Abg. Rödel (Zentr.):

Jetzt in einer der besten Obstgegenden des Landes wohnend habe ich drei Sorgen vorzutragen. Die erste betrifft die Obstproduzenten. Unsere Obstkulturen haben herrlich geblüht und allenthalben die besten Hoffnungen geweckt. Leider mindern sich die Hoffnungen von Tag zu Tag mehr; es fallen viel mehr Blüten als gewöhnlich ab. Und es kommt noch ein weiterer Feind dazu, das sind die gefährlichen Raupen. Steinobstkulturen sind stellenweise ziemlich kahl gefressen. Wenn man das Land hinauf fährt, kann man zwischen Bühl und Achern Gewanne sehen, wo manche Bäume abzustehen scheinen. Es sollte da etwas getan werden, solange es noch möglich ist, um dem Übel zu wehren. Vielleicht könnten Jugendwehr und Schule dazu herangezogen werden; es müßte aber telegraphisch geschehen. Es dürfte im Interesse des Landes liegen, daß hier möglichst rasch eingegriffen wird. Was sich tun läßt, wird die Regierung wohl am besten wissen.

Die zweite Sorge betrifft den Handel mit Obst. Im zweiten Kriegsjahre hat man den Handel ausgeschaltet, weil in den Städten außerordentlich viel gelärmt worden ist gegen den verteuernenden Handel. Man hat gemeint, man könnte den Händlergewinn ruhig sparen,

hat dann aber die Erfahrung machen müssen, daß Leute ohne Sachkenntnis mit der Vermittlung betraut worden sind, daß Schwierigkeiten des Transports eingetreten sind, an die man meistens nicht gedacht hat, daß eine Masse Obst verdorben und nicht in die Städte hineingekommen ist, so daß man nicht einmal für viel Geld in der Stadt Obst bekommen konnte. Jetzt soll es besser gemacht werden. Der Obsthandel soll und kann nicht ausgeschaltet werden, man braucht die Obsthändler. Da das Obst leicht verderbt, ist der Schaden sofort da, wenn man erst hinterher aufmerksam wird auf die Schwierigkeiten. Die Obsthändler sind sachkundige Leute, haben langjährige Erfahrungen, wissen, wo das Obst zu finden ist, kennen den Weg und die Schwierigkeiten des Transports, sowie die Absatzgebiete, und wissen das Obst hineinzuleiten in die Städte. Schon im vorigen Jahre ist es bedeutend besser gegangen als vor 2 Jahren, und ich glaube hoffen zu dürfen, daß in diesem Jahre der Absatz noch besser funktioniert, daß das Obst wieder in die Städte hineinkommt. In Bühl hat sich eine freie Vereinigung von Obsthändlern gebildet. Ich möchte dieselbe sehr begrüßen und hoffen, daß sie eine recht segensreiche Tätigkeit unter Aufsicht der Landwirtschaftskammer entfalten wird. Wie der Herr Kollege Graf schon betont hat, soll in erster Reihe unser eigenes Land versorgt werden und was dann an Obst übrig ist, soll dann weiter hinausgehen.

Nur hätte ich noch die Bitte, daß der direkte Verkehr zwischen Konsumenten und Produzenten doch wenigstens in etwas aufrecht erhalten wird. Der Produzent sollte doch ein Quantum, etwa bis zu 50 Pfund, direkt an seine Verwandten, guten Bekannten oder alten Geschäftsfreunde abgeben dürfen. (Sehr richtig!). Es bestehen oft alte Beziehungen, die schon 10, 20 Jahre dauern und es ist beruhigend für die Konsumenten, wenn sie wissen: wir werden da ehrlich bedient, wir bekommen wieder wie alljährlich einen Korb Kirschchen oder Zwetschgen die wir zum Einmachen brauchen. Diesen Verkehr sollte man aufrecht erhalten. Es macht außerordentlich viel Erbitterung, wenn die Leute auf dem Lande nicht einmal ihren Verwandten in der Stadt ohne große Schereereien etwas liefern dürfen, es erbittert ebenso die Städter, die nichts bekommen, und ich meine, Mittel und Wege werden sich schon finden lassen, das zu verhüten.

Die dritte Sorge betrifft die Konsumenten, das sind die Städter. Denen macht die Hauptfrage der Preis des Obstes. Ich habe gestern den Herrn Abg. Strobel nicht gehört, kann aber aus dem, was heute gesagt worden ist, schließen, was er gesagt hat: In der Stadt wird der Preis leicht als zu hoch empfunden. Dieser Lage hat eine Kommission Richtpreise für Obst aufgestellt; diese sind beträchtlich höher, als sie im vorigen Jahre waren. Damit die Städter diese Preise einigermaßen mit Ergebung annehmen, möchte ich sie aufmerksam machen, daß Baden im vorigen Jahre die niedrigsten Obstpreise gehabt hat, daß man in anderen Ländern mehr bezahlt hat als bei uns. Hessen hat in diesem Jahre schon höhere Preise festgesetzt als Baden, und Hessen produziert doch unter ähnlichen Verhältnissen wie wir. An der Bergstraße grenzen ja Baden und Hessen aneinander. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß jeder Arbeiter seinen Lohnes wert ist. Die Leute haben in den letzten Jahren kaum etwas verdient mit ihren Obstarbeiten. Und wenn sie etwas verdient haben, haben sie auch viel dafür schaffen müssen, 12, 14, 16 Stunden im Tag. Man kann da die Leute schon morgens um 4

Uhr auf den Bäumen treffen und Abends bis in die sinkende Nacht hinein. Das ist keine Kleinigkeit, und wenn sie da etwas heraus schlagen, ist es recht. Ferner: wenn der Preis zu nieder ist, ist das ein Anreiz, das Obst zum Brennen zurückzuhalten und nicht in die Städte kommen zu lassen. Wird aber ein ordentlicher Kirschchenpreis bezahlt, so sind gewöhnlich auch Kirschchen da. Endlich ist noch zu bedenken, daß auch für die Produzenten alles teurer geworden ist. Zunächst schon der Dung um 300%; wenn die Bäume nicht gedüngt werden, tragen sie auch nichts. Die Kleider, die man beim Obstpflücken sehr leicht zerreißt, sind sehr teuer geworden, die Schuhe ebenso. Das Pflücken ist zudem kein Spiel; die Sache sieht so einfach aus, man meint, es könne das jeder. Ja, bis sich so ein Städter satt gegessen hat, ist das Pflücken ganz schön, aber dann gefällt es den Leuten gewöhnlich nicht mehr. Den ganzen Tag in der Sonne auf der Leiter zu stehen — man kann das Obst nicht einfach schütteln — das ist eine sehr anstrengende Arbeit, die auch des Lohnes wert ist.

Verteuernd wirkt dazu die Tatsache, daß in den Munitionsfabriken kolossale Löhne bezahlt werden. Man bekommt auf dem Lande keine Arbeiter mehr, alles strömt dorthin. Junge Burschen und Mädchen von 15, 16 Jahren haben 6, 7, 8 M. Lohn. Das versteht man nicht; die jungen Leute hätten auch für 4 oder 5 M. pro Tag geschafft. Jetzt aber laufen den Bauern die Leute davon und auch das Gewerbe wird durch die Löhne geschädigt. Ja, ganze Städte kommen in die größte Verlegenheit. Ich kann ein Beispiel anführen. Bühl kann keine Arbeiter mehr für sein Gaswerk bekommen, selbst wenn es auch ebensoviel bezahlt, wie in Nastatt bezahlt wird, weil das Kohlenschuppen eine anstrengendere Arbeit ist. Was für Folgen entstehen, wenn kein Gas da ist, daß zeigt sich beispielsweise in der Druckerei: die Gasmotoren und Seksmaschinen gehen nicht mehr, die Zeitung kommt nicht rechtzeitig fort, die Abonnenten werden ungeduldig, es gibt den größten Verdruß im ganzen Leserkreis. Für junge Leute sind so hohe Löhne auch gefährlich. Sie gewöhnen sich allerlei unnötige Bedürfnisse an, werden übermütig und fragen nichts mehr nach Eltern und Vorgesetzten.

Ich habe noch zwei andere Punkte notiert, muß sie aber weglassen, weil der Herr Präsident winkt. Der eine betrifft den Wildschaden in Weitemung, der andere den Honig. Das Letztere ist etwas Süßes, und wird aufgetragen werden dürfen. (Geisterkeit.) Es wird in den Städten jetzt kalifornischer Honig angeboten zu 3,50, 4 und mehr Mark. Da sollte doch auch unser Honigpreis hinaufgesetzt werden, sonst geht es so, wie ich schon gesagt habe, daß keiner in die Stadt kommt. Wenn die Bienenzüchter einen richtigen Preis bekommen, ist Honig feil und zu bekommen, andernfalls nicht.

#### Abg. Scheil (Zentr.):

Es sind heute und gestern vielfach die Worte „Verdroffenheit“ und „Mißstimmung“ ausgesprochen worden, und es ist etwas Wahres daran. Wenn ich zurückdenke an die Zeit der Mobilmachung, wie da eine helle Begeisterung durch unser Volk gegangen ist, und die jetzige Zeit damit vergleiche, muß ich sagen: wie ein Märchen aus uralten Zeiten klingt es. Und wie ist es gekommen, daß die damals hell auflodernde Begeisterung in diese Mißstimmung umgeschlagen ist? Die Begeisterung ist keine Ware, die man auf Flaschen ziehen oder im Weckapparat haltbar machen kann, um sie zu gegebener Zeit

wieder hervorzuholen. Die Mißstimmung hat eingesetzt, da sich mit der Zeit eine ins Maßlose gesteigerte Gewinn- suchtsucht gezeigt hat. Ebenso ins Maßlose gesteigert ist die Genußsucht. Wie waren anfangs unsere Leute so froh, wenn sie Brot, Schinken, Fleisch und Wurst an die zum Meer eingezogenen Soldaten liefern durften! Diese Freude ist verschwunden; wie ein Frühlingsreif sich auf die Saaten legt, ist die Mißstimmung gekommen. Wenn wir in der Kommission und gestern hier gehört haben, mit welcher Rücksichtslosigkeit wir ausgebeutet werden, versteht man es, daß unser Volk nicht mehr in der Stimmung zu erhalten ist wie zu Beginn des Krieges. Der Herr Kollege Graf hat gemeint, daß man die Leute auf die Motive des Christentums hinweisen müsse, auf Pflicht und Gewissen und Nächstenliebe. Ich habe das überall getan und schon mit gutem Erfolg. Aber allmählich wurde mir entgegengehalten: „Warum sagen Sie das uns auf dem Lande und nicht den Aktiengesellschaften und der Großindustrie in der Stadt?“ Ich mußte antworten: „Da habe ich nichts zu sagen.“ Ich habe mir einige Fälle solcher Kriegsgewinne notiert. Da ist die Kabelgesellschaft Heydt, sie hat ein Aktienkapital von 5 Millionen Mark und dabei einen Reingewinn von 5 Millionen Mark; dazu kommt noch eine Gesamtreserve von 2,7 Millionen Mark, ein Gewinnvortrag von 535 000 M. Dabei stehen sämtliche Anlagen, Werkzeuge usw. mit einer Mark zu Buch; soweit ist alles abgeschrieben. Dabei stand dieses Anlagekonto am 30. Juni 1914 noch mit 1 720 000 M. zu Buch. Eine andere Aktiengesellschaft hat ein Aktienkapital von 2 Millionen Mark und hat einen Reingewinn erzielt von 1,4 Millionen Mark. Außerdem besitzt sie an flüssigen Mitteln noch 3 800 000 M. Nun sagt man vielleicht, daß sind neue Aktiengesellschaften, die Artikel herstellen, die für die Allgemeinheit keine große Bedeutung haben. Aber die Erdölgesellschaft Berlin hat ein Aktienkapital von 30 Millionen Mark, das Geschäftsertragnis in einem Jahr bezifferte sich auf 49 Millionen Mark. Dabei kann man kaum mehr Petroleum bekommen! Ja was soll man dazu sagen? Die Preise für Petroleum steigen fortwährend. Es sind also alle diejenigen betroffen, die nicht elektrisches Licht oder Gas haben.

Die neueste Geschichte ist dann die mit der Entkeimung des Getreides. Die Getreidekeime enthalten Fett. Gut; die Chemie hat es nachgewiesen. Wenn nun diese Getreidekeime wie bisher vermahlen werden, so wird das in ihnen enthaltene Fett in Form von Brot genossen. Wenn aber die Keime vorher entfettet werden, dann wird dieses Fett dem Brot entzogen, also müssen die Getreidekeime zuerst den Umweg über neue Maschinen zurücklegen, die von der Verwaltung zuerst angeschafft werden mußten, es muß einen Umweg machen über so und soviel Hände; billiger wird es dadurch natürlich nicht — und der Erfolg: daß man nachher in der Nahrung nicht mehr Fett hat, als man im Brot auch gehabt hätte, wenn dieses aus unentkeimtem Getreide hergestellt würde.

Gesellschaften, die auf solch rücksichtslose Weise das Volk ausbeuten, sind schlimmer als wie die Raubritter des Mittelalters. Wenn ich das Neckartal herauf oder herunterfahre, so fallen mir überall die Ruinen der ehemaligen Raubritterburgen in die Augen. Diese Raubritter wohnten damals auf Burgen, verfolgten das Heranziehen der Züge von Kaufleuten, stürmten auf die Kaufleute ein, suchten Lösegeld zu erpressen; ihre Burgen wurden gebrochen, sie selbst wurden vertrieben; oder wenn sie erwischt wurden, wurden sie gehängt. Ihre Nachfolger sitzen

heute in den großen Städten, fahren Automobil — und werden zu Kommerzienräten ernannt (Geiterkeit).

Der Art, wie man diese Erscheinungen hinnimmt, wie man sie duldet, steht dann wieder eine übertriebene Strenge auf anderen Gebieten gegenüber. Zwar nicht in meinem Bezirke, aber in einem dem meinigen benachbarten hat man einer Witwe 2 Pfund Weizenmehl aus dem Kasten herausgeholt, weil sie um so viel mehr gehabt hat, als ihr eigentlich zustand. In einem andern Fall, der sich in meinem Bezirk ereignete, hat ein Landwirt bei der schätzungsweise Aufnahme des ungedroschenen Getreides eine unrichtige Angabe gemacht. Er hat vielleicht etwas dolos gehandelt, das mag sein. Die Unterschätzung mag vielleicht 50 Prozent betragen haben. Er mag vielleicht auch vorsichtig geschätzt haben in Erinnerung an das vorausgehende Jahr, wo er zu viel geschätzt und daher Mühe und Not hatte, das Getreide wieder herauszubringen. Die Getreideschätzung wurde vor dem Ausdreschen gemacht. Wie er anfängt zu dreschen, kam noch die Maul- und Klauenseuche dazu. Der Mann hat selber mehr abgeliefert, bevor er wußte, daß etwas gegen ihn anhängig gemacht war, als er geschätzt hatte. Er wurde zu 5000 M. Strafe verurteilt, ebenso ein Familienangehöriger, der als Anstifter zu dieser unrichtigen Schätzung in Betracht kommen soll; ihm wurden ebenso 5000 M. Strafe zuerkannt. Außerdem wurde das unrichtig geschätzte Getreide eingezogen. Dazu kommen noch die hohen Prozeßkosten, sodaß es sich, wenn man alles zusammenrechnet, um eine Strafe von 12- bis 13 000 M. handelt. Dabei kam eine Menge von Getreide in Frage, die etwa 60—70 Zentner betrug. Man weiß manchmal wirklich nicht, wie derartige Urteile zustande kommen können.

Dann habe ich noch etwas, was die Milchlieferung betrifft. Die Regierung hat den Bezirksämtern die Möglichkeit gegeben, gegen solche Gemeinden, die in der Milchlieferung säumig sind, mit Strafen vorzugehen. Unter anderem kann die Schließung der Handzentrifugen verfügt werden. Dagegen wäre nichts einzuwenden, daß eine Gemeinde, die ihr Quantum nicht liefert und in welcher Handzentrifugen im Gebrauch sind, in der Weise gestraft wird; gut, man kann die Handzentrifugen sofort schließen. Dann ist weiter die „Probemelkung“ vorgesehen. Das ist schon wieder eine andere Sache. Die Probemelkung wäre voraussichtlich für den Viehbesitzer vorteilhaft, denn ein Tier, das nicht den gewohnten Melker hat, gibt nicht so viel Milch. Bei dieser Probemelkung könnte der Viehbesitzer also ein schönes Geschäft machen. Dann ist vorgesehen „strafrechtliche Verfolgung“, wenn etwas nachgewiesen werden kann. In den eklatantesten Fällen kann man damit zu etwas kommen. Aber nun kommt etwas, was mir nicht passen will: denjenigen Gemeinden, in denen die Milchlieferung das Milchquantum nicht voll und ganz erreicht, können die Zuckerkarten entzogen werden. Denjenigen, die diese Strafe aussprechen, kann ich die Versicherung geben: solche, die Milch liefern könnten, das aber nicht tun, die haben sich schon vorgesehen (Sehr richtig!), die gehören zu den Hamstern, und die kriegen auch was sie wollen. Gerade die andern, diejenigen die ehrlich und redlich abgeliefert haben, die werden bei einem solchen Verfahren bestraft.

Nur ein Wort möchte ich noch sagen zur Grünkerfrage. Es ist mir mitgeteilt worden, daß bei der Kriegsgetreidegesellschaft der Gedanke besteht, ein Verbot zu erwirken, durch das die Grünkerbereitung dieses Jahr noch zu untersagen sei. Ich möchte unsere Regierung dringend

bitten, darauf hinzuwirken, daß ein solches Verbot nicht ausgesprochen wird. Aber wir haben ja hierüber schon in der Kommission gesprochen, ich will mich mit dieser Andeutung begnügen. Ich möchte ferner bitten, nicht wieder 37 000 Zentner Grünlern in die Fabrik zu geben. Im letzten Jahr ist das geschehen, wir haben von diesem Grünlern nichts mehr gehört und nichts mehr gesehen. Wohin er gekommen ist, wissen wir nicht.

Ich hätte noch eine ganze Reihe von Fragen zu besprechen, ich will aber schließen.

Abg. Rehm (natl.):

Die Kriegersledergesellschaft hat den Kommunalverbänden und diese wieder den Gemeinden eine größere Menge Sohlenleder zur Abgabe an die minderbemittelte Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Die Absicht war ja eine sehr gute, aber die Ausführung eine äußerst mangelhafte. Ich habe Gelegenheit genommen, mir dieses Leder anzusehen. Zufälligerweise bin ich in diesem Fach etwas fachverständig; ich kann die Versicherung geben, daß ein großer Teil dieses Leders ein Schund war, wie ich noch nie gesehen. Dieses Zeug verdient nicht die Bezeichnung Leder. Der Preis stellte sich auf 4,50 M. pro Kilogramm, also auf 2,25 M. das Pfund. Das wäre an und für sich nicht teuer und wäre bei guter Ware für die minderbemittelte Bevölkerung eine große Wohltat gewesen. Wenn in allen Gemeinden des Deutschen Reiches wie in Baden, die Abgabe von Sohlleder zu erwähntem Preise stattfand, dann hat das Reich, da es wenigstens 9 M. für das Kilogramm bezahlte, Millionen und Abermillionen drauflegen müssen; der armen Bevölkerung aber, war mit dieser minderwertigen Ware nicht geholfen. Ich habe Sohlen gesehen, die nicht den Aufnaglerlohn wert waren. Leider haben auch Schuhmacher die Gelegenheit benützt und übertriebene Preise für das Aufnageln der Sohlen verlangt; es wurde bis zu 4,50 M. für diese Arbeit berechnet. Der Gemeinderat der Stadt Emmendingen hat seine Beobachtungen in dieser Sache dem Bezirksamt mitgeteilt. Falls die Großh. Regierung sich für diesen Fall interessiert, wird es sich empfehlen, die Akten einzufordern.

Und nun noch ein gutes Wort für die Bürgermeister. Von allen Seiten wurde den Bürgermeistern und Gemeindebeamten von Stadt und Land Dank und Anerkennung ausgesprochen. Auch die Großh. Regierung hat sich diesem Danke angeschlossen. Wir wollen hoffen, daß für die Bürgermeister der mittleren Städte schon im nächsten Landtage die dringend notwendige Revision des Fürsorgegesetzes und für die Landbürgermeister eine klingende Anerkennung, sei es aus der Staats-, sei es, wenn nötig, aus der Gemeindefasse kommt. Ich kann nicht in den Verdacht kommen, hier pro domo zu sprechen; denn ich persönlich bin mit meinen Gehaltsverhältnissen zufrieden und habe keine Wünsche.

Die Bürgermeister können umsomehr auf das Wohlwollen der Großh. Regierung rechnen, weil sie, wie wir ja schon durch Kollege Rebmann gehört haben, nicht nur allein die Leiter der Gemeinden, sondern auch mittelbar Staatsbeamte sind: sie haben die Gesetze und die Verordnungen des Staates zu verkünden und zu vollziehen; es obliegt ihnen die Ortspolizei, also ist ihnen ein Teil der Staatshoheitsrechte übertragen. Was den Bürgermeistern noch alles übertragen ist, hier des näheren auszuführen, fehlt es mir an Zeit; es ist auch unnötig, denn die Großh. Regierung kennt diese Arbeit genau und auch die Herren Mitglieder dieses Hohen

Hauses haben ja Gelegenheit, teils als Gemeinderäte, teils als Mitglieder der Bürgerausschüsse, vielleicht auch als stille Beobachter, die Leiden der Bürgermeister, insbesondere der Bürgermeister auf dem Lande zu studieren.

Als Reichskanzler soll einmal Fürst Bülow gesagt haben, ein Minister brauche ein dickes Fell und ein Botschafter einen guten Magen (Seiterkeit). Beides trifft noch in erhöhtem Maße bei den Bürgermeistern zu. Auch sie brauchen einen guten Magen — aber nicht etwa um die Festessen und die Pflichtschoppen ertragen zu können, sondern um den Zorn und Ärger verdauen zu können, den sie täglich von morgens bis abends schlucken müssen. Neben dem dicken Fell brauchen sie aber noch, wie man bei uns zu sagen pflegt, Nerven wie Bazenstricke, Nerven von Stahl und Eisen, um nicht zugrunde zu gehen an all dem, was ihnen von der lieben Mitbürgerschaft zugemutet wird.

In noch erhöhtem Maße gilt das, was ich gesagt habe, von den Landbürgermeistern. Ich bin nun 20 Jahre Bürgermeister einer Amtstadt. Ich habe als solcher fast täglich Gelegenheit, mit den Bürgermeistern des Bezirkes, aber auch mit solchen außerhalb des Bezirkes zu verkehren, offengestanden: ich kann nicht begreifen, daß es immer noch Männer gibt, die sich zu diesem „Ehrenamt“ hergeben. — Aber der Bürgermeister auf dem Land braucht nicht nur einen guten Magen und ein dickes Fell, sondern auch noch eine gefüllte Privatgeldbörse; denn mit seinem Jahresgehalt kann er sie nicht füllen. Dieser Jahresgehalt reicht oft kaum um den vierteljährlichen Lohn des Dienstknechtes zu bezahlen. Das Dienstinkommen der Landbürgermeister sollte unbedingt den modernen Anschauungen entsprechen, denn dem Bürgermeister, besonders in größeren Gemeinden, ist es nicht möglich, neben seinen Berufsgeschäften, seine Amtsgeschäfte ordnungsmäßig zu erledigen, so daß oft, — und nicht immer zum Vorteil der Gemeinde und Ansehen des Bürgermeisters — die Verwaltung in den Händen der Ratschreiber liegt. Wird aber der Bürgermeister recht bezahlt, so kann er einen Teil seiner Berufsgeschäfte aufgeben oder entsprechende Hilfskräfte einstellen. Wir wollen hoffen, daß hier Wandel geschaffen wird. Da wollen wir uns gerne einen kleinen Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden gefallen lassen. Das wird zum Wohl der Regierung, zum Wohl der Gemeinden und somit zum Wohl der Allgemeinheit sein.

Eine Bemerkung möchte ich noch wegen der Amtsvorstände machen. In dieser Beziehung bin ich nicht der Ansicht, die hier geäußert worden ist: „es wäre besser, wenn die Amtsvorstände nicht Vorsitzende der Kommunalverbände wären“. Ich habe schon oft in dieser Sache mit vielen meiner Kollegen gesprochen und diese sind überwiegend der gleichen Ansicht wie ich. Es muß dankbar anerkannt werden, daß die Amtsvorstände diese große, oft fast übermenschliche Arbeit ausführen können, Fehler kommen überall vor. Statt abfällige Kritik, gehört ihnen und ihren Beamten Dank und Anerkennung ausgesprochen. Meines Erachtens ist es für die ländlichen Kommunalverbände besser, wenn der Amtsvorstand den Vorsitz führt, denn da haben wir Gewähr, daß die Verteilung der Lebensmittel möglichst gerecht, sicher aber unparteiisch vorgenommen wird. Übrigens hat der Kommunalverbandsausschuß, welcher aus allen Berufsklassen zusammengesetzt ist, jederzeit Gelegenheit, Anträge zu stellen und Wünsche vorzubringen.

Zum Schluß noch eine kleine Berichtigung. Der Herr Kollege Strobel hat, wenn ich ihn recht verstanden habe, gesagt, in Emmendingen würden die Le-

bensmittel nur durch 4 Geschäftsleute verteilt. Das stimmt nicht. In Emmendingen haben wir ein Lebensmittelamt und dieses Lebensmittelamt hat wieder 4 städtische Verkaufsstellen errichtet. Diese werden durch 4 Kriegerfrauen geleitet. Die Kaufleute und Krämer der Stadt, 26 bis 28, konnten sich i. Zt. nicht bereit erklären, den Verkauf bezw. die Verteilung der Waren zu übernehmen; sie sind in Emmendingen nicht organisiert und es fand sich kein Kaufmann, der die Verteilung übernehmen wollte. Der Konsumverein war der einzige, welcher um Zuweisung von Lebensmitteln durch das städtische Lebensmittelamt ersuchte; aber leider konnten wir den Konsumverein allein nicht berücksichtigen. Bei der Regelung, die ich mitgeteilt habe, ist die Einwohnerschaft, besonders die ärmere, gut gestanden. Die Waren wurden teils unter dem Einkaufspreis abgegeben. Seitdem der Kommunalverband selbst die Verteilung in die Hand genommen hat, werden sämtliche Kaufleute und Krämer inkl. des Konsumvereins durch den Kommunalverband beliefert. Ohne dem Lebensmittelamt Emmendingen ein Lob aussprechen zu wollen, darf ich sagen, daß die Verteilung der Lebensmittel durch die Stadt selbst stets eine tadellose und mustergültige war.

Abg. **Venedey** (fortfchr. Volksp.):

Schon in anderem Zusammenhang ist in der jetzigen Tagung der schwierigen Lage unserer Grenzbevölkerung und dabei insbesondere von mir auch unserer guten Stadt Konstanz gedacht worden. Ihnen allen ist bekannt, daß die Stadt Konstanz wie ein Keil hineingedrängt in schweizerisches Gebiet daliegt, daß sie im größten Teil Ihrer Grenze von der Schweiz umgeben ist. Seit langer Zeit, seit Jahrhunderten bestehen engste, wirtschaftliche, persönliche und gemüthliche Beziehungen zwischen der Stadt Konstanz und ihrem natürlichen Hinterland, das sie in der Schweiz hat. In diese Beziehungen hat nun der Krieg vielfach mit rauher Hand eingegriffen, durch viele einen dicken Strich gemacht, viele rücksichtslos aufgelöst oder doch unterbunden. Das ist an und für sich zu bedauern. Unsere schweizerischen Nachbarn waren uns immer gute und liebe Nachbarn, mit denen wir auch gut ausgekommen sind. Sie haben uns diese freundschaftliche Nachbarschaft auch während des Krieges bewahrt. Ich ergreife gerne die Gelegenheit, hier zu erklären, daß uns gegenüber die Bevölkerung und die Behörden der deutschen Schweiz eine durchaus freundliche und wohlwollende Haltung einnehmen (Zuruf: Nicht überall!). Ich bedauere, daß in unseren Zeitungen gelegentlich Angriffe gegen unsere Nachbarn vom Stapel gelassen worden sind.

Soweit nun die erwähnten Beziehungen dem Krieg geopfert werden mußten, läßt sich dagegen nichts sagen. Man hat aber vielfach den Eindruck, als ob dabei zu weit gegangen, als ob von unserem Grenzschutz zu wenig auf die an der Grenze bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse Rücksicht genommen werde. Man gewinnt manchmal den Eindruck, als ob Maßregeln getroffen würden, die nicht absolut notwendig sind, von denen man keinen richtigen Zweck zu erkennen weiß. Es macht den Eindruck, als ob man geradezu darauf ausgehe, den Verkehr nach der Schweiz möglichst zu erschweren und lahmzulegen. Das bedauern wir. Man sollte unserer Grenzbevölkerung gestatten, soweit als möglich die bestehenden Beziehungen aufrecht zu erhalten, gelegentlich nach wie vor in die Schweiz hinüberzugehen, um sich wieder einmal satt zu essen oder, soweit das heute angeht, Lebensmittel her-

über zu bringen. Statt dessen scheint vielfach die Absicht zu bestehen, der Verkehr müsse möglichst vollkommen unterbunden werden. Man hat überhaupt den Eindruck, als ob an einzelnen Stellen der Grenzschutz mit unseren badischen Verhältnissen nicht genügend bekannt wäre. —

Beispielsweise ist mir mitgeteilt worden, daß zwei Staatsbehörden am gleichen Platz darum einkamen, daß ihnen der telephonische Verkehr nach auswärts freigegeben werde. Der oberen Behörde hat man die Telephonerlaubnis gegeben, der unteren hat man sie verweigert, weil man, von preußischen Verhältnissen ausgehend, annahm, die höhere Stelle habe mehr mit dem Publikum zu verkehren. In Wirklichkeit ist es gerade umgekehrt: die höhere Stelle hat nicht den zehnten Teil solchen Verkehrs wie die untergebene, die nun nicht nach auswärts telefonieren kann. Ich möchte mich zu diesem Punkt auf das beschränken.

Es ist viel über die wirtschaftliche Lage unserer Bevölkerung gesprochen worden, und es kann nicht bestritten werden, daß die Lage unseres Volkes gegen Ende des dritten Kriegsjahres eine ernste und harte und eine schwer gedrückte ist. Unsere Bevölkerung leidet unter dem Mangel und unter der Teuerung. Das trifft besonders für den Mittelstand zu und für die Angehörigen der freien Berufe, die einerseits nicht an Heereslieferungen und den entsprechenden Gewinnen beteiligt sind und andererseits auch keine Teuerungszulagen bekommen, sondern ihr normales Einkommen auf zwei Drittel oder die Hälfte oder noch weniger heruntersinken sehen, während die Ausgaben eine schwindelnde Höhe erreichen und sie für ihren Unterhalt das Drei- und Vierfache gegenüber früher bezahlen müssen. Da ist es ein Wunder, daß sie es aushalten. Vielfach halten sie es auch nur deshalb aus, weil jetzt während des Krieges niemand an sie geht, um sie umzuwerfen, sonst würden sie heute schon massenhaft umfallen. Soweit diese Verhältnisse getragen werden müssen, werden sie von unserer Bevölkerung getragen. Aber, und das fügt zur leiblichen Not die seelische hinzu, die Bevölkerung sieht, die Schwierigkeit, die Teuerung ist vielfach keine natürliche, sondern oft eine durch den Eigennutz unserer Mitbürger künstlich gesteigerte. Es muß gesagt werden, es gibt leider Gottes viele Menschen in Deutschland, die in dieser Zeit in dem allgemeinen Elend ihre Hände waschen, sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern. Das ist eine himmeltraurige Tatsache, die sich zu einem gefährlichen Skandal auswehrt. Von der christlichen Gesinnung, überhaupt vom christlichen Gedanken, der ja in kontradiktorischem Gegensatz zum Krieg steht und einen Krieg hätte verhindern müssen, wenn er wirklich in den Völkern zur Herrschaft gelangt wäre, merkt man wenig, sie scheinen zusammen in Verstoß geraten zu sein.

Ich will noch ein Wort zu den Fleischzulagen sagen. Hier bedauert man insbesondere den ungeheueren Sprung, der gemacht wird, indem die Minderbemittelten  $\frac{1}{2}$  Pfund Fleisch für 20 Pf. bekommen können, während die sogenannten Bessergestellten etwa den vierfachen Betrag bezahlen müssen. An und für sich ist gewiß nichts dagegen einzuwenden, daß man die Minderbemittelten berücksichtigt. Allein der Sprung ist ein zu starker, wenn man in einzelnen Städten, wie in Konstanz den Zuschuß für die Fleischzulage bis zu einem Einkommen von 2400 Mark, und bei Familien mit Kindern bis zu 3800 M. gibt, während derjenige, der 5 oder 10 M. mehr Einkommen hat, das Vierfache bezahlen muß — es sind mir Fälle bekannt, wo Leute 5 M. mehr Einkommen beziehen und dann den Zuschuß nicht mehr erhalten — das verstehen

die Leute nicht. Die Schuld trifft allerdings das Reich; dort hätte man daran denken sollen, daß man Abstufungen macht, so daß auch den mittleren Schichten unserer Bevölkerung eine gewisse Erleichterung zuteil wird.

Es ist der Verwendung unserer Gefangenen gedacht worden. Ich darf auch hierzu ein Wort sagen. Gewiß verlangt niemand, daß sie wie ein „schalloses Ei“ behandelt werden; aber man soll sie anständig behandeln und nicht ausbeuten. Es wird mir versichert, daß auf dem Lande draußen manche Leute, die etwa neben der Landwirtschaft noch gewerbliche Arbeiten besorgen, vielleicht einen Akkord übernehmen, dazu den Gefangenen benützen, der ihnen dann täglich vielleicht 5 M. verdient und davon nur 30 Pf. erhält. Dazu werden aber die Gefangenen nicht aufs Land geschickt, und darüber wird von den anderen Landleuten geklagt, die keine Gefangene für ihre Landwirtschaft bekommen können. Es wird geklagt, daß da nicht mit dem gleichen Maß gemessen wird. Diese Klagen werden auch gegen einzelne Bezirksamter erhoben, ich will sie nicht im Einzelnen vorbringen. Ich will aber doch darauf hinweisen, daß in einem Falle ein Amtsvorstand — es handelt sich nicht um das Bezirksamt Konstanz — sich über einen Mann, der seine größere Lebenserfahrung und besseren Kenntnisse dazu benützt, um in uneigennützig Weise anderen Leuten durch Eingaben und dergl. zu helfen, in öffentlicher Sitzung abfällig geäußert und bei der Verkündung einer ablehnenden Entscheidung gesagt hat: „Und wenn auch der R. N. von K. eine Eingabe macht, wird es doch bei diesem Bescheide bleiben“, derartiges sollte nicht vorkommen.

Sie werden mir gestatten, daß ich noch ein Wort entgegen auf eine Bemerkung des Herrn Ministers, die sich auf den Frieden bezieht. Er hat gesagt, daß er für einen deutschen Frieden sei, der uns und unsere Nachkommen auf die Dauer vor ähnlichem Unheil wie dieser Krieg bewahre. Gewiß ist der letztere Wunsch das, was uns alle bewegt; gewiß. Aber ich hätte das Wort „deutscher Friede“ von ihm lieber nicht gehört. Seitdem eine Anzahl von Kriegspsychose befallener Eroberungspolitiker für ihre maßlosen Eroberungspläne diese uns allen ehrwürdige Bezeichnung benützt, ist der Ausdruck bei der Masse der Bevölkerung etwas in Mißkredit gekommen. Ich bin überzeugt, der Herr Minister hat, wenn er von einem deutschen Frieden sprach, nicht an das gedacht, was jene Leute darunter verstehen. Ich spreche meine Überzeugung dahin aus, und damit will ich schließen: Nur ein Friede, der nicht den Stachel der Vergewaltigung und der Erniedrigung in dem Besiegten zurückläßt, wird ein dauernder sein, jeder andere wird nur einen Waffenstillstand bedeuten und den Keim neuer Rüstungen und neuer Katastrophen in sich schließen.

Abg. Albiech (Bentr.):

Die Worte, die der Herr Abg. Nehm über die Bürgermeister gesprochen hat, möchte ich wärmstens befürworten und sie auch auf die Ratschreiber ausgedehnt wissen.

Durch die Länge des Kriegs sind große Schwierigkeiten zutage getreten. Der Krieg ist allmählich ein technischer geworden. Es mußten Kriegsgesellschaften gegründet werden, und dadurch sind große Mißstände hervorgerufen, die hier aber genug behandelt worden sind. Ich glaube, auch die Regierung zeigt Verständnis dafür, daß solche Mißstände wieder beseitigt werden. Insbesondere möchte ich da auch die hohen Löhne betonen, die für die Munitionsarbeiter bezahlt werden.

Das ist nicht zu vergessen. Wie wollen wir nachher wieder in eine Friedenswirtschaft hinübertreten, wenn die Arbeiter allmählich an Phantasielöhne gewöhnt werden?

Durch die Ernährungsorgen hat sich eine große Reibungsfläche zwischen Stadt und Land, zwischen Produzenten und Konsumenten gebildet. Ich darf offen sagen: Hier ist viel übertrieben worden. Es fehlt da an dem vollen Empfinden für die schwierige Lage, in der das deutsche Volk sich befindet. Würde man die Speisezettel von 1817 oder den 50er Jahren letzten Jahrhunderts lesen, so würde mancher still sein und auch mit der heutigen Ernährungsweise zufrieden sein. Ich habe dieser Tage die Beobachtung gemacht, daß ein Mann gesagt hat, er hätte so kolossalen Hunger, er hätte gestern abend nur eine Serbelatwurst und zwei Kettische gehabt. Gehen Sie hinaus aufs Land, da gibt es viele, die glücklich wären, wenn sie eine solche Kost hätten. Ich sage, da muß Wandel geschaffen werden, daß die Reibungsflächen mehr und mehr verschwinden. Hier wäre insbesondere zu empfehlen, daß die Unzufriedenen hinaus kämen aufs Land und sich praktisch überzeugen würden von der Arbeit, die da geleistet wird, und von der Genügsamkeit, die da herrscht. Wenn man jemand vom Lande fragt, wie es ihm geht, hört man in der Regel: „Wir sind zufrieden.“ Nicht beachtet wird aber die Genügsamkeit, die auf dem Lande eben doch auch herrscht in Punkte Ernährung, und das gehört besonders erwähnt.

Es wird auch sehr viel gescholten über die Selbstversorgung, hauptsächlich wenn es sich um die Brotversorgung handelt. Hier spielt dann immer noch eine Mittelstandsfrage mit, es heißt da gleich: Die Mühlen, die Kleinmühlen und die Selbstversorger gehen Hand in Hand und das ist die Ursache unserer Brotknappheit. Ich habe gehört, daß man von Berlin bestrebt sei, die kleinen Mühlen zu schließen. Das wäre traurig und würde sehr schwer empfunden werden. Ich möchte die Grob-Regierung dringend bitten, dafür zu sorgen, daß eine solche Maßregel bei uns in Baden nicht zustande kommt. Es wäre das eine Gewaltmaßregel gegen den Mittelstand, obgleich wir klagen über die Kohlennot; denn gerade dadurch würde die Kohlennot noch gefördert. Die großen Mühlen verfügen nicht über genügend Wasserkraft, es würden also mehr Kohlen als bisher gebraucht werden.

Viel schlimmer als in den Städten sieht es, was auch schon gesagt worden ist, in den mittleren und kleineren Industrieorten aus. Dort fehlt es viel mehr an der Möglichkeit der richtigen Ernährung. In den großen Städten wird wohl geklagt. Beobachtet man aber die Verhältnisse, wenn man auf den Markt geht, so sind Fische, es sind Gemüse da. Mit Fischen wird ein sehr guter Ersatz geleistet. Kommen Sie aber in einen kleinen Industrieort, so fehlt das alles. Die Leute sind doch in gleicher Weise rationiert, wie die Großstädter. Auch die Großstädter müssen also etwas umlernen. Warum war vor dem Krieg die Landflucht so groß? Weil in den Städten besser zu leben war; deshalb ist heute aber auch der Abstand in der Ernährung gegenüber früher in der Stadt viel größer, als auf dem flachen Land.

Der Gemein Sinn, das Volksempfinden muß wieder erstarren in der schwierigen Zeit, die uns auferlegt ist. Denken wir an das Leben, das unsere Feldgrauen in den Schützengräben zu führen haben. Sie haben oft zwei, drei und vier Tage nichts zu essen; stehen im Trommelfeuer; sie bringen aber dieses Opfer in Anbe-

tracht der großen Sache, der sie dienen, und so muß auch das ganze Volk in Stadt und Land der Sache weiter dienen und soll den Schwierigkeiten gewachsen sein. Ich möchte das Wort des Herrn Ministers unterstreichen, der gesagt hat, manche Unannehmlichkeit sollte mit mehr Humor aufgenommen werden, dann komme man leichter darüber hinweg. Ein Arbeiter hat mir gesagt: „Herr Bürgermeister, geben Sie mir das nötige Brot, Milch und Kartoffeln, dann bin ich zufrieden, ich verlange weiter nichts.“ Ich meinerseits gehöre auch zu denen, die so denken, und sagen: Wir müssen umlernen in unserer Ernährung, so lange wir blockiert sind. Das sind die drei nötigen Faktoren: Getreide, Milch und Kartoffeln, die zu fördern die Regierung hauptsächlich bestrebt sein muß. Entsprechende Verordnungen sind ja schon erlassen. Aber manchmal möchte man glauben, man komme doch nicht zu dem richtigen Ziel, z. B. war die Brotration festgesetzt auf 300 Gramm. Dann kam die Eroberung von Rumänien. Gleich wurde in der Presse die Meldung von den großen Frucht- und Mengen breitgeschlagen, die dem deutschen Volk aus Rumänien zur Verfügung ständen. Da hat die Presse ein Grundübel in die Welt hinausposaunt. Hätte man geschwiegen, dann wäre vielleicht viel weniger Getreide verfüttert worden. Aber da hat man gemeint: wenn es auf einmal so glänzend ist, dann dürfen wir auch mehr brauchen. Auch die Presse muß sich da einer gewissen Vorsicht bedienen. Dann kamen die Zusatzkarten. Gerade mit diesen Zusatzkarten ist Verschwendung getrieben worden. Ich war immer ein Gegner derselben, ich habe in meiner Gemeinde immer wenig Zusatzkarten ausgegeben in der Überzeugung, daß sich diese Sache rächen wird. Diese Zeit ist jetzt da, die Brotration mußte heruntergesetzt und der Zusatz in Form von Fleisch gegeben werden. Ich gebe zu, daß das nötig war. Aber für kleine Leute, die mit Ach und Krach ein Schwein durchgefüttert haben und jetzt vom Geldzuschuß ausgeschlossen sind, ist das schwer. Ein Zusatz war ja notwendig, aber diese Ordnung wird draußen schwer empfunden.

Was die Schweinemast anlangt, bin ich ein Gegner derselben. Man sagt zwar: Wir müssen die Mastverträge haben, damit Fleisch und Fett in die Stadt kommt. Ich habe die Überzeugung, daß die Schweine doch kein Fett geben werden, weil es an Futtermitteln fehlt. Manche ganz Schlaue haben Verträge abgeschlossen und haben das ihnen zugewiesene Futter für sich selbst verbraucht, die zu mastenden Tiere haben aber erst nichts davon bekommen.

Ich glaube, noch besonders sagen zu müssen, daß die Vorräte vor dem Verderben geschützt werden müssen. Hauptsächlich in der Obstversorgung sollten nicht wieder so schwere Fehler vorkommen, daß das Obst verdirbt. Ebenso ist es mit dem Getreide. Sollte das, was vorhin über die Schließung der Kleinmühlen gesagt worden ist, wirklich kommen, dann würde das Getreide alles auf große Haufen geworfen werden, und dann würde es sicher wieder heißen: Das Getreide ist muffig geworden, es kann nur noch zur Viehfütterung verwendet werden und der Menschheit gehen wieder große Mengen verloren.

Ein Wort noch zur Kartoffelversorgung. Hier möchte ich bitten, wenn keine Bezugsscheine für die Allgemeinheit mehr ausgestellt werden können, daß die Sache den Gemeinden doch gegeben wird, damit den Kommunalverbänden Arbeit abgenommen wird. (Der Präsident mahnt den Redner, an den Schluß seiner Ausführungen zu denken.) Auch ich möchte wünschen,

daß die Landwirte reichlicher beurlaubt werden, und daß an der Grenze ansässige Landwirte mehr zum Grenzschutz zurückkommen. Auch die Beurlaubung von Holzhauern sollte reichlicher erfolgen. Damit würde der Kohlennot abgeholfen. In den Garnisonsorten werden noch viele Arbeitskräfte vergeudet. Es könnten doch viele garnisonverwendungsfähige Mannschaften für die Zwecke der Landwirtschaft beurlaubt werden. Dadurch würden wir der Arbeiternot auf dem Lande mehr abhelfen, was uns allen nützt, daß wir einer noch schlimmeren Sachlage in der Ernährungsfrage entgegen treten, und daß wir das fertigbringen, was wir alle von Herzen wünschen: Durchhalten und zu einem guten dauerhaften Frieden kommen.

#### Abg. Schirmeister (Zentr.):

Die Ausführungen meines Fraktionsfreundes Röckel haben mich vor zwei Rätseln gestellt. Einmal spricht er davon, daß Gefahr vorhanden sei für unsere Obsternte durch Überhandnehmen der Raupen. Ich habe das nicht selbst beobachten können; es ist mir auch eine solche Nachricht nicht zugegangen. Ich möchte aber doch bei der Grob. Regierung anfragen, ob das Mittel, das im landwirtschaftlichen Wochenblatt immer ausgeschrieben ist — es heißt Urania und wird gegen alles Ungeziefer angepriesen — auch gegen Raupenfraß, verwendet werden kann. Vielleicht wäre es noch an der Zeit, es anzuwenden.

Das zweite Rätsel ist, daß er sagt, im vorigen Jahr wäre der Obsthandel freigegeben gewesen. Bei uns im Seekreis war es anders, da war er ganz unterbunden und ganz in die Hand der Landwirtschaftskammer gelegt. Sovieel ich erfahren habe, soll es auch in diesem Jahre geschehen. Sollte das der Fall sein, so möchte ich an die Grob. Regierung einige Bitten richten. Die erste wäre, was der Herr Kollege Röckel bereits angeführt hat, daß den Selbstverforgern gestattet wird, an Verwandte oder Leute, mit denen sie schon längst Geschäftsbeziehungen gehabt haben, etwas Obst versenden zu dürfen. Das wäre für den Obsthandel eine Erleichterung, und alte Beziehungen würden dadurch aufrechterhalten.

Dann möchte ich aber bitten, daß besonders für die Kirichen und für das Frühobst nicht zu viel hemmende Vorschriften gegeben werden. Bei uns im Amt Überlingen ist es vorgekommen, daß es einen Tag lang geheißt hat: Das Obst darf verschickt werden! Am andern Tag dagegen hat es geheißt: Das Obst darf nicht verschickt werden! An einem Tag hat man ausschließlich grüne Versandsscheine haben müssen, am andern Tag wieder rote Versandsscheine. So ist es gekommen, daß die Leute auf die Bahn gelaufen sind und ihr Obst gebracht haben; am andern Tag wurde es wieder heimgeschickt. Dabei ist Frühobst leicht verderblich, wie der Herr Kollege Röckel schon ausgeführt hat; viele Zentner sind schon hierdurch zugrunde gegangen und verdorben oder dann erst in verdorbenem Zustande angekommen.

Wenn das Obst vollständig in die Bewirtschaftung der Landwirtschaftskammer oder eines ähnlich gearteten Organes übergehen soll, dann sollte auch dafür gesorgt werden, daß beim Obsteinkauf die Organisation richtig durchgeführt wird. Im vorigen Jahre ist es bei uns oben vorgekommen, daß die Obstunterkäufer ohne jede Kontrolle, ohne jede Aufsicht geblieben sind; es sind keine Vertrauensmänner aufgestellt worden. Ich kenne Orte, wo diese Unterkäufer einen schwindehaften Handel für eigene Rechnung getrieben haben. Das hat Verbitte- rung hervorgerufen. Um für die Zukunft dem vorzu-

beugen und zu vermeiden, daß die Mißstimmung sich weiter ausbreitet, möchte ich die Großh. Regierung gebeten haben, dafür zu sorgen, daß, wenn diese Angelegenheit einmal so wie bisher durchgeführt werden soll, sie auch gründlich durchgeführt werde. Wenn nebenher zugelassen werden könnte, daß der Obstproduzent, der Erzeuger, aufgrund von Bezugscheinen an seine alten langjährigen Kunden 50 Pfund, auch einen Zentner abstoßen dürfte, dann würde dieses Erfassen durch die Organisation lange nicht den schweren, den beängstigenden Eindruck machen wie es ihn sonst ausübt.

Nun ist einem Fraktionskollegen eine Klage übermittelt und ich bin von ihm gebeten worden, die Angelegenheit hier zu berühren. Er meint nämlich, die Preise für das Edelobst — nicht die für das Konsumobst, das unsere notleidenden Mitbürger in den Städten kaufen — seien etwas zu nieder. In Friedenszeit schon, sagt er, seien Preise von doppelter Höhe gewährt worden. Ich kann mich über diese Sache nicht auslassen, ich möchte sie aber der Großh. Regierung zur Erwägung und zur Wahrnehmung der hier in Betracht kommenden Interessen der Erzeuger anbeingeben.

Was der Herr Kollege Graf gesagt hat, möchte auch ich empfehlen. Auch in meinem Bezirk ist es vorgekommen, daß Leute, denen infolge der Beschlagnahme die Mostäpfel fehlten — Birnen hat es nicht viel gegeben — sich keinen Hausstrunk bereiten konnten. Für solche Leute, die gewöhnt sind, einen selbsterzeugten Hausstrunk zu genießen, ist das doch etwas hart und schwer.

Dem Herrn Kollegen Stockinger möchte ich, was die Frage der Aufklärung betrifft, nur erwidern, er darf versichert sein, daß die auf dem Lande festzustellende regelmäßige und gute Eierabgabe, ebenso die verhältnismäßig gute Abgabe von Milch und Butter nur der Aufklärungsarbeit zu verdanken ist, die auf dem Lande geleistet wird (Sehr richtig! rechts). Was in dieser Beziehung geleistet worden ist, ist geradezu erstaunlich: Sonntag für Sonntag gehen die führenden Landwirte aufs Land, auf die Gemeinden hinaus, in Versammlungen ermahnen sie ihre Berufskollegen, getreu und unverbrüchlich ihre Pflicht zu erfüllen und alles das abzuliefern, was der einzelne nicht unbedingt im Hause haben muß. Was nun die seitherigen Erfahrungen auf Grund dieser Tätigkeit anbelangt, so muß ich vollständig meinem Kollegen Graf beipflichten. Auch ich habe es anfänglich probiert mit dem Hinweis auf die Pflicht, mit dem Appell an die Vaterlandsliebe usw. und habe damit keinen großen Erfolg gehabt. Dann habe ich zu einem andern Mittel gegriffen: Ich habe die Bürgermeister und Lehrer, jeweils da, wo ich zu sprechen hatte, ersucht, auch die Frauen beizuziehen; diesen Frauen habe ich eindringlich zugeredet; ich habe ihnen vorgehalten, was für Leiden gerade ihre Schwestern in der Stadt mitzumachen haben, was diese arbeiten müssen, was es für ein Jammer sein muß, wenn ein kleines Würmchen da ist und die Mutter keinen Löffel Milch für das Kind hat. In der Regel habe ich mit diesen Ausführungen den größten Erfolg gehabt. In vielen Fällen habe ich diese Landwirtsfrauen zu Tränen gebracht. Der Erfolg war, daß an diesen Orten sofort eine regelmäßige Abgabe von Eiern und Milch begonnen hat. Wenn man dann, wie mein Freund Graf mit Recht sagte, noch das ganz außerordentliche Mittel von Religion und Gewissen ins Feld führt, dann hat man in der Regel Erfolg. Wenn es dennoch störrische Landwirte gibt, so muß man sich damit trösten, daß es so nun einmal auf der Welt ist. Wo Menschen sind, sagt ein altes Sprichwort, da men-

schelt es! Wie es unehrliche Leute überall gibt und solche die unrecht denken, so gibt es unehrliche eben auch unter den Landwirten.

Mit einem kurzen Wort möchte ich mich dann noch der Kleinmüller annehmen. Es besteht wirklich die Gefahr, daß infolge der Verdächtigungen, die in diesem Hohen Hause gegen sie ausgesprochen worden sind, die Kleinmüller in ihrer Tätigkeit beschränkt oder vielleicht ganz ausgeschaltet werden könnten. Ich bin durchaus der Meinung, daß eine Gesetzwidrigkeit und ein schweres Unrecht vorliegt, wenn ein Müller einem Bauern, dem bloß 2 Zentner gemahlen werden dürfen, 7 oder 8 Zentner mahlt; ich möchte fast sagen, er begeht damit eine volksverräterische Handlung und nach meiner Auffassung verdient er exemplarisch bestraft zu werden, damit ihm das gesetzwidrige Mahlen für seiner Lebzeit vergeht. Aber deshalb, weil solche Fälle vorkommen oder vorgekommen sein sollen, nun so weit zu gehen, zu verlangen, es soll allen das Handwerk gelegt werden, das möchte ich im Interesse des Mittelstandes ernstlich nicht wünschen.

Dann möchte ich noch eine andere Frage berühren: In den Kreisen meiner Kollegen, der Ratschreiber, würde es mißdeutet werden, wollte nicht auch ich mich der Bitte nach Hilfe für die Herren Bürgermeister mit Nachdruck anschließen. Für uns Gemeindebeamte wird kein anderer Weg übrig bleiben, als an das Ministerium mit der Bitte heranzutreten, recht bald ein Gemeindebeamtengesetz vorzulegen. Anders wird es nicht mehr gehen. Ich will die klingende Seite der Frage ganz außer Acht lassen; auch wenn man von ihr absieht, muß man sagen, die Lage der Gemeindebeamten ist so mißlich, daß es mit der Zeit keine Kleinigkeit und auch keine Freude mehr ist, Gemeindebeamter zu sein. Es treten so viel Aufgaben an die Gemeindebeamten heran, daß man sich oft sagen muß, derjenige kann Gott danken, der kein Gemeindebeamter ist. Wenn man diesen Stand auf der richtigen Höhe halten will, dann ist es höchste Zeit, Abhilfe zu schaffen. Das kann aber nur geschehen durch ein zweckmäßiges Gemeindebeamtengesetz.

#### Abg. Hertle (rechtsf. Bg.):

Den aner kennenden Worten, die sowohl von der Regierung wie von allen Seiten in diesem Hohen Hause den Gemeindebeamten ausgesprochen worden sind, schließe ich mich von ganzem Herzen an. Ich möchte nur wünschen, daß bei den Vorbereitungen des Gesetzentwurfes, der von verschiedenen Seiten angeregt worden ist, Bedacht darauf genommen werden möge, daß auch die kleinsten Gemeindebeamten in das Fürsorgegesetz aufgenommen werden.

Was nun die Ernährungsfragen anbelangt, so möchte ich zunächst auf die Ausführungen des Herrn Berichterstatters zurückgreifen. In seinem Bericht hat er mich namentlich genannt. Er hat angeführt, daß ich gesagt hätte, 2 Liter Milch pro Kuh und Tag seien ablieferbar. Auf diesem Standpunkte stehe ich heute noch. Die Milchfrage hat unseren Ernährungsbeirat in vielen Sitzungen beschäftigt. Als dann von Sachverständigen der Landwirtschaftskammer der Großh. Regierung nahegelegt worden war, in Rechnung zu nehmen, daß 3 Liter pro Kuh und Tag abgeliefert werden könnten, haben die Verhandlungen im Ernährungsbeirat eine Einigung dahin ergeben, daß man sich auf 2 Liter pro Kopf und Tag verständigt hat. Wir im Bezirk Vöberg sind hinsichtlich der Milchversorgung dem Kommunalverbande

Heidelberg überwiesen worden. Ich muß sagen, der Kommunalverband Heidelberg hat es verstanden, durch freundliche Belehrung, wobei die Herren zu uns heraus gekommen sind, dahin zu gelangen, daß die meisten Gemeinden ihr Quantum abgeliefert haben, das ihnen auferlegt war. Hauptsächlich dazu in der Lage waren diejenigen Gemeinden, die auch vorher schon eine geordnete Milchlieferung hatten, währenddem diejenigen Gemeinden, die weit entlegen von den Verkehrswegen sind, und vor dem Krieg noch keine Milch abgeliefert haben, schwer zu tun hatten, ihr Milchquantum abzuliefern; die anderen hatten sich schon daran gewöhnt, zu einer geordneten Milchversorgung beizutragen. Der Herr Oberbürgermeister von Heidelberg hat die Mühe auch nicht gescheut, persönlich zu uns herauszukommen. Unser Amtsvorstand hat sämtliche Bürgermeister und Ratschreiber zu einer Besprechung eingeladen. Was uns alle am meisten freute, war das, daß der Herr Oberbürgermeister von Heidelberg versicherte, er wolle mit dem Bezirk in persönliche Verbindung treten. Dabei hat es mich gefreut — und dieser Empfindung ist auch von anderen Kollegen Ausdruck gegeben worden —, daß er der Wahrheit die Ehre gegeben und nicht etwa gesagt hat, er komme aus Liebe zu uns, sondern vielmehr „der Not gehorchend“. Diese Worte haben bei uns eingeschlagen. Unsere ländliche Bevölkerung war zu allen Zeiten und wird immer bestrebt sein, die in den Städten herrschende Not zu lindern.

Wenn vorhin der Herr Kollege Stoßinger gemeint hat, in der Ablieferung von Brotgetreide aufgrund der letzten Abnahme sei doch bewiesen, daß die Landwirte Getreide und Kartoffeln zurückgehalten hätten, so muß ich das entschieden ablehnen (Sehr richtig!). Daß nachträglich noch abgeliefert werden konnte, hatte seine Gründe. Einerseits war es deshalb möglich, weil die Brottrationen gekürzt worden sind und den Selbstverforgern das Mehrquantum belassen war. Die Kürzung erstreckte sich aber auch auf einen Monat, da mußte doch etwas herauskommen. Und dann kann ich dem Herrn Kollegen Stoßinger auch sagen, wie diese Aufnahme stattgefunden hat. Man muß Einblick haben in die Verordnungen, aufgrund deren diese Aufnahme erfolgte. Einerseits hat man bei der Kartoffelberechnung so viel Saatgut, soviel für die betreffenden Haushaltungen zu beanspruchen, so daß mancher Bauer überhaupt nichts mehr abzuliefern gehabt hätte; nur aufgrund der Mahnung der betreffenden Kommissionsmitglieder, doch zu bedenken, wie groß die Not in der Stadt sei, wurde mancher noch veranlaßt, freiwillig noch ein oder zwei Zentner Kartoffeln abzugeben von dem Quantum, das er eigentlich hätte behalten dürfen und das ihm hätte belassen werden müssen. Zum Dank dafür beschuldigt man uns nun von seiten des Herrn Abg. Stoßinger, daß wir Brotgetreide und Kartoffeln sozusagen verheimlicht hätten. (Abg. Stoßinger: Das habe ich nicht gesagt.) Aber Sie haben gesagt, es sei nachher viel mehr abgeliefert worden.

Was mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen, das ist die Grünfarnfrage. Der Herr Berichterstatter hat schon darauf hingewiesen, daß es dabei sich um eine Frage handelt, die tief in das Leben unserer ganzen Bevölkerung einschneidet. Auf mich hat es befremdend gewirkt, daß wegen der paar Zentner Grünfarn, die der badischen Bevölkerung zugeteilt worden sind, so viel Aufhebens gemacht worden ist. Andererseits muß ich betonen, daß ich die Zuweisung von 37 000 Zentner, die in die Konserverfabriken gewandert sind, nicht für Recht

halte. Grünfarn sind eine Suppeneinlage die ab Erzeuger sofort genießbar ist. Ich halte es nicht für notwendig daß es erst von der Konserverfabrik noch mit allerhand Zutaten versehen und dann erst in der neuen Form zu erhöhtem Preise an die Bevölkerung weitergegeben wird (Sehr richtig! rechts).

Es sind Klagen laut geworden, daß die Ablieferung des Grünfarns von seiten der Reichsgetreidegesellschaft nicht rascher vor sich gegangen ist. Mir sind Fälle bekannt geworden, wo jene Gesellschaft ihren Grünfarn bei den Landwirten draußen stehen ließen; trotz wiederholter Bemühung unseres Amtsvorstandes ist es erst im März endlich gelungen, daß der letzte Grünfarn eingeliefert werden konnte. Die Landwirte waren in der rechtzeitigen Erledigung ihrer Kartoffelernte sowie Ausdreschen von Getreide behindert, weil der Grünfarn in den Säcken stand.

Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß im Spätjahr den Landwirten sämtliche Kartoffeln, sämtliches Getreide und alles Obst abgenommen werden sollten; alle diese Produkte sollten zur Zeit des Herbstes, zur Zeit der Ernte abgenommen werden. Die Landwirtschaft ist aber nicht in der Lage, bis zum Eintritt des Winters alle diese Arbeiten durchzuführen, so daß alle diese Erzeugnisse abgeliefert werden könnten.

Was die Kartoffeln anbelangt, so ist der Preis von 6 M. so, daß wir zufrieden sind. Immerhin befürchte ich, daß diese großen Mengen in der Stadt auf Lagerplätze geschüttet werden, dort viel mehr Gefahr besteht, daß sie dem Verderben anheimfallen, als wenn sie längere Zeit noch in den Händen des Landwirtes belassen würden.

Was die Fleischversorgung anbelangt, so möchte ich doch noch darauf hinweisen, daß diese Fleischzulage eben doch — ich kann es nicht anders nennen — eine Ungerechtigkeit gegenüber der ländlichen Bevölkerung ist. Wenn Leute die Fleischzulage herausbezahlt erhalten, die nicht zu den Bedürftigen gehören, so kann ich das nicht verstehen. Das hat in ländlichen Kreisen auch Verbitterung hervorgerufen. Der Herr Berichterstatter hat in der Kommission darauf hingewiesen und ich habe schon betont: Den Schwerarbeitenden, denen gönnt man gern die Zulage; aber so und so vielen anderen, die durchaus nicht schwer, die wenig oder überhaupt nichts arbeiten, denen hätte man recht gut die Zulage vorenthalten können, denen hätte man sie nicht gewähren sollen. Ich befürchte, daß durch die Gewährung dieser Zulage und das Sinken der Schweinepreise die Schweinezucht überhaupt derart leiden wird, daß diese Zucht in längerer Zeit sich nicht mehr erholt.

Zur Frage der Eierversorgung möchte ich etwas erwähnen. Mich hat es angenehm berührt, daß hier in diesem hohen Hause festgestellt werden konnte, die ländlichen Kommunalverbände hätten ihr Quantum abgeliefert, während im Gegensatz dazu die städtischen Geflügelhalter ihrer Pflicht nicht nachgekommen sind. Man muß bedenken, daß 75 % der gesamten abzuliefernden Menge schon abgeliefert sind: das ist doch ein Beweis dafür, daß die ländliche Bevölkerung den Notstand in der Stadt voll und ganz würdigt.

Zu persönlichen Bemerkungen erhalten noch das Wort:

Abg. Spang (Zentr.):

Ich bin in einem Punkte am Regierungstisch mißverstanden worden. Ich habe von ungeschicklichen Schiebungen

gesprochen, wie sie namentlich vom Süden nach dem Norden stattgefunden haben. Ich habe dabei selbstverständlich nicht an Baden gedacht, sondern vor allem an die großen Malzschiebungen, wie sie von Bayern aus stattgefunden haben. Ich wollte dabei nur zeigen, daß derartige Praktiken, die einer geregelten und richtigen Verteilung der Lebensmittel hinderlich sind, namentlich bei unseren nördlichen Nachbarn zu bemerken waren.

Abg. Schön (natl.):

Ich verwahre mich gegenüber dem Vorwurf des Herrn Ministers, Unrichtiges gesagt zu haben. Der von mir vorgetragene Tatbestand gibt ihm moralisch dazu nicht das Recht. Es ist ganz gleichgültig, aus welchem Zimmer des Großh. Ministeriums des Innern der Herr Abg. Koelblin wieder nach Baden zurückreiste, nachdem er abgewiesen war. Der Kern der Sache war, daß der Abgeordnete eine Reise gemacht hatte und ununterrichteter Sache wieder zurückkehren mußte — und zwar aus Gründen, die nach meinem Empfinden von der Zweiten Kammer nicht zu vertreten sind.

Abg. Stöckinger (Soz.):

Ich habe der Landwirtschaft nicht den Vorwurf gemacht, daß sie Getreide und Kartoffeln — diese zwei Erzeugnisse habe ich genannt — zurückgehalten habe. Ich habe lediglich gesagt, daß die Bestandsaufnahmen in manchem Bezirk größere Mengen an Getreide und Kartoffeln zutage gefördert haben. Was der Herr Abg. Hertle in meine Bemerkung hineinlegt, dafür kann ich mich nicht verantwortlich machen lassen.

Abg. Hertle (rechtsf. Bg.):

Der Herr Abg. Stöckinger sucht jetzt seine Ausführungen zu berichtigen. Er hat aber ausdrücklich betont, daß aus einem Bezirk noch 700 Zentner herausgeholt worden seien. Da mußte ich annehmen, daß er damit eben die Landwirtschaft beschuldigen wollte, daß sie ihrer Verpflichtung vor der letzten Aufnahme nicht nachgekommen sei.

Abg. Stöckinger (Soz.):

Ich kann mich bei dieser Erklärung nicht beruhigen. Ich habe angenommen, daß der Herr Kollege Hertle jetzt schweigen würde. Ich habe das nicht gesagt, was er behauptet. Ich möchte Sie bitten, geben Sie der Wahrheit die Ehre und sehen Sie das Stenogramm nach. Im übrigen ist es eine harmlose Sache, die an den Haaren herbeigezogen ist. Ich wiederhole nochmals: Ich habe das nicht gesagt.

Hierauf wird die Sitzung um 1 Uhr abgebrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung nach ¼ Uhr erhalten in Fortsetzung der Beratung der Nachweisung über die Verwendung der im außerordentlichen Landtag 1915 und im ordentlichen Landtag 1915/16 bewilligten Kriegskredite sowie der einschlägigen Petition weiter das Wort:

Abg. Mast (Zentr.):

Es ist in den letzten Tagen reichlich über die Nahrungsmittelversorgung und die Nahrungsmittelverteilung gesprochen worden. Ich will dazu keine Bemerkungen mehr machen. Ich hoffe, daß die Worte, die gesprochen worden sind, auf einen guten Boden fallen, und daß wir künftig

in Bezug auf die Nahrungsmittelversorgung und Nahrungsmittelverteilung besser daran sind als bisher.

Ich möchte meinen Blick etwas weiter schweifen lassen und vom Schutze der Arbeiter nach der Beendigung des Krieges sprechen. Es ist Vorsorge zu treffen, daß die Arbeiter in Industrie, Handwerk und Gewerbe ihre Plätze wieder einnehmen können. Es wird notwendig sein, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich in ihren Organisationen darüber verständigen. Wie sie in den Schützengräben gemeinsam gekämpft haben für den Bestand des Reiches, so werden sie auch nach dem Krieg die Arbeitsverhältnisse gemeinsam regeln wollen. Der Krieg hat in dieser Beziehung jedenfalls vermittelnd gewirkt.

Im Reichstag ist der Wunsch schon ausgesprochen worden, daß die Entlassung der Soldaten nach dem Kriege in der Weise erfolgen solle, daß die Arbeiter der Industrien und Betriebe, die sie wieder aufnehmen können, zuerst entlassen werden und in dem Umfang, wie die Rohstoffversorgung und Arbeitsmöglichkeit es gestattet. Die Regelung wird nun Sache der Reichs- und Militärbehörden sein, und ich hoffe, daß diese auch die entsprechenden Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Mithilfe recht reichlich in Anspruch nehmen. Es ist nur zu bedauern, daß wir noch keine Arbeitskammern haben, wie sie schon verschiedentlich gefordert worden sind. Jedenfalls wäre das ein Gebiet, auf dem sie großen Segen stiften und sich bewähren könnten.

Es wird nicht möglich sein, alle Arbeiter sofort nach Schluß des Krieges unterzubringen. Da wird es Sache der Regierung sein, durch Inangriffnahme von Bauten usw. dafür zu sorgen, daß unsere Feldgrauen wieder unterkommen. Es wird aber auch eine reiche Unterstützung seitens des Reiches, des Staates und der Gemeinden notwendig sein, um diejenigen, die keine Arbeit erhalten, vor der Not bewahren zu können. Sie sollen den Dank des Vaterlandes auch in dieser Beziehung verspüren.

Dann noch ein Wort zur Tätigkeit der Frauen, die von allen Seiten anerkannt worden ist. Ob aber die Kraft zu der Arbeit, vor die die Frauen gestellt worden sind, ausreicht, und wie lange sie ausreicht, das ist jedenfalls eine Frage, die heute noch nicht beantwortet werden kann. Es kann im Interesse der Volksgesundheit und des Familienlebens nicht gewünscht werden, daß die Frauenarbeit in der Ausdehnung, wie sie jetzt besteht, auch nach dem Krieg noch fortgesetzt wird. Auch im Interesse unserer Feldgrauen, die zurückkommen, muß gewünscht werden, daß die Arbeit der Frauen wieder eingeschränkt wird, und daß sie ihrem ursprünglichen und eigentlichen Beruf in der Familie wiedergegeben werden.

Nun hätte ich noch eine Angelegenheit zur Sprache zu bringen, an der nicht nur die zunächst Beteiligten Interesse haben, sondern auch das große Publikum. Es wurde schon gesprochen von der vielen Schreiberei, den zahllosen Bekanntmachungen usw. Aber davon wurde noch nicht gesprochen, daß es auch notwendig ist, diese Bekanntmachungen in einer Weise zu veröffentlichen, daß das Publikum sie so rasch als möglich und so bequem als möglich erhalten kann. Als der Herr Minister in der Budgetkommission in so anerkennenswerter Weise über die Presse gesprochen hat, ist mir der Widerspruch zum Bewußtsein gekommen, der darin liegt, daß man den Nichtamtsblattverlegern im Kriege nur Opfer auferlegt, von den wirtschaftlichen Vorteilen der Presse den Amtsblattverlegern gegenüber sie aber ausschließt. Meines Erachtens wäre es innerhalb der ausgeworfenen

Summe ganz gut möglich, auch die Nichtamtsblattverleger zu berücksichtigen. Das könnte vielleicht dadurch geschehen, daß man die Bekanntmachungen, die nur einen kleinen Bruchteil der Leser betreffen, durch Rundschreiben bekanntgibt, ferner dadurch, daß man die Hinweise auf die Bekanntmachungen, die im amtlichen Verkündungsblatt stehen, nicht auch den Zeitungen gibt, in denen der Amtsverkündiger erscheint. Jetzt erscheinen die Bekanntmachungen in dem Amtsverkündigungsblatt, und die Zeitung, die ihn bringt, erhält außerdem noch einen amtlichen Hinweis auf die Bekanntmachung; das ist also eine doppelte Inferierung. Eine Zeit lang hat man auch geglaubt, daß eine Änderung vorgenommen würde, daß alle Zeitungen eine Bezahlung wenigstens der sogenannten Pressnotizen im redaktionellen Teil erhalten würden. Am 21. Januar 1917 wurden in Freiburg durch das Großh. Bezirksamt die dortigen Zeitungen verständigt, daß das Generalkommando beabsichtige, in Zukunft auch die Pressnotizen zu bezahlen, wenn die Zeitungsverleger darauf eingehen, auch diese Notizen mit einem Rabatt von 50 % aufzunehmen wie die kleinen Bekanntmachungen, die sie seitdem erhalten haben. Meines Wissens sind die Nichtamtsblattverleger darauf eingegangen und haben einen entsprechenden Revers unterzeichnet und haben geglaubt, daß sie diese Pressnotizen auch bekommen werden. Das ist aber bis jetzt nicht geschehen. Im Gegenteil hat das Großh. Bezirksamt in Freiburg unterm 6. März ds. Js. erklärt und zwar wörtlich: „Ob die beabsichtigte Änderung verwirklicht worden ist, entzieht sich unserer Kenntnis, da wir einen diesbezüglichen Erlaß seitens des Großh. Ministeriums bisher nicht erhalten haben. Vielmehr ist uns auch seither die kostenlose Aufnahme der Pressnotizen aufgegeben worden. Wir vermögen daher an dem bisherigen Verfahren unsererseits nichts zu ändern.“ Ich habe eine ganze Menge von Notizen, die unentgeltlich aufgenommen werden mußten. Es ist aber unmöglich, daß die Presse umsonst arbeitet. Das Personal ist schwächer geworden, der Satz muß hergestellt werden usw., und da ist es nicht mehr als recht und billig, wenn man auch eine Bezahlung verlangt, zumal die Buchdrucker entgegengekommen sind und die 50 % Rabatt haben gewähren wollen. Ich möchte bitten, daß die Regierung diese Sache nicht beruhen läßt, sondern darauf dringt, daß das Versprechen, das seitens des Generalkommandos gegeben worden ist, auch in die Wirklichkeit umgesetzt wird.

Abg. **Rahn** (Soz.):

Unterm 19. Mai hat das Großh. Ministerium des Innern eine **Verordnung** bezüglich der **Verteilung der Lebensmittel** erlassen. Nach dieser **Verordnung** sind **Kommunalverbände** und **Gemeinden** verpflichtet, die erforderlichen **Maßnahmen** zu treffen, um **Ansammlungen** vor den **Verkaufsläden** zu vermeiden, indem sie **Kundenlisten** usw. einführen können. Wir begrüßen diese **Verordnung** und wünschen, daß die **Großh. Regierung** sehr besorgt ist, daß diese **Vorschrift** auch voll und ganz zur **Durchführung** gelangt.

Von einem **Redner** wurde heute Morgen darauf hingewiesen, daß gerade die **Landorte**, die in der **Nähe von Industriestädten** sind, in bezug auf die **Versorgung** mit **Lebensmitteln** manchmal weit ungünstiger dastehen als die **Städte** selbst. Ich kann das nur bestätigen. Ich habe selbst schon die **Beobachtung** machen können, daß **Landwirte** viel lieber ihre **Produkte** auf dem

**Stadtmarkte** billiger verkauften, als in ihrer **Heimatgemeinde**. Es ist das eine sehr **bedauerliche Erscheinung**.

Heute Morgen wurde auch der **Tabakarbeiter** gedacht, und es wurde darauf hingewiesen, daß in den nächsten Tagen **Verhandlungen** stattfinden, um deren **Verhältnisse** neu zu regeln. Ich hoffe, daß da in **Gemeinschaft** mit den **Vertretern** der **Arbeiter** eine **zufriedenstellende** **Regelung** der **Verhältnisse** stattfindet.

Nun sind die **Ausführungen** meines **Freundes Strobel** dahin mißverstanden worden, als wünschten wir der **Landwirtschaft** nicht die **Verdienste**, die sie hat. Das ist nicht richtig. Wir sind dafür, daß die **Landwirte** für ihre **schwere** **Arbeit** einen **entsprechenden** **Nutzen** haben. Dagegen wenden wir uns gegen die **übertriebenen**, **unnatürlichen** **Preistreibereien**, die bei einzelnen **landwirtschaftlichen** **Produkten** stattgefunden haben.

Nun habe ich aus meinem **Wahlkreis** selbst noch einen **Fall** zur **Sprache** zu bringen. Es wurde im **Verlauf** der **Debatte** dieser **Woche** verschiedentlich darauf hingewiesen, daß zur **künftigen** **Ernährung** unseres **Volkes** jedes **Gelände** so viel wie möglich **ausgenützt** werden soll. In einer **recht** **eigenartigen** **Lage** befinden sich dabei unsere **Landwirte** in **Schwezingen** und **Plankstadt** und auch zum Teil in **Oftersheim**. Seit **Jahren** wird in diesen **Gemeinden** ein **umfangreiches** **Acker- und Wiesengelände** zu **industriellen** **Zwecken** verwendet. Auch die **Großh. Eisenbahnverwaltung** ist dabei **beteiligt**, die zur **Erstellung** ihrer **Eisenbahnbetriebswerkstätte** ein **sehr** **großes** **Gelände** auf den **Gemarkungen** **Schwezingen** und **Plankstadt** verwendet hat. Nun besteht auch die **Absicht**, auf den **Gemarkungen** **Plankstadt** und **Oftersheim** **größere** **Unternehmungen** zu **errichten**, wozu **mehrere** **Hundert** **Morgen** **Gelände** **nötig** **sind**. **Gegenüber** dieser **Entwicklung** sollen hiermit **keine** **Vorwürfe** **erhoben** **werden**; im **Gegenteil**, es wird diese **Entwicklung** auch in **Schwezingen** und **Umgebung** **allgemein** **begrüßt**. Aber **gegenüber** diesem **erheblichen** **Geländeverlust** muß im **Interesse** der **Volksernährung** und der **Existenzverhältnisse** der **beteiligten** **Landwirte** daran **gedacht** **werden**, ob man **nicht** **einen** **gewissen** **Ersatz** für **dieses** **Gelände** **schaffen** **könnte**. Die **Landwirte** haben sich schon **verschiedentlich** mit dieser **Frage** **beschäftigt** und haben den **Wunsch** **geäußert**, ob es **nicht** **möglich** **wäre**, ein **Teil** des **sogenannten** **Ketscherwaldes** **auszuholzen**, weil sich dieses **Gelände** **vorzüglich** für **Ackerland** **eignen** **würde**. Ich möchte die **Großh. Regierung** **bitten**, sie möge dieser **Sache** ihre **Aufmerksamkeit** **schenken**, besonders den **Herrn** **Minister** **des** **Innern**, daß er sich mit dem **Herrn** **Finanzminister** oder der **Großh. Domänenverwaltung** ins **Benehmen** **setzt**, daß auch diese sich mit der **Frage** **beschäftigen**, ob **nicht** die **Möglichkeit** **vorliegt**, daß man den **Landwirten** als **Ersatz** für das **verloren** **gegangene** **Gelände** durch **Abholzen** des **Ketscherwaldes** **helfen** **könnte**.

Abg. **Göhring** (natl.):

In den **letzten** **Tagen** haben die zur **Erörterung** **stehenden** **Fragen** eine **ziemlich** **ausgiebige** **Besprechung** **erfahren** und um **Wiederholungen** zu vermeiden, will ich mich auf **weniges** **beschränken**.

Als in dem **Haushaltausschuß** die **Sprache** darauf kam, daß unter **Umständen** ein **Höchstpreis** für **Wein** **gefordert** **werden** **solle**, habe ich die **Bitte** an die **Großh. Regierung** **gerichtet**, daß, falls, was wir **hoffen** und **wünschen**, ein **guter** **Herbst** in **Aussicht** **steünde** und ein

Höchstpreis für Wein eingeführt werden sollte, den ich übrigens nebenbei bemerkt in Anbetracht der verschiedenen Qualitäten, die wir in Baden haben, für sehr schwer festzustellen erachte; wenigstens auf die rebbautreibenden Landwirte Rücksicht genommen werde. Seit einer Reihe von Jahren hatten dieselben große fortlaufende Auslagen, sie sind teilweise mit ihren Zinsrückständen belastet geblieben und haben nur geringe Einnahmen bei sich gleichbleibender Arbeitsleistung gehabt. Wenn sie nun einmal in die Lage kämen, auch wieder einen guten Herbst zu machen, so wäre in allererster Reihe darauf zu achten, daß bei einer etwaigen Höchstpreisbestimmung der Höchstpreis mindestens so gestellt wird, daß der rebbautreibende Bauer auch geschützt wird, damit er eine Entschädigung für die Reihe von Jahren hat, in denen er mit Verlust schwer arbeiten mußte. Ich wiederhole diese Bitte in diesem hohen Hause nochmals eindringlichst.

Nun haben wir über die Preise der Lebensmittel vieles gehört. Dem einen waren sie zu hoch, dem andern zu niedrig. Ich glaube, es ist nicht ganz unangebracht, wenn wir uns zur Ausgleichung der Gegensätze einmal nach dem Ausland hinwenden, und da kann ich Ihnen einen ganz kurzen Überblick geben über die Preise, wie sie mir aus einer Stadt des uns feindlichen Frankreich mitgeteilt worden sind. Die Mitteilungen haben vollen Anspruch auf Richtigkeit und auf Genauigkeit. Es handelt sich um die Preise von November 1916, vom 1. März 1917 und 1. April 1917. Ich schicke voraus, daß das keine Kleinhandelspreise sind, sondern daß sie sich für größere Quantitäten verstehen.

für 1 kg	Nov. 1916	1. März 1917	1. April 1917
Rohr	15½ cts.	26 cts.	35 cts.
Gelberüben	15 "	19 "	25 "
weiße Bohnen	95 "	1.30 frs.	1.70 frs.
gelbe Erbsen	55 "	85 cts.	1.— "
Pflanzenfett	1.80 frs.	2.40 frs.	2.75 "
Mehl	40 cts.	65 cts.	75 cts.
Brot	42 "	42 "	45 "
Makkaroni	80 "	1.15 frs.	1.50 frs.
Dürrobst	—	—	4.— "
Schjensfleisch	1.97 frs.	1.97 "	2.09 "
Lammfleisch	2.80 "	2.80 "	3.25 "
Kalbfleisch	—	3.50 "	3.50 "
gesalz. Schweinefl.			
zum Auslassen	2.20 "	3.— "	4.— "
Schweinefleisch	—	4.50 "	4.50 "
Zwiebeln	38 cts.	40 cts.	55 cts.
Zucker	1.40 frs.	1.50 frs.	1.60 frs.
Kaffee	5.— "	5.20 "	6.20 "
Kartoffeln	15½ cts.	20 cts.	35 cts.
Pfeffer	5.— frs.	6.— frs.	8.— frs.
Schinken	—	9.50 frs.	9.50 "
Milch für 1 Liter	—	50 cts.	50 cts.
Brifetts 1000 kg.	—	65.— frs.	65.— frs.

Diese Liste könnte noch auf eine ganze Menge anderer Lebensmittel und Dinge des täglichen Bedarfs ausgedehnt werden, da mir die Notierungen zur Verfügung stehen. Ich bemerke nur, daß Kartoffeln, Zwiebeln, Kaffee und Zucker außerordentlich schwer zu bekommen sind.

Ich habe das nicht vorgebracht, um vielleicht den Produzenten einen Anreiz zu geben, daß sie da, wo sie vielleicht glauben, noch niedriger im Preise als das Ausland zu sein, nun meinen, ihre Preise erhöhen zu müssen. Ich glaube, unsere Landwirtschaft hat bei den jetzigen Preisen,

trotz der stark erhöhten Preise ihrer eigenen nötigen Einkäufe, wohl ihr Auskommen gefunden und die Landwirte haben den großen Vorteil, daß das, was sie für sich an Lebensmitteln gebrauchen, ihnen ihre, allerdings anerkanntswerte hohe Arbeitsleistung direkt in natura zuführt. Sie leiden aber nicht so sehr unter den teureren Lebensverhältnissen, zum mindesten haben sie das Nötigste. Auf der anderen Seite möchte ich dem Konsumenten sagen, daß da, wo er glaubt, heute vielleicht gar zu viel bezahlen zu müssen, er doch einmal die Blicke nach dem feindlichen Ausland richten möge. Die Teuerung ist etwas, was nicht nur bei uns, sondern auch dort in die Erscheinung tritt, wo man, frei dem Meere zugewandt, sich die Zufuhren von Übersee leichter verschaffen kann. Statt Vorwürfe zu erheben, möge man sich gegenseitig besser verstehen lernen und den Blick auf das Ganze, auf das Vaterland richten.

Es wurde davon gesprochen, daß die bemittelten Kreise ja mit Leichtigkeit in der Lage sind, Lebensmittel zu erwerben. Darunter fällt der Sammelbegriff, das Hamstern und alle ähnlichen Dinge. Nun muß ich aber doch sagen, daß das doch wohl Ausnahmen sind und die meisten sich im Interesse des Vaterlandes der notwendigen Rationierung unterwerfen. Ich nehme an, es sind ganz genau dieselben Ausnahmen, die man der Landwirtschaft in die Schuhe schiebt, um sie damit gewissermaßen anzuklagen, daß sie ihrerseits nicht genug abgeliefert hätte; beides sind Übertreibungen, und es wird gut sein, wenn man in aller Öffentlichkeit und Deutlichkeit sagt, daß diese traurigen Auswüchse nur Ausnahmen sind und bleiben. Auch bei demjenigen, der bemittelt ist, halte ich es für im höchsten Grade verwerflich, wenn er auf diese Weise seinen Mitbürgern ein so schlechtes Beispiel geben wollte, und ich hielt es weiter für noch verwerflicher, wenn er dadurch die Verpflegung der anderen Leute auch nur im geringsten benachteiligen oder in Frage stellen würde. Lebensmittelknappheit haben wir, aber sie ist erträglich und nicht derartig, daß man nicht dabei auskommen kann. Wir haben keine Lebensmittelnot, und wenn unsere Lebensmittel weiter richtig verwaltet und bewirtschaftet werden, so bin ich überzeugt, daß wir über die dann leicht zu bewältigenden Schwierigkeiten hinwegkommen.

Zum Schluß möchte ich ganz kurz ein Wort dazu sagen, daß heute morgen von einem der Herren Redner davon gesprochen wurde, daß der Friede, der kommen müßte, niemals eine Erniedrigung und eine Herabwürdigung für die anderen Völker bedeuten solle. Demgegenüber möchte ich betonen: Wir in Deutschland haben uns allererst für uns zu sorgen. Unsere Feinde haben uns aus Neid, Rachgier und Habgier überfallen, wogegen wir uns kräftig und mit Erfolg zur Wehr setzten. Wir wollen nicht herabgesetzt und entwürdigt werden, dafür werden unsere tapferen Truppen zu Wasser und zu Land, in der Luft und unter dem Wasser, sowie deren hervorragende Führer sorgen.

Im übrigen tue jeder seine Pflicht an der Stelle, wohin ihn das Schicksal bestimmt hat und so dient jeder unserem teureren Vaterland (Sehr gut! bei den National-liberalen). Wenn aber heute in anderen kleinen Fragen unbedeutende Meinungsverschiedenheiten da sind, so werden wir uns doch der Überzeugung hingeben dürfen, daß der Deutsche auch dieser kleinen Schwierigkeiten Herr werden und damit sich selbst bezwingen wird. Das deutsche Volk ist ein zähes, ein ausdauerndes, ein tüchtiges und ein treues Volk; es wird auch über diese Zeit hinweg-

kommen, in der wir sagen können: Die Zukunft Deutschlands wird gesichert sein. Nur ein Friede, der Deutschlands Zukunft sichert ist ein deutscher Friede (Beifall bei den Nationalliberalen).

Abg. **Bauschbach** (rechtsf. Vg.):

In all den wirtschaftlichen Maßnahmen, wie sie der Krieg erforderte, sind Fehler gemacht worden. Sowohl die badische Regierung wie die Reichsregierung haben aber das beste Bestreben, die nötigen Maßnahmen und Verordnungen zu verbessern und die Rationierung der Lebensmittel und Bedarfsartikel nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle der Allgemeinheit durchzuführen.

Wenn wieder neue Steuerquellen gesucht werden, so möchte ich wünschen, daß alle die großen Kriegsgewinne, wie sie manche Geschäfte und gewisse Gesellschaften durch Munition und Kriegsbedarfsartikellieferung gemacht haben, zu höherem Prozentsatz zurückgehoben und die Männer, die für das Vaterland gekämpft und geblutet haben, bei der Besteuerung entgegenkommender behandelt werden.

In der Landwirtschaft fehlt es, wie in keinem anderen Beruf, an Arbeitskräften, und es ist nicht verständlich, daß man seitens der Behörde bei der Zuteilung von Kriegsgefangenen an die Landwirtschaft so sparsam ist. Ich denke, in dieser Richtung sollte etwas mehr geschehen. Es gibt viele Betriebe, wo die älteren Leute und die Kinder sich halb zu Tode arbeiten müssen, weil es an kräftiger Hilfe, an einem Kriegsgefangenen fehlt. Der Landwirtschaft sollte man besser entgegenkommen.

Es wird auch darüber geklagt, daß in manchen Dörfern der letzte Dorfschmied zu den Waffen gerufen wird. Das ist ein großer Mißstand für die Landwirtschaft. Mir wurde beispielsweise von Sulzbach und Obersefflenz gesagt, daß Pferde- und Kuhgespanne kein Beschlag mehr haben. Die Wagen seien verlottert; die Pflüge und Eggen und andere Ackergeräte könnten nicht mehr geschärft und repariert werden. Das ist eine große Hemmung für die Landwirtschaft. Die Militärverwaltung sollte bezüglich der Dorfschmiede mehr auf die Ortschaften Rücksicht nehmen.

Über die Kommunalverbände wird so viel geschimpft. Ich möchte sagen: Wenn die Kommunalverbände nicht wären, so wären wir in bezug auf die Verteilung der Lebensmittel geradezu in einer Kalamität, ich glaube, wir hätten dann schon die Hungersnot. Allgemein wirken die Kommunalverbände segensreich. Da und dort könnten sie vielleicht etwas besser sein, aber im großen und ganzen sind sie im Interesse der Allgemeinheit nur zu begrüßen. Auch unser Kommunalverband Mosbach wird von dem Herrn Amtsvorstand Geh. Reg.-Rat Mays vortrefflich geleitet, dessen Bestreben es ist, daß ja alles in Ordnung bleibt und daß eine richtig Rationierung stattfindet. Er hat veranlaßt, daß eine Milchzentrale und Molkereieinrichtung in Mosbach errichtet worden ist. Auch die sonstige Lebensmittelverteilung funktioniert im allgemeinen gut. Amtsvorstand, Bürgermeister und Kommunalverband arbeiten harmonisch Hand in Hand. Auch was die Volksaufklärung anbelangt, ist in Mosbach in dieser Richtung seitens der Herren Pfarrer, Professoren, Beamten und Lehrer alles geschehen, was geschehen konnte, besonders hat sich die Frau Landgerichtspräsident Gießler sehr verdient gemacht und in vielen

Orten bei Frauenversammlungen belehrende Vorträge gehalten.

Nicht zufrieden war man mit dem Gerstenmehl, das von der Zentrale Berlin dem Kommunalverband Mosbach zugeteilt wurde. Es stellte sich pro Sack auf 52 M. Das ist entschieden zu viel. Das Gerstenmehl kann auch beim Höchstpreis der Gerste höchstens auf 42 M. zu stehen kommen. Warum läßt man die Gerste nicht auch wie anderes Getreide in unseren badischen Mühlen mahlen?

Dem Landtage ist ein Schriftchen übergeben worden, das über die Zentraleinkaufsgesellschaft in Berlin berichtet und worin unter anderm gesagt ist, daß die Kriegsgesellschaften alle Gewinne und Geldüberschüsse in die allgemeine Staatskasse fließen lassen und daß keine Dividenden verteilt werden. Ich vermisse aber in dem Schriftchen Angaben darüber, was für Gehälter die einzelnen Beamten, Direktoren und Aufsichtsräte beziehen. Es kommt mir so vor, wie wenn die Herren, die an dem großzügigen Unternehmen beteiligt sind, solche hohe Gehälter beziehen, daß für die Dividenden überall nichts mehr übrig bleibt (Seiterkeit).

Betreffs der Preispolitik möchte ich noch sagen, daß gleich den Höchstpreisen für landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel auch für Industrieerzeugnisse und Handelswaren rechtzeitig Höchstpreise festgesetzt werden möchten.

Ich hatte die Mühlenkontrolle im Bezirk Mosbach auszuüben und habe ab und zu gefunden, daß mit den Mahlscheinen der Selbstversorger Verstöße vorkamen. Ich habe mich jederzeit bemüht, die Müller und die Landwirte aufzuklären und dahin zu bringen, daß solche Verstöße nicht mehr vorkommen. Zu Anfang sind Verstöße häufiger vorgekommen; in der letzten Zeit hat der Selbstversorger, auch der Müller sich der Notwendigkeit der Verordnung mehr gefügt. Man muß aber ab- und zugeben können. Oftmals ist das Getreide infolge fehlender Arbeitskräfte unsauber gepulvt, oftmals ist es mit Schmutz, mit Wicken, mit Unkrautsamen usw. behaftet. Oft ist es auch feucht. Unter dem zugeteilten Getreide von 9 kg pro Kopf und Monat versteht man doch nur gut gepulvtes Getreide. In neuester Zeit werden nur noch 6½ kg zugeteilt. Da muß sehr sparsam gewirtschaftet werden. Im allgemeinen aber sind die Verstöße in der neueren Zeit nur vereinzelt anzutreffen. Es ist nicht so, als ob der Bauer überall einen Vorteil haben wollte, er muß doch am längsten und härtesten arbeiten.

Was die Getreideentkeimung anlangt, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß sie auch in kleinen Mühlen durchgeführt werden könnte, allein auch hier fehlen die nötigen Arbeitskräfte. Die Entkeimung ist aber sehr minimal, sie beträgt zur Zeit 1 Prozent des Getreidegewichtes und es wird die Qualität der Kleie resp. des Gerbstaubes dadurch herabgesetzt. Heute morgen wurde gesagt, das Öl, das bei der Entkeimung gewonnen wird, wird in das Mehl gelangen, das ist nicht ganz richtig. Größtenteils bleibt es in der Kleie, denn die Keime vermahlen sich nicht ins Mehl. Bei dem hohen Ausbeutesatz von 94 Prozent gelangt gewiß auch ein Teil der Keime ins Mehl; im allgemeinen aber bleibt der Rest der Keime in der Kleie. Kleie gibt es überhaupt bei dieser hohen Mehlausbeute fast keine mehr; das ist eine große Kalamität, weil es künftig an Futter zur Schweinemast fehlen wird. Wie war es möglich, daß man sich bei den

Getreidevorräten so sehr verrechnet hat, und jetzt um bis zur nächsten Ernte durchzuhalten, zu solch hoher Mehlausbeute schreiten mußte? Hoffentlich wird bei der neuen Ernte diese Verordnung überflüssig.

Im vorigen Jahre hat die Gesellschaft für pflanzliche und tierische Fette in Berlin den Keps beschlagnahmt und zu bedeutend erhöhten Preisen wieder abgegeben. Es ist mir auch zu Ohren gekommen, daß in Mannheim ganz bedeutende Quantitäten Keps verschimmelt sind. Der Keps ist bei der Lagerung sehr empfindlich. Selbst wenn er dürr geerntet ist, besteht die Gefahr, daß er durch Gärung feucht wird, schimmelt; wenn er nicht jeden Tag pfleglich behandelt wird, geht viel zu Grunde. Das könnte aber vermieden werden, wenn der Keps bei den Erzeugern verbleibt und dieselben für Quantität und Qualität verantwortlich gemacht würden, bis er lagerreif ist.

Was das Buchellefen anlangt, so ist schon wiederholt ausgeführt worden, daß die Verordnung darüber nicht ganz richtig war. Es tut einem in der Seele weh, wenn man hört, wie viel Bucheln im Walde liegen geblieben sind, die der Allgemeinheit hätten nutzbar gemacht werden können. Es wäre viel mehr Öl, wenn man so sagen darf, in die Volksader zurückgeflossen, wenn man beim Sammeln der Bucheln mehr Freiheit gelassen hätte. Das Buchellefen ist eine mühsame, weil man auf dem Boden knien muß, ungesunde Arbeit. Man denke doch an die nasskalte Herbstwitterung. Für die Bucheln hätte ein erhöhter Preis, mindestens 50 Pf. für trockene Ware statt 30 Pf. bezahlt werden sollen, oder man hätte das Sammeln freigeben müssen, dann wäre ganz sicher mehr dieser vorzüglichen Ölfrucht gesammelt worden. Der Umstand, daß die abgelieferten Bucheln nur ein minimales Öl ergeben haben, ist ein Beweis dafür, daß Bucheln minderer Qualität resp. dürr und grüne Bucheln abgeliefert worden sind. Sonst hätte das Quantum ein größeres sein dürfen. (Der Präsident macht den Redner darauf aufmerksam, daß seine Redezeit zu Ende ist.) Nur noch ein Schlußwort! Es hat mich sehr gefreut, daß man jetzt daran denkt, auch das Hinterland mit elektrischer Energie zu versehen, und ich bin dem Herrn Minister sehr dankbar, daß er mir mitteilen konnte, daß noch in diesem Herbst das Elektrizitätswerk im Murgtal bei Forbach fertiggestellt wird. Es wird dann die Stromleitung gelegt: Wir dürfen also hoffen, daß auch das badische Hinterland im nächsten Winter mit elektrischer Kraft und Licht versorgt wird.

Abg. K o p f (Zentr.):

Der Herr Kollege Graf hat heute morgen bereits auf die Verordnung des Ministeriums vom 10. August 1916 über die Aufbringung des Schlachtviehs hingewiesen. Ich habe auf Grund meiner Berufsausübung verschiedentlich Gelegenheit gehabt, die unangenehmen Wirkungen dieser Verordnung ebenfalls kennen zu lernen. Sie besagt: „Beträgt der Gewichtsverlust beim Weiterverkauf gegenüber dem beim Ankauf festgestellten Lebendgewicht mehr als 12%, so kann der Weiterverkäufer von seinem Verkäufer denjenigen Teil des Kaufpreises zurückfordern, welcher dem 12% übersteigenden Gewichtsverlust entspricht“. Das ist eine Bestimmung, die in der Form, wie sie hier erlassen ist, zu ganz unerträglichen Zuständen geführt hat. Es fehlt hier jede Zeitbestimmung. Wir erleben die unangenehme Wirkung dieser Verordnung jetzt Tag für Tag. Eine ganze Anzahl Landwirte ist schon dieserhalb zu mir ge-

kommen. Da kommt die Landwirtschaftskammer, die die Vieheinkaufsstelle ist, nach etwa 2 bis 3 Wochen — meistens dauert es annähernd 3 Wochen, bis sie kommt — und sagt: Sie haben vor 14 oder 16 oder 18 Tagen ein Tier verkauft; das Gewicht wurde damals so und so festgestellt; nun hat sich hinterher ein Mindergewicht von mehr als 12% herausgestellt, demgemäß müssen Sie einen entsprechenden Betrag zurückzahlen oder es wird Ihnen, wenn nämlich der Kaufpreis noch nicht bezahlt ist, ein entsprechender Betrag abgezogen. Das wirkt direkt verbitternd. Wenn man eine solche Verordnung machen wollte, so müßte man eine kurze Frist bestimmen, innerhalb deren dieses Mindergewicht festgestellt werden muß, die nach meiner Meinung höchstens 1½ bis 2 Tage dauern darf; denn sobald sie länger dauert, sobald diese Gewichtsabnahme zu einer späteren Zeit erfolgt, kann sie durch Umstände herbeigeführt sein, für die natürlich der Käufer nicht verantwortlich gemacht werden kann. Wenn das Tier 3 bis 4 Tage nichts Rechtes mehr zu fressen bekommen hat, oder wenn es, ohne entsprechend gefüttert zu sein, beim Ziehen usw. geschunden worden ist, so wird dem Verkäufer etwas abgezogen, was ihm von Gottes- und Rechtswegen auf Grund des Kaufvertrages gebührt. Ich bin der Meinung, daß diese Verordnung am besten ganz aufgehoben würde, denn sie bringt eine Unsicherheit in den Verkehr, und zwar eine Unsicherheit zum Nachteil des Verkäufers. Man hat im Bürgerlichen Gesetzbuch mit Recht gerade für den Viehhandel kürzere Währungsfristen eingeführt, weil gerade auf diesem Gebiete spät hervortretende Gewährleistungsansprüche zu schweren Unzuträglichkeiten führen würden. Aus der gleichen Erwägung sollten Beanstandungen des festgestellten Gewichts nach der einmal erfolgten Abnahme der Tiere nicht zugelassen werden. Will man aber die Verordnung nicht aufheben, so möge man die Einräumung der Befugnis, nachträglich einen Abzug am vereinbarten Preis zu machen, wenigstens auf den Fall beschränken, daß der über 12 Prozent hinausgehende Gewichtsverlust sich innerhalb längstens 36 Stunden nach der Ablieferung des Tieres ergeben haben muß.

In zweiter Reihe wollte ich darauf hinweisen, daß nach meiner Kenntnis ein allgemeiner Erlaß an die Staatsanwaltschaften ergangen ist, des Inhalts, bei Übertretungen der Höchstpreisvorschriften möge man auf möglichst hohe Strafen hinwirken. Wie mir gesagt wurde, ist dieser Erlaß auf Grund einer Anregung des Ministeriums des Innern ergangen. Nach meiner Meinung ist er eine sehr bedauerliche Maßnahme. Jetzt, in einer Zeit, in der man von Überbürdungen der Beamten spricht, hervorggerufen durch den Umstand, daß so viele im Feld seien, wo man Mithilfe suchen muß, jetzt erleben wir es, daß die Staatsanwaltschaften in so und soviel Fällen, in denen die Schöffengerichte unter vernünftiger Würdigung aller Umstände des Falles mäßige Strafen ausgesprochen haben, Berufung wegen des Strafmaßes einlegen. Nichts wirkt gerade in einer Zeit wie der jetzigen verbitternder als das. Ich meine, in unserer ersten Zeit, wo ohnehin viel zu viel gestraft wird, hätte man Besseres zu tun als daß man die Staatsanwaltschaften nötigt, auf möglichst strenge Bestrafungen hinzuwirken und die kostbare Zeit der Landwirte durch Berufungen in Anspruch zu nehmen und sie durch übertriebene Strenge zu verärgern. Überhaupt sind die ganzen Höchstpreisbestimmungen, speziell jene beim Verkauf und Kauf von Vieh, ohnedies nicht haltbar. Sie haben, abgesehen von den zu strengen Mindeststrafen, den schweren Mangel, daß sie keinen Unterschied zwischen

Käufer und Verkäufer machen. Darauf ist, glaube ich, heute morgen vom Herrn Kollegen Ziegelmeier hingewiesen worden. Tatsächlich ist doch die Entwicklung so verlaufen, daß die „Höchstpreise“ die Mindestpreise geworden sind: Jeder, der ein Stück verkauft, gibt es anders her, als um den Höchstpreis. Wer eine alte, noch so geringwertige Kuh abzugeben hat, gibt sie nicht unter dem Höchstpreis her und er bekommt den Höchstpreis, weil das Fleisch rar ist. Der Landwirt, der ein junges, preiswertes Nutzvieh verkauft, kann es nun nicht verstehen, daß er dafür auch nicht mehr erhalten soll, als der andere mit seinem geringwertigen Tier. Das erregt natürlich Unzufriedenheit und bildet einen direkten Anreiz zur Überschreitung der Höchstpreise und unter diesem Gesichtspunkte verdienen manche Überschreitungen der Höchstpreise eine mildere Beurteilung. Immerhin ist es in Ordnung, daß der Verkäufer, der die nun einmal bestehenden Höchstpreise überschreitet, dafür gestraft wird.

Aber anders ist es beim Käufer. Ich habe Dutzende von Fällen erlebt, in denen man sagen mußte, der Käufer hat die Höchstpreise nur überschritten in einer Notlage. Der Bauer, der im Frühjahr ein Paar Zugochsen brauchte, hat fast überall die Erfahrung gemacht, daß er solche um den Höchstpreis nirgends bekommen kann. Mir sind Fälle bekannt geworden, wo einer 2 Tage herumgereist ist, um Ochsen zu kaufen, und sich überall vergeblich bemüht hat, solche um den Höchstpreis zu erhalten. Der Mann mußte aber absolut Zugtiere haben und zahlte schließlich mehr als den Höchstpreis. Da es herauskam, wurde er gestraft. Das verletzt das Rechtsempfinden des Volkes. Der Mann hat doch in einem unverschuldeten Notstand gehandelt.

Die Bekanntmachung vom 23. März 1916 müßte dahin abgeändert werden, daß man von einer Bestrafung des Käufers ganz absieht. Kein Käufer zahlt mehr, als er zahlen muß; schließlich sucht jeder die Ware so billig zu bekommen als nur möglich. Man wird doch nicht glauben, daß der Käufer die Schuld trage, wenn die Höchstpreise überschritten werden. Er überschreitet den Höchstpreis nur, weil er das Gewünschte nicht anders bekommt. Nach meiner Meinung dürfte er nur dann bestraft werden, wenn er, ohne in einer Notlage zu sein, als Anstifter in Betracht kommt. In der Form, welche die Vorschrift jetzt hat, erregt sie nur böses Blut und führt zu Ungerechtigkeiten.

Im Gegensatz zu dem vorhin besprochenen Erlaß, der die Staatsanwaltschaften anweisen will, auf mögliche Strenge zu dringen, möchte ich deshalb die Großh. Regierung bitten, bei G n a d e n g e s u c h e n und Fällen, in denen die Verletzung der Vorschriften in der Unvollkommenheit derselben ihre Erklärung findet, so milde als möglich zu sein (Sehr richtig!), namentlich aber in solchen Fällen, wo es sich um Käufer handelt, die in dem erwähnten Notstand gekauft haben, die Strafen in vollem Umfange im Gnadenwege nachzulassen. Das zu diesem Punkt.

Sinsichtlich der Kriegsgesellschaften und der Kohlenversorgung schließe ich mich dem, was der Herr Kollege Kolb ausgeführt hat, vollinhaltlich an. Eines näheren Eingehens hierauf muß ich mich enthalten, weil ich sonst die mir zugemessene Zeit überschreite.

Was das Obst betrifft, bin ich der Meinung, daß es sich überhaupt nicht zur Zentralisierung und zu derjenigen Art von Behandlung eignet, die man ihm hat angeheihen lassen. Dazu ist Obst eine viel zu rasch verderbliche Ware. Es ist tief bedauerlich, wie viel Obst,

namentlich Beerenobst im Laufe des vorigen Jahres zugrunde gegangen ist. Es soll zuerst an die Zentralstellen gelangen; dann soll es über das Land verteilt werden; manchmal fehlt die rasche Beförderung auf der Bahn oder es kommt ein Sonntag, vielleicht sogar ein zweiter Feiertag dazwischen. Da kann es nicht ausbleiben, daß Beeren- und Steinobst, sogar Birnen manchmal verdorben am Bestimmungsort ankommen. In Freiburg hat man im vorigen Jahre in einem Falle schadhafte gewordene Beeren dem Frauenverein zur Herstellung von Marmelade hingeworfen, trotz besser Willens hat aber nicht mehr alles gerettet werden können. Hätte man das Obst dem freien Verkehr überlassen, dann wäre es der Allgemeinheit ungeschmälert von Nutzen gewesen. Ich glaube, die badische Regierung würde sich das größte Verdienst um die Volksernährung erwerben, wenn sie die Zentralisierung der Obstverwertung unterlasse und das Obst dem freien Verkehr überlassen würde.

#### Abg. S e r b i t e r (natl.):

Der Herr Abg. S p a n g hat heute früh in seiner etwas temperamentvollen Art wegen der Lebensmittelversorgung u. a. gegen das Bürgermeisteramt Schönau Sturm gelaufen. Nun hat ja der Herr Minister schon das Nötige bemerkt. Es würde aber vielleicht in Schönau nicht verstanden werden, wenn ich als Vertreter des Bezirks zu den Angriffen des Herrn S p a n g auf den Herrn Bürgermeister Vogel — um diesen Herrn handelt es sich ja — schweigen würde.

Nach meiner Kenntnis der Verhältnisse sind die Klagen des Herrn Kollegen S p a n g durchaus unberechtigt und ungerecht. Ich bin vielmehr überzeugt, daß der größte Teil der Einwohnerschaft von Schönau dem Herrn Bürgermeister Vogel für seine rührige, erfolgreiche und gewissenhafte Tätigkeit auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung größten Dank und lebhafteste Anerkennung zollt (Sehr richtig!).

Die Klagen aus dem Bezirk Schönau bezüglich der Ablieferung von Heu an die Militärverwaltung sind auch mir zur Kenntnis gekommen. Der Bezirk Schönau ist von jeher dafür bekannt, daß er große Mengen von Heu einführen muß; es ist deshalb einigermassen erstaunlich, daß er dieses Jahr Heu an die Militärverwaltung abgeben mußte. Es mag dies mit den Geheimnissen der Statistik zusammenhängen. Die Erfahrungen, die man in den vergangenen Monaten in Schönau gemacht hat, werden hoffentlich dazu führen, daß die Fehler, die man jetzt gemacht hat, in Zukunft nicht wiederholt werden.

Aus dem Bezirk Schönau ist auch der Wunsch geäußert worden, daß die Waldarbeiter als Schwerstarbeiter betrachtet werden möchten, damit sie auch die entsprechende Zulage an Nahrungsmitteln bekommen. Ich brauche hier wohl kein Wort über die harte Arbeit der Waldarbeiter verlieren; ich glaube, wir alle gönnen ihnen die etwaige Zulage, die sie bekommen würden, von Herzen. Ich möchte also diesen Wunsch der Waldarbeiter der Großh. Regierung zur Kenntnisnahme weitergeben.

Ein weiterer Wunsch aus verschiedenen Gemeinden des großen und kleinen Wiesentales, wo die Heidelbeere in großen Mengen wächst, geht dahin, daß die Bevölkerung dieses Jahr Zucker zur Gastrunkbereitung zugewiesen erhalten möge. Der Herr Minister hat mir bereits eine wohlwollende Befürwortung dieses Wunsches

bei der Reichszuckerstelle zugesagt, dafür möchte ich ihm den Dank der beteiligten Gemeinden zum Ausdruck bringen.

Bezüglich der Lebensmittelversorgung der kleineren Städte mit Industriebevölkerung, in denen ja vielfach geklagt wird, möchte ich die Bitte des Herrn Kollegen Albieß um bessere Berücksichtigung dieser kleineren Städte lebhaft unterstützen.

Abg. **Bechtold** (Soz.):

Ich werde mich auf wenige Bemerkungen beschränken. An erster Stelle möchte ich die Eindrücke besprechen, die ich von der Aufnahme der Fleischzulage in der Bevölkerung gewonnen habe. Von verschiedenen Rednern in diesem hohen Hause habe ich gehört, diese Zulage habe in den Kreisen der Selbstversorger böses Blut gemacht; das wird darauf zurückgeführt, daß diese bei der ganzen Maßnahme ausgeschaltet worden sind. Ich kann nun nicht sagen, daß ich die Wahrnehmung gemacht hätte, diese Maßregel sei in meinem nächsten Kreise mit Unzufriedenheit aufgenommen worden. Ich muß schon sagen: wenn man eine richtige Beurteilung gewinnen will, dann muß man die ganze Sache ins Auge fassen. Tut man das aber, dann darf wohl gesagt werden, daß die Reichsregierung mit diesem Zusatz im richtigen Augenblicke vielleicht die größte nationale Tat vollbracht hat. Einerseits hat sie der Bevölkerung das Brot gekürzt und denjenigen, die unter den Umständen ohnedies schon schwer gelitten haben, hauptsächlich den Bewohnern der Großstädte und Industrieorte, dafür die Unterstützung von Fleisch gewährt. Andererseits sind aber auch die Landwirte entlastet worden, die durch den Futtermangel in eine üble Lage gebracht worden waren. Wenn ein Landwirt, sagen wir 10 Stück Vieh hatte, die zu ernähren ihm aber infolge des Futtermangels nicht möglich war, dann konnte er doch nur froh sein, wenn er zwei oder drei Stück davon abgenommen bekam, sodaß er nur noch 7 oder 8 durchzubringen hatte.

Ein zweiter Punkt, den ich besprechen möchte und der schon in verschiedenen Reden von Vorrednern zur Erörterung gelangte, betrifft unsere Versorgung mit Kohle und Holz. Wie es mit dieser steht, mag aus einer Mitteilung hervorgehen, die ich aus meinem Orte machen kann: dort sind wir so weit gekommen, daß die Bäcker vor die Frage gestellt sind, ob sie in der nächsten Woche überhaupt noch in der Lage sein werden, backen zu können. In dieser Frage nun habe ich zu der Großh. Regierung das Vertrauen, daß sie, soweit es ihr möglich ist, sorgt und dazu mithilft, daß Kohlen und Holz hauptsächlich an diejenigen Plätze kommt, wo es mit diesen Produkten am meisten mangelt, also in diejenigen Gegenden, in denen keine Waldungen sind.

Nicht einlassen werde ich mich auf diejenigen Fragen, bei denen es sich um den Gegensatz zwischen denjenigen Landwirten handelt, die frühzeitig aus Pflichtgefühl ihr Getreide abgeliefert haben und denjenigen, die etwas zurückgehalten haben, weil sie sich der Sorge hingaben, es könne eine Zeit kommen, wo es ihnen mangelt. Auf diesen Gegensatz will ich gar nicht weiter eingehen; mir ist die Hauptsache, daß alle abgeliefert haben. In diesem Zusammenhang ist eine Aeußerung gefallen, die sich im Land verbreitet hat, bei der Ablieferung aus dem Gute Salem sei es nicht mit rechten Dingen zugegangen. Auch hier sage ich: Hauptsache ist und bleibt, daß die Leute abgeliefert haben.

Dann sind vielfach die Gegensätze zwischen Stadt und Land stark betont worden. Es wurde gesagt, die Eierproduzenten auf dem Land haben ihre Aufgabe erfüllt, in der Stadt weniger; ich will mich auch darüber nicht weiter verbreiten, nur einen Gedanken möchte ich aussprechen, zur Beruhigung für solche Fälle, wo die Gegensätzlichkeit zwischen Stadt- und Landbevölkerung zu unerquicklich ist. Ich glaube nämlich, daß beide Seiten sich ganz falschen Vorstellungen hingeben. Der Landbewohner ist immer geneigt, den Bewohner der Stadt als großen Faulenzen zu betrachten, als den Begehrlichen, der nichts arbeiten will usw.; der städtische Einwohner dagegen, wenigstens gilt dies für die Mehrheit der Städter, sieht im Landwirt nur den großen Esser. Beides trifft nicht zu. Ich bin der Meinung, die Angehörigen der beiden großen Gruppen sollten sich bemühen, sich endlich zu verstehen: das würde sicherlich beiden Teilen zum Vorteil gereichen. Unterbleiben aber sollte alles, was die Gegensätzlichkeit unterstützt und noch verschärft.

Was nun die Frage der Kriegsziele und des Krieges betrifft, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir so bald als möglich den Frieden bekommen sollen und wollen; nur denke ich dabei selbstverständlich ausschließlich an einen ehrenhaften, ehrenvollen Frieden, an einen der uns Vorteil bringt und unseren Bestand nicht schmälert.

Im übrigen möchte ich wünschen, daß, wenn dieses große Ringen vorüber ist, die nachfolgenden Generationen der Menschheit von dieser furchtbaren Geißel verschont bleiben möchten, wie sie jetzt in diesen Kriegsjahren über der Menschheit geschwungen wird.

Zum Schluß möchte ich noch unterstreichen, was mein Parteifreund Kahn im Interesse der Tabakarbeiter vorgetragen hat. Es stehen Verhandlungen in dieser Industrie bevor. Ich möchte lebhaft wünschen, daß, wenn die Verhandlungen zu einem friedlichen Abschluß gelangen dieser für die Arbeiter vorteilhaft ausfallen möge. Trotzdem im allgemeinen Kritik an den Maßnahmen der Regierung geübt worden ist, will ich zum Schluß nicht verabsäumen, der Großh. Regierung mein Vertrauen und meine Anerkennung für ihre Tätigkeit auszusprechen. Dieses Vertrauen läßt mich auch den zukünftigen Maßnahmen ruhig entgegensehen. Hauptsache ist und bleibt für uns, daß wir in der Zeit, in der wir leben, Geduld bewahren, damit diese Zeit für uns gut verläuft, daß wir durchhalten bis zum Schluß. Alles übrige wird sich dann schon geben. Selbstverständlich bin ich auch der Meinung, die deutsche Nation müsse eben die Kraft haben, und Manns genug sein, alle Angelegenheiten innerhalb des Vaterlandes selbst zu regeln.

Abg. **Müller-Weinheim** (natl.):

Nach der Liste des Herrn Präsidenten wäre ich als zweiter Redner in dieser Debatte zu Wort gekommen. Allein ich konnte nicht hier sein; ich hatte die Verpflichtung, den badischen landwirtschaftlichen Verein zu vertreten, da der erste Präsident desselben Herr Geh. Rat Salzer, verhindert war, den Verhandlungen der verschiedenen landwirtschaftlichen Verbände, der Molkereiverbände, des Genossenschaftsverbandes und des Verbandes landwirtschaftlicher Kreditgenossenschaften anzuwohnen. Ich will auf das, was ich eigentlich in dieser Debatte sagen wollte, nicht näher eingehen. In der Budgetkommission hatte ich Gelegenheit, meine Meinung auszusprechen und nachdem ich heute früh gehört habe, daß alles, was ich sagen wollte nicht etwa nur einmal, sondern mehrmals

in ausgiebiger Weise behandelt worden ist, kann ich mich kurz dahin fassen: Es freut mich ungemein, sagen zu können, daß — wenn auch Meinungsverschiedenheiten zutage getreten sind — doch alle Redner in einem einig waren und in diesem einen übereinstimmten; sie alle haben die Wichtigkeit der badischen Landwirtschaft anerkannt und haben ausgesprochen, daß diese in den drei Kriegsjahren ganz Hervorragendes geleistet hat.

In den Tagungen unserer badischen Landwirtschaftsverbände hat ein ausgezeichnete Geist geherrscht. Aus allen Reden, ob sie von den Referenten oder aus den Reihen der Genossenschaftler gehalten worden sind, hat ein hochpatriotischer Geist, ein tiefpatriotisches Empfinden herausgeklungen. Kaum ein Wort des Anmutes ist gefallen. Ich glaube daher im Namen dieser Tausende von Genossenschaftlern und im Namen von Tausenden von badischen Landwirten hier vor dem ganzen Lande erklären zu dürfen, daß unsere badische Landwirtschaft auch fernerhin an ihrem Teile mit ganzer Kraft mitwirken und dafür eintreten wird, daß der heimische Acker rechtzeitig und restlos bestellt wird, damit eine reichliche Ernte erzielt und diese der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden kann, damit Heer und Volk durchhalten kann bis zu einem vollen Siege, bis zu einem Siege, der uns einen richtigen Frieden, einen günstigen Frieden, einen deutschen Frieden bringt, einen Frieden, der uns die Gewähr bietet für eine glückliche Entwicklung aller Landes-teile und Erwerbszweige, einen Frieden, der die Zukunft unseres Volkes nach menschlicher Voraussicht sicherstellt (Beifall bei den Rationalliberalen).

Abg. *M a j j a* (fortsch. Sp.):

Ich hatte nicht mehr die Absicht, das Wort zu ergreifen. Nachdem aber der Herr Abg. *S e r t l e* heute Morgen einem Teil der städtischen Bevölkerung den Vorwurf gemacht hat, als ob sie nicht ebenso bereitwillig die Opfer auf sich nähme wie die ländliche, möchte ich doch diese Bemerkung nicht unwidersprochen ins Land hinausgehen lassen. Er hat gesagt, daß die städtischen Geflügelhalter die Eier nicht so bereitwillig abgeliefert hätten, wie die ländlichen. Er müßte aber wissen, daß die Hühnerhaltung in der Stadt eine viel schwierigere ist als draußen auf dem Lande. In der Stadt müssen die Hühner auf engem Raume zusammengepfercht, auf hartem Boden, auf dem sie kein Futter finden, gehalten werden. Die städtischen Geflügelhalter sind lediglich auf das wenige Futter angewiesen, das sie vom Kommunalverband geliefert bekommen, das häufig nur dazu ausreicht, die Hühner durchzuhalten, aber keinen Anreiz zum Eierlegen bietet. Anders sind die Verhältnisse auf dem Lande draußen, wo die Hühner einen mehr oder weniger großen Auslauf haben, wo die Geflügelhalter auch zweifellos mehr Futter zur Verfügung haben, so daß man einen Vergleich zwischen Geflügelhaltern in der Stadt und auf dem Lande nicht in der Weise ziehen darf, als ob nun beide Geflügelhalter unter allen Umständen in der Lage wären, dieselbe Anzahl Eier abzuliefern. In den Bestimmungen über die Eierablieferung sind diese Verhältnisse allerdings nicht berücksichtigt. In der Kommission ist darüber gesprochen worden, und die Grob. Regierung hat erklärt, daß man hier nachsichtig sein wolle; die Kommunalverbände seien berechtigt, unter Umständen, wenn es absolut nicht möglich ist, von den städtischen Geflügelhaltern die festgesetzte Anzahl Eier zu bekommen, Nachsicht zu üben. Ich meine aber, damit handelt man nicht im Interesse der städtischen Geflügelhalter. Sie verlangen keine

Nachsicht sondern eine richtige Einschätzung der wahren Sachlage. Man möge einen Nachtrag zu den Bestimmungen herausgeben, damit die Verhältnisse in der Verordnung berücksichtigt werden und damit es nicht immer wieder vorkommen kann — es ist jetzt schon zum dritten Mal geschehen — daß Teilen der städtischen Bevölkerung der Vorwurf gemacht werden kann, als ob sie nicht ebenso opferwillig den Verordnungen nachkämen, die von der Regierung erlassen werden.

Abg. *S t o r f* (natl.):

Von verschiedenen Landwirten meines Bezirks, die keine Schweinezucht treiben, ist wiederholt Klage darüber geführt worden, daß die Ferkelpreise immerwährend zu hoch seien, und ich wurde ersucht, darauf hinzuwirken, daß Höchstpreise für Ferkel festgesetzt würden. Nun ist mir wohlbekannt, daß in maßgebenden Kreisen die Ansicht vorherrschend ist, daß sich die Jungschweinepreise in der Regel von selbst regulieren, daß sie, nachdem sie eine gewisse Zeit lang hohe waren, später wieder von selbst sinken. Zur Zeit ist nun wieder ein Höchstpunkt erreicht, und es ist zu befürchten, daß die Preise noch höher steigen werden, und es erscheint fraglich, ob die Landwirte sich in genügendem Maße mit jungen Schweinen versorgen, wenn sie sehen, daß sie ein solches Schwein, das zur Zeit 40, 50 oder sogar 60 M. kostet, etwa 3 Monate füttern müssen, bis es vielleicht einen Schlachtpreis von 60 bis 70 M. erreicht, wenn sie es also sozusagen etwa 3 Monate umsonst füttern sollen. Ich möchte doch ersuchen, noch einmal zu prüfen, ob es nicht möglich wäre, auch in dieser Beziehung durch Höchstpreisfestsetzungen einzuschreiten.

Mein Parteifreund *G ö h r i n g* hat die Frage der *W e i n h ö c h s t p r e i s e f e s t s e t z u n g* berührt. Seinen Ausführungen möchte ich mich nur anschließen. Ich kann selbst versichern, daß in denjenigen Rebgemeinden, welche ausschließlich auf Weinverkauf angewiesen sind, die Winzer infolge der zwei schlechten Herbstes der letzten Jahre in einer sehr mißlichen Lage sind. Viele unter ihnen sind nicht imstande, ihre Zinsen zu bezahlen, und da ist es doch notwendig, sofern Höchstpreise für den Wein festgesetzt werden, daß man diese Höchstpreise so festsetzt, daß der Winzer noch bestehen kann. Es dürfte sich viel mehr empfehlen, dafür zu sorgen, daß die Weine, wenn sie den Keller des Winzers verlassen haben, was in der Regel sofort nach dem Herbst geschieht, keinen ungerechten Preistreibern mehr unterliegen.

Von verschiedenen Rednern des Hauses ist auch die Frage der weiteren Abgabe von Brennkesseln berührt worden. Ich kann mich auch diesen Rednern anschließen. Auch in meinem Bezirk liegen die gleichen bereits vorgebrachten Gründe vor, welche es nötig machen, daß man die Brennkessel zum größten Teil, soweit sie noch vorhanden sind, den betreffenden Besitzern beläßt, denn es ist notwendig, daß sie die ihnen zufallenden Stoffe auch weiterhin noch verarbeiten können und nicht verderben lassen.

An der Tätigkeit verschiedener Kommunalverbände wurde in diesem Hause zumteil scharfe Kritik geübt. Demgegenüber darf ich wohl feststellen, daß es doch auch Kommunalverbände gibt, die so geleitet sind, daß ein gegenseitiges Einverständnis und Verständnis vorhanden ist. Wir haben z. B. im Kommunalverbandsbezirk Freiburg-Land als Vorsitzenden auch den Herrn Amtsvorstand. Aber der geschäftsführende Ausschuß hat einen Kaufmann als Geschäftsleiter bestellt und der be-

forgt die Geschäfte sehr zufriedenstellend; er und seine Gehilfen verstehen es, mit denjenigen Teilen der Landbevölkerung, die auf das Geschäftszimmer des Kommunalverbandes kommen, zu verkehren. Bei gutem Willen und gegenseitigem Verständnis wird es wohl möglich sein, dies so auch weiter zu führen. Ich halte das für sehr notwendig, denn, wie wir ja schon hörten, haben wir die Aussicht, diese Einrichtungen auch nach dem Kriege noch einige Zeit beibehalten zu müssen, und da ist es doch notwendig, daß beide Teile, die Geschäftsführung des Kommunalverbandes und die Bevölkerung, sich zu verständigen suchen, und bei gutem Willen wird dies auch möglich sein.

**Minister des Innern Dr. Freiherr von und zu Bodman:**

Der Herr Abg. Schirmmeister hat gefragt, ob das Urania grün auf Raupen anwendbar sei. Ich kann darauf antworten, daß dieses Mittel ein Spritzmittel ist, welches bei der Bekämpfung der Gespinnstmotte nicht viel ausrichtet, weil eben das Gespinnst die Raupe schützt. Außerdem ist das Mittel giftig und kann deshalb nur mit Vorsicht angewendet werden. Es empfiehlt sich wohl, bei den alten Methoden zu bleiben, nämlich beim Zerdrücken und beim Abschneiden der Raupennester. Wegen der Raupen in den Bezirken Achern und Bühl ist das Nötige veranlaßt.

Was die Regelung der Obst- und Gemüseversorgung betrifft, so ist hierfür zunächst eine Verordnung des Reichskanzlers vom 3. April 1917 maßgebend, welche die Angelegenheit für das ganze Reich regelt und welche vor allem bestimmt, daß Verträge über die Lieferung von Obst und Gemüse schriftlich geschlossen werden müssen, wobei aber briefliche Erklärungen genügen, daß dazu die Genehmigung der Reichsstelle erforderlich ist, daß die Reichsstelle in die Verträge eintreten kann, daß sie auch in genehmigte Verträge oder in abgetretene Verträge eintreten und die nun vertauschen kann, so daß andere Bezirke in die Verträge eintreten. Ferner kann die Reichsstelle Erzeugerhöchstpreise festsetzen; sie kann ihre Befugnisse auf eine Landesstelle übertragen, und das ist im wesentlichen für Baden geschehen. Es besteht eine solche Landesstelle für Gemüse und eine solche für Obst, beide beim Statistischen Landesamt, mit Geschäftsstellen, die erste beim Städteeinkauf und die zweite bei der Landwirtschaftskammer. Nur die Bestimmung der Höchstpreise ist Sache der Reichsstelle. Die Reichsstelle gibt Richtpreise aus, von denen dann die Landesstelle nur um 10 %, sei es nach oben oder nach unten abweichen kann. Wir sind also einerseits durch die Bestimmungen der Reichsverordnung gebunden. Wir sind aber andererseits durch diese Bestimmungen auch geschützt, indem im wesentlichen im Reich nun einheitliche Preise bestehen werden und damit der Anreiz der Ausfuhr von Obst aus unserem Lande in Gegenden, wo entweder keine oder höhere Höchstpreise bestehen, wesentlich gemindert ist, weshalb auch ein Ausfuhrverbot nicht mehr nötig sein wird. Wir sind aber andererseits ganz frei in der Ordnung unserer Angelegenheiten; sie ist im wesentlichen in unsere Hand gegeben.

Es ist nun folgende Regelung für das Obst in Aussicht genommen. Der Handel mit Beerenobst soll freigegeben werden, d. h. der Handel soll befugt sein, dieses Geschäft zu besorgen; er untersteht nur gewissen Kontrollmaßnahmen, er muß bei gewissen Versendungen Rapiere haben, die von der Obstversorgung ausgestellt oder

abgestempelt sind. Dagegen ist der Versand von Stein- und Kernobst in die Hand der Geschäftsstelle gegeben mit folgenden Maßgaben: Der Versand von Stein- und Kernobst unmittelbar vom Erzeuger an den Verbraucher ist innerhalb des Amtsbezirks ganz frei, soweit er nicht durch die Eisenbahn oder mit Schiff stattfindet. Findet er durch die Eisenbahn oder mit Schiff statt, so muß ein Frachtbrief oder eine Expresgutkarte benutzt werden, die von der Obstversorgung abgestempelt ist. Dabei ist es aber nicht nötig, die Erlaubnis von der Obstversorgung selber einzuholen, sondern es handelt sich um Funktionen entweder von Vertrauensmännern, die draußen sind, oder der Bürgermeister. Diese Frage ist noch nicht entschieden. Der Versand von Stein- und Kernobst vom Erzeuger an den Verbraucher über einen Amtsbezirk hinaus oder nach außerbadischen Orten ist bis zu einer Höchstgrenze von 25 Kilogramm, also bis zu den 50 Pfund, die der Herr Abg. Röckel gewünscht hat, nur an die Bestimmung gebunden, daß ein Beförderungsschein von der Obstversorgung oder ihrem Beauftragten ausgestellt sein muß, und wenn der Versand mit der Eisenbahn oder mit Schiff erfolgt, ist ein gestempelter Frachtbrief vorzulegen. Es sind also im wesentlichen nur Kontrollmaßnahmen, die hier stattfinden. Die Sache ist so vorbereitet, daß man erwarten darf, es werde die Obstversorgung, wie wir sie jetzt eingerichtet haben, nicht wieder in die Fehler zurückfallen, die wir voriges Jahr zu beklagen hatten. Wir dürfen uns der Hoffnung hingeben, daß das Kinderkrankheiten waren, die nunmehr überstanden sind.

Was die Höchstpreise betrifft, so sind sie in einer Sitzung des Beirats der Badischen Obstversorgung festgesetzt worden. In dieser Sitzung haben Erzeuger und Verbraucher sowie Sachverständige des Groß- und Kleinhandels und der badischen Landwirtschaftskammer teilgenommen. Diese Höchstpreise sind Erzeugerpreise. Wenn der Großhandel das Obst erworben hat und weiter gibt, so kann er einen Zuschlag von 20 % erheben. Der Kleinhandel kann seinerseits ebenfalls einen Zuschlag von 20 % erheben. Der Verbraucherpreis stellt sich also 40 % über diesem Erzeugerpreis.

Nun sind diese Erzeugerpreise folgende: Erdbeeren — das sind Gartenerdbeeren — 50 Pf. für das Pfund. Der Reichsrichtpreis ist 55 Pf., Muserdbeeren 30 Pf. Für Walderdbeeren bestand voriges Jahr kein Höchstpreis, weil man davon ausging, daß an den Walderdbeeren gerade die kleinen und armen Leute sehr viel Geld verdienen können, aber auch sehr viel Arbeit darauf verwenden müssen. Walderdbeeren haben einen Höchstpreis von 1,20 Mark, Johannisbeeren 25 Pf., Stachelbeeren 25 Pf., Himbeeren 50 Pf., Heidelbeeren 35 Pf., Preiselbeeren 40 Pf., Kirschen, großfrüchtige Versandware, 30 Pf.; diese kommen also beim Verbraucher auf 42 Pf., Kirschen, weiche, kleine und Brennirschen 20 Pf., sie kommen also beim Verbraucher auf 28 Pf. Bekanntlich hatten wir im Vorjahre einen Verbraucherpreis von 25 Pf., allseitig ist damals geklagt worden, daß diese Kirchenpreise zu niedrig seien und daß sie die Kirschen vom Markt vertrieben hätten. Es kommen dann noch die Reineclauden, die Pflaumen und Frühzwetschgen. Die großfrüchtigen Pflaumen und Frühzwetschgen sollen einen Erzeugerpreis von 25 Pf. haben, die kleinfrüchtigen Pflaumen und Brenn-pflaumen von 15 Pf., Mirabellen 35 Pf. und die späten Zwetschgen 15 Pf.

Diese Preise sind hoch, sie sind durchweg höher, zum Teil erheblich höher als die Preise, die wir im vorigen Jahre hatten. Aber es war einer der Gründe, warum wir vori-

ges Jahr schlimme Erfahrungen gemacht haben, daß die Preise im Vorjahre nieder bemessen waren, und so ist zu hoffen, daß wir durch die jetzige Einrichtung in Verbindung mit diesen Preisen nunmehr in diesem Jahre gut mit Obst versorgt werden.

Ich darf daran erinnern, wenn etwa diese Preise beanstandet werden sollten, daß unsere Milchversorgung und Eierversorgung doch nur dadurch zu einem einigermaßen befriedigenden Ergebnis geführt hat, die Eierversorgung sogar bis jetzt zu einem recht befriedigenden Ergebnis, daß wir gleichzeitig mit dieser Regelung eine namhafte Erhöhung der Preise haben eintreten lassen. Das ist eine Rechtfertigung der Anreizpolitik, die der Herr Abg. Strobel in seinen Ausführungen glaubte abweisen zu sollen. Bei den großen Schwierigkeiten, die der Landwirt in der Erzeugung hat, bei den großen Kosten, die er für seine Lebensbedürfnisse aufzuwenden hat, ist es meines Erachtens nicht anders möglich, eine befriedigende Regelung herbeizuführen, als indem man auch erhöhte Preise bewilligt. Ich wiederhole aber, daß diese Preise unter Mitwirkung auch der Vertreter der Verbraucher zustande gekommen sind.

Der Herr Abg. Strobel hat von den Zuständen auf dem Spargelmarkt in Schwellingen gesprochen. Es dürfte aber vielleicht Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein, daß wir gleich in den ersten Tagen, nachdem die Klagen in der Presse hervorgetreten waren, einen besonderen Beauftragten des Landespreisesamtes, einen Kaufmann nach Schwellingen geschickt haben, der auch dort Ordnung geschaffen hat. Seitdem haben wir ja befriedigende Verhältnisse.

Von verschiedenen Herren sind sehr eindringliche Wünsche nach Beurlaubung von Mannschaften geäußert worden, und es ist ja sehr begreiflich, daß man bei dem Mangel an Arbeitskräften und bei der außerordentlichen Wichtigkeit der landwirtschaftlichen Arbeit solche Wünsche in dringlicher Weise äußert. Wenn aber verlangt wurde, es sollte ein Teil der Mannschaften über den ganzen Sommer zum Zwecke der Bestellung der Felder beurlaubt werden, und wenn gar verlangt wurde, daß von der Front weg die Leute in größerem Umfange beurlaubt werden sollten, so stehen dem eben doch die unmittelbaren Erfordernisse des Krieges entgegen. Ich kann mir nicht denken, daß jetzt, wo die Kämpfe an unserer Westfront den Höhepunkt erreicht haben, ein sehr viel höherer Prozentsatz von Beurlaubungen für die Frontsoldaten sollte bewilligt werden können. Und was die Leute in der Etappe usw. betrifft, so habe ich ja gestern schon das Nötige ausgeführt. Immerhin ist sowohl das Stellvertretende Generalkommando, als auch das Kriegsministerium durchaus bereit und bemüht, den Wünschen hinsichtlich der Beurlaubung nach Möglichkeit zu entsprechen. Das Stellvertretende Generalkommando hat bei den seinem Befehl unterstehenden Truppen ja auch sehr umfangreiche Beurlaubungen für die Frühjahrbestellungen eintreten lassen und hat daselbe für die weiteren dringlichen Feldgeschäfte zugesagt. Daß diese Urlaubsgesuche von den Bezirksämtern mit aller möglichen Beschleunigung behandelt werden sollen, das ist den Behörden wiederholt eingeschärft worden. Wenn es da und dort an der Beschleunigung zu fehlen scheint, so liegt das nicht immer an den Bezirksämtern, sondern es liegt vielfach daran, daß eben bis die Gesuche den Truppenteil erreichen, bis sie dort ihre Erledigung finden und bis der betreffende Mann nach der Reihenfolge, die dort für die Beurlaubungen festgesetzt ist, daran kommt, eine län-

gere Zeit verstreicht. Soweit aber bei den Bezirksämtern Verzögerungen eintreten, ist das eben zu erklären, wenn nicht zu entschuldigen durch die große Geschäftslast, die den Bezirksämtern auferlegt ist.

Was die Beurlaubung der Schmiede betrifft, so hat das Kriegsministerium ausdrücklich unter denjenigen Berufsarten, die bei Beurlaubungen im Interesse der Landwirtschaft vorzugsweise zu berücksichtigen sind, auch die Schmiede genannt, und es soll deshalb auch derartigen Urlaubsge suchen nach Möglichkeit entsprochen werden. Aber soviel, glaube ich, wird man nicht erreichen und auch nicht verlangen können, daß nun in jeder Gemeinde ein Schmied zur Verfügung steht. Es wird eben, namentlich wenn es sich um kleinere Orte handelt, auch ein Schmied für mehrere Gemeinden die Arbeit zu übernehmen haben; es wird der Schmied eines benachbarten Ortes aufgesucht werden müssen. Das sind Schwierigkeiten, wie sie der Krieg mit Notwendigkeit mit sich bringt.

Was den Arbeiterschutz betrifft, so habe ich ja auch schon gestern anerkannt, daß hier ein gewisser Raubbau stattfindet, und es ist die Aufmerksamkeit des Gewerbeaufsichtsamtes durchaus auf diesen Gegenstand gerichtet. Das Gewerbeaufsichtsamte ist sich seiner Verpflichtungen in dieser Beziehung sehr wohl bewußt, und wir hoffen nun, noch weitere Arbeitskräfte durch Reklamation vom Militär zu bekommen, welche die Arbeit der Beaufsichtigung erleichtern sollen.

Ich darf im Hinblick auf die vielen Klagen über die Gewinne der Kriegsgesellschaften und die Andeutungen, daß man sich nicht an die Großen heranwage, doch noch an einen Vorgang erinnern. Ich habe vergessen, es gestern mit zu erwähnen, daß die Bestrafung eines Schuhwarenhändlers in Mannheim mit 120 000 M. erfolgt ist, weil er sich nicht an die Vorschriften gehalten, weil er unangemessene Preise gefordert hat. Auch andere Fälle sind ja aus der Presse bekannt, in denen sehr erhebliche Strafen erkannt worden sind. Unser Landespreisesamt macht nicht Halt vor den Großen, soweit sie in unserem Machtbereich sich befinden, sondern geht allen Verfehlungen nach, die feststellbar sind, und hat auch Verfehlungen außerhalb unseres Landes, und darunter auch sehr erhebliche Vorgänge, zur Kenntnis der auswärtigen Behörden gebracht.

Befürchtungen wurden wegen des Frühdrusches geäußert, einmal, daß den Leuten nicht das zur Saat und zur Selbstversorgung nötige Getreide gelassen werden möchte. Es ist selbstverständlich, daß ihnen dies Getreide belassen werden muß. Ferner wurde befürchtet, daß das Getreide zu früh der Vermahlung zugeführt werde und daß dann auch die Keimfähigkeit des Saatguts leide. Es ist bekannt, daß das Getreide einen gewissen Schwitz- oder Gärungsprozeß durchmachen soll. Wenn man gleichwohl auf einen Frühdruck drängt, so ist das eben die Not der Zeit. Wir müssen, da unsere Vorräte an Getreide so knapp sind, das Bedürfnis, daß dem Volke neues Mehl zugeführt werde, daß für seine Ernährung gesorgt wird, allen anderen voranstellen und müssen die wohlbekannten Nachteile, die damit verbunden sind, in Kauf nehmen. Was aber das Saatgut betrifft, so kann man dasjenige Getreide, welches man als Saatgut benützen will, einem späteren Drusch vorbehalten. Der Landwirt kann das selbst tun, so daß die Gefahr des Verlustes der Keimfähigkeit hier nicht besteht.

Dem Herrn Abg. Graf wäre ich dankbar, wenn er mir sagen würde, bei welchen Grundbesitzern man das Ge-

treide oder andere Lebensmittel, die ablieferungspflichtig waren, nicht abgenommen hat. Es ist das selbstverständlich nicht der Wille der Groß. Regierung, daß ein Unterschied zwischen kleineren, mittleren und Großgrundbesitzern gemacht wird, sondern es muß jeder seine Bürgerpflicht erfüllen.

Was den Grünkern betrifft, so ist uns allerdings, und zwar erst jetzt, die Absicht kundgegeben worden, die Bereitung von Grünkern zu verbieten. Wir haben darauf nach einer Nachfrage in den davon betroffenen Bezirken eine sehr entschiedene Drahtäußerung nach Berlin gesandt, in welcher wir dringend bitten, im Interesse unserer Landwirtschaft von der beabsichtigten Maßnahme abzusehen. Die Belieferung der Industrie mit Grünkern hat schon im Frieden stattgefunden; es handelt sich nur um eine Fortsetzung der früheren Übung. Die Industrie verarbeitet ja den Grünkern zu Suppen- und anderen Speiseartikeln. Ich will aber sehr gern in eine nochmalige Prüfung darüber eintreten, ob es sich nicht empfiehlt, diese Überweisung an die Industrie zu kürzen oder vielleicht zu unterlassen und den Grünkern unmittelbar den Verbrauchern zuzuführen.

Begen der Kartoffeln ist von dem Herrn Abg. Odenwald der Wunsch geäußert worden, daß man doch den Städten die Möglichkeit eröffnen sollte, sich zunächst aus ihrer Umgebung selber einzudecken, also gewissermaßen ein Bezugscheinverfahren, aber nicht zugunsten des Einzelnen, sondern zugunsten der Städte. Wir denken in der Tat an eine derartige Einrichtung. Wir denken daran, daß man den Städten gewisse Bezugsgebiete eröffnet, aus denen sie sich zunächst mit Kartoffeln versorgen können, natürlich auf Grund eines allgemeinen Planes und unter Aufrechnung der Bezüge auf ihren Bedarf. Wir werden überhaupt die ganze Frage der Kartoffelversorgung nach Abschluß dieses Landtags oder etwas später, wenn man einigermaßen übersehen kann, wie sich voraussichtlich die Ernte gestalten wird, zum Gegenstand einer Besprechung mit den Beteiligten, mit Sachverständigen, Städtevertretern usw. machen und dabei im wesentlichen die Grundsätze zur Richtschnur nehmen, über die wir uns ja hier bereits ausgesprochen und verständigt haben.

Es ist die Befürchtung geäußert worden, daß alle kleinen Mühlen geschlossen werden sollen. Das ist meines Wissens nicht beabsichtigt, aber es ist beabsichtigt, diejenigen Mühlen zu schließen, die in erheblicher Weise die Vorschriften übertreten und die dadurch dazu beigetragen haben, daß sogen. beschlagnahmefreies Mehl immer wieder in den Handel gekommen ist und damit die Versorgungsregelung fortwährend umgangen oder doch sehr erheblich erschwert haben. Leider ist die Zahl der Mühlen, die in dieser Beziehung bei der Revision durch die Beauftragten der Reichsgetreidestelle beanstandet wurden, eine sehr erhebliche, und es wird also allerdings mit der Schließung einer größeren Zahl von Mühlen zu rechnen sein.

Was die Aufhebung des § 13 der Straßenpolizeiordnung (Beleuchtung der Fuhrwerke) betrifft, die der Herr Abg. Neß angeregt hat, so ist diese Angelegenheit bereits früher Gegenstand einer Prüfung gewesen. Es hat sich damals die technische Behörde entschieden dagegen ausgesprochen wegen der Gefahr der Unglücksfälle, die dadurch entstehen würden (Sehr richtig! im Zentrum). Es ist aber ohne weiteres zuzugeben, daß die Sachlage jetzt eine andere geworden ist, natürlich nicht bezüglich der Unglücksfälle, aber bezüglich der Be-

leuchtung. Die Schwierigkeit der Beleuchtung der Fuhrwerke hat sich sehr vermehrt. Ich werde deshalb in eine erneute Prüfung eintreten. Ich werde mich auch darüber verlässigen, wie es sich damit verhält, daß in gewissen preussischen Provinzen oder Regierungsbezirken die Vorschriften nicht mehr bestehen soll.

Nun darf ich bitten, daß Herr Geh. Oberregierungsrat Schneider noch einige Punkte erörtert. Außerdem wird Herr Amtmann Dr. Fecht mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten sich über einen Punkt, nämlich über die Behandlung der Presse bei amtlichen Bekanntmachungen aussprechen.

Geh. Oberregierungsrat Dr. Schneider:

Der Herr Abg. Vansbach hat den Preis des Gerstenmehls beanstandet und dabei der Vermutung Ausdruck gegeben, daß vielleicht durch die hohe Bezahlung der Geschäftsführer der Reichsgetreidestelle so große Zuschläge zu dem Preise der Gerste erforderlich geworden sind. Demgegenüber möchte ich dem Hohen Hause mitteilen, daß die allgemeinen Geschäftskosten der Reichsgetreidestelle, auf einen Zentner Brotgetreide umgelegt, noch nicht 5 Pfg. ausmachen. Die Bezahlung der Beamten, die in der Reichsgetreidestelle tätig sind, vollzieht sich in der Weise, daß die Herren ihr Gehalt von ihrer Regierung weiter beziehen und, wenn sie nicht in Berlin wohnhaft waren, sondern zu dem Zwecke, in der Reichsgetreidestelle zu arbeiten, nach Berlin gerufen worden sind, Diäten erhalten. Nun brauchen wir aber bei diesen Gesellschaften natürlich auch Kaufleute; es ist nicht möglich, einen so riesigen kaufmännischen Betrieb zu führen ohne sachverständigen Rat, und daher wurden auch Großkaufleute in die Geschäftsführung der Reichsgetreidestelle berufen. Diese Herren hatten am Anfang etwa die gleichen Bezüge, die sie in ihrer früheren Tätigkeit gehabt haben. Als sich dann schon vor etwa 2 Jahren — es war zu Beginn der Brotgetreideregulierung — Beschwerden über die Reichsgetreidestelle in der Öffentlichkeit erhoben, haben diese Herren darauf bestanden, daß ihre Gehälter gekürzt werden, und zwar gegen den Willen des Aufsichtsrats. Sie beziehen nunmehr ein Gehalt, das wesentlich geringer ist als die Einnahmen, die sie gehabt hätten und haben würden, wenn sie in ihrer früheren Tätigkeit geblieben wären.

Was den Mehlp reis angeht, so möchte ich hier noch einmal hervorheben — es ist ja früher schon gesagt worden —, daß nach der jetzigen Regelung die Mühlen gar nicht mehr in der Lage sind, den Preis zu bestimmen. Das Getreide ist beschlagnahmt, und die Mühlen arbeiten nur im Auftrage entweder der Reichsgetreidestelle oder des Kommunalverbandes, wenn es sich um einen selbstwirtschaftenden Kommunalverband handelt. Sie sind nicht mehr Unternehmer, sie sind in Lohn tätig, und dieser Lohn ist seitens der Reichsgetreidestelle während unserer Kriegswirtschaft schon wiederholt herabgedrückt worden. Er wäre vielleicht noch geringer, im ganzen genommen, wenn nicht die Reichsgetreidestelle dem dringenden Wunsche des Reichstages Rechnung getragen und auch die mittleren und kleineren Mühlen herangezogen hätte zur Vermahlung des Getreides. Natürlich muß man den mittleren und kleineren Mühlen einen höheren Mahllohn gewähren als den großen Mammutmühlen; denn diese kleinen und mittleren Mühlen können ihre Aufgabe sonst nicht erfüllen.

Von verschiedenen Herren ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß eine Abnahmekommission entscheiden möchte, wenn sich Beanstandungen hinsichtlich des Getreidepreises ergeben. Zur Zeit ist die Sache so geregelt, daß, wenn der Verkäufer des Getreides nicht zufrieden ist mit einem Abzug, der ihm etwa wegen Feuchtigkeit des Getreides gemacht wird, er ein Schiedsgericht anrufen kann. Wir wollen gern die Frage prüfen, ob sich hier vielleicht noch eine Ergänzung der Bestimmungen ermöglichen läßt. Die Entscheidung liegt natürlich bei der Reichsgetreidestelle, mit der wir in Verbindung treten müssen.

Wegen der Entkeimung hat der Herr Abg. B a n s c h b a c h das Nötige bemerkt, ich brauche deshalb wohl nicht auf die Frage einzugehen. Es ist nicht so, daß das Fett dem Brot verloren geht, vielmehr wird durch die Entkeimung das Fett hauptsächlich der Kleie, die bei der Vermahlung verbleibt, entzogen.

Der Herr Abg. S i d l e r hat den Fall vorgebracht, daß sich Verbraucher bisher in einer Nachbargemeinde mit M i l c h eingedeckt haben — jedenfalls mit Genehmigung des Kommunalverbands — und daß dies infolge der Verordnung des stellvertretenden kommandierenden Generals über den Erwerb von Lebensmitteln auf dem Lande nicht mehr möglich sei. Meines Erachtens liegt hier ein Fall vor, wo der Kommunalverband sehr wohl in der Lage ist, die in der Verordnung des kommandierenden Generals vorgesehene Zulassungsbescheinigung zu erteilen.

Wir haben in unserm Vollzugserlaß ausdrücklich hervorgehoben, daß, wenn der Kommunalverband bisher die unmittelbare Eindeckung bei einem Landwirt der Nachbargemeinde zugelassen hat, dies durch Ausstellung der Zulassungsbescheinigung auch künftig ermöglicht werden kann.

Zur Frage des Preises des Druckpapiers, die von verschiedenen Seiten im Hohen Hause erörtert worden ist, möchte ich betonen, daß der Hauptgrund für die Preiserhöhung in der Erhöhung des Preises des Papierholzes liegt. Es kommen aber noch andere Momente hinzu: erhöhte Löhne, teure Rohien, erhöhter Preis für Filze, für Siebe und für Kaolin. Es wird zur Zeit in Berlin eingehend geprüft, wie die Preise für Druckpapier vom 1. Juni ab zu stellen sind. Die Preise waren bisher in der Weise normiert, daß zu den Friedenspreisen — der Friedenspreis hat etwa 22—23 M. für 100 kg Druckpapier betragen — ein Zuschlag von 11 M. genommen worden ist. Die Steigerung hat somit in Deutschland etwa 50 Prozent betragen. Es ist nun nicht ohne Interesse zu hören, wie sich die Steigerung der Preise in den anderen Staaten verhalten hat. In Osterreich beträgt die Steigerung 100 Prozent, in der Schweiz 56 Prozent, in Holland 116 Prozent, in Skandinavien 122 Prozent und in England 200 Prozent. Es ist also die Preissteigerung in Deutschland gegenüber den anderen Staaten immerhin noch die geringste. Es wird allerdings bei der großen Bedeutung der Presse Aufgabe der verbündeten Regierungen sein, dafür zu sorgen, daß das Druckpapier der Presse zu solchen Preisen zur Verfügung gestellt wird, daß sie dabei bestehen kann.

Ich komme nun auf einige Fragen, die sich auf den Verkehr mit Zucht- und Nutzvieh beziehen. Wir haben, als wir die erste Festsetzung von Höchstpreisen für Rindvieh vorgenommen haben, ausdrücklich bestimmt gehabt, daß unsere Höchstpreise sich nicht auf den Verkauf von Zucht- und Nutzvieh von Landwirt zu Land-

wirtschaft beziehen. Außerdem war die Vorschrift getroffen, daß sie beim Verkauf an oder durch den Handel dann keine Anwendung finden, wenn es sich um hochwertiges Zucht- oder Nutzvieh handelt. Es war im letzteren Fall nur vorgesehen, daß eine Genehmigung der Ortspolizeibehörde erfolgen muß, wenn sich der Verkauf zu einem höheren Preis als dem Höchstpreis vollzieht; beim Verkauf auf dem Markt war die Genehmigung des Bezirkstierarztes vorgesehen. Die Bestimmungen haben zur Folge gehabt, daß die Landwirte, wenn sie ein Stück Vieh als Schlachtvieh abliefern sollten, erklärt haben, sie könnten dieses Vieh viel günstiger als Zucht- oder Nutzvieh verkaufen, was zu großen Unzuträglichkeiten führte. Wir haben daher geglaubt, die Vorschriften ändern zu müssen, wobei die Bestimmung, daß die Höchstpreise beim unmittelbaren Verkauf von Landwirt zu Landwirt nicht gelten, wegfiel, und die Befreiung vom Höchstpreis nur noch für hochwertiges Zuchtvieh mit der Einschränkung Platz griff, daß der höhere Preis durch den Bezirkstierarzt und wenn es sich um ein eingetragenes Zuchtvieh handelt, durch das Bürgermeisteramt genehmigt werden muß. Wir sind uns vollständig klar darüber, daß auch diese Bestimmung keine ideale Lösung ist, und wir wollen, wenn die neuen Preise des Reiches in Kraft treten — dies geschieht am 1. Juli, allerdings mit der Einschränkung, daß im Juli die Abnahme noch zum bisherigen Preis stattfindet, wenn der Verkauf vor dem 1. Juli vorgenommen worden ist — gern prüfen, welcher Ausweg sich aus den Schwierigkeiten finden läßt. Die Reichsbestimmungen gelten nur für Schlachtvieh, sie gelten also nicht ohne Weiteres für Zucht- und Nutzvieh. Es wäre der Weg denkbar, daß man versuchsweise Zucht- und Nutzvieh von den Höchstpreisen ganz frei läßt. Wir werden die Frage jedenfalls auch im landständischen Ernährungsbeirat noch besprechen.

Sodann wurden noch Klagen erhoben wegen der Feststellung des Gewichts. Da ist die Bestimmung getroffen, die der Herr Abg. K o p f mitgeteilt hat, daß, wenn der Gewichtsverlust über 12 Prozent beträgt, ein Abzug am Kaufpreis erfolgt. Wir haben, als wir die Vollzugsbestimmungen zu den neuen Schweinepreisen, die ja schon in Kraft getreten sind, trafen, in der Verordnung bereits hervorgehoben, daß eine Inanspruchnahme des Verkäufers auf Rückersatz wegen übermäßigen Gewichtsverlustes der Schweine in allen Fällen nur erfolgen darf, wenn die Feststellung des Ankunftsweights unmittelbar nach der Ankunft des Tieres oder nach dem Ausladen aus dem Eisenbahnwagen stattfindet. Wir haben den Kommunalverbänden einstweilen mitgeteilt, daß bei Rindvieh in gleicher Weise zu verfahren ist. Bei den Schwierigkeiten der Beförderung kommt es allerdings vor, daß ein Tier länger unterwegs bleibt als früher. In unserm Runderlaß haben wir ausdrücklich gesagt, daß zu prüfen ist, ob ein solcher Fall vorliegt. Trifft dies zu, so ist der Rückgriff nicht ohne Weiteres statthaft; es bleibt vielmehr den Verhandlungen der Beteiligten überlassen, einen billigen und gerechten Ausgleich zu schaffen. Die Bestimmung, daß, wenn der Gewichtsverlust über 12 Prozent geht, ein Abzug erfolgen soll, war im Interesse der Käufer der Tiere erforderlich; denn es sind Fälle vorgekommen, wo überfüttert wurde und ein ganz außerordentlicher Gewichtsverlust festgestellt worden ist. Auf Beschwerden, die der Herr Abg. W e i ß h a u p t im Ernährungsbeirat uns mitgeteilt hat, sind wir insbesondere mit der Stadt Mannheim in Verbindung getreten, daß sie nicht zu rigoros verfahren möchte. Die Stadt Mannheim hat uns nachweise über die Gewichtsverluste vorgelegt und hat zugesagt, daß sie alle billige Rücksicht nehmen und auch

ihre Beauftragten mit entsprechender Weisung versehen will.

Der Herr Abg. Kopf hat dann weiter beanstandet, daß bei Übertretung der Höchstpreise auch der Käufer gestraft wird. Daß bei Übertretung der Höchstpreise sich Verkäufer und Käufer strafbar machen, ist durch die Vorschrift des Reichs bestimmt. Oft mag der Käufer sich in einer gewissen Zwangslage befinden (Abg. Kopf: Meistens!), aber es kann doch auch sein, daß Fälle vorliegen — ich will nur an den Schleichhandel erinnern —, wo es sehr bedenklich wäre, wenn man zulassen wollte, daß Leute, die sich auf dem Wege des Schleichhandels eindecken, sich straflos der Überschreitung des Höchstpreises schuldig machen, während die kleinen Landwirte, die ihnen die Ware verkaufen, gestraft werden. Es kann auch sehr wohl der Fall vorkommen, daß ein Käufer in gewinnlüchtiger Absicht die Höchstpreise überschreitet, weil für ihn — denken Sie vielleicht an einen Unternehmer, an einen Industriellen — die höhere Bezahlung dieser Rohstoffe wertvoller ist, wenn er sich nur überhaupt bekommen kann, als daß er den Höchstpreis einhält. Für ihn kann die Überschreitung des Höchstpreises tatsächlich unter bestimmten Voraussetzungen von erheblichem Vorteil sein (Abg. Kopf: Das schadet aber der Allgemeinheit nicht!). Ich gebe durchaus zu, daß die Bestimmung auch wesentlich Nachteile hat, auf die der Herr Abg. Kopf schon hingewiesen hat, und auch der weiteren, daß die Feststellung der Überschreitung des Höchstpreises außerordentlich erschwert ist, weil sich beide Teile schuldig gemacht haben, und man nur durch einen besonderen Zufall feststellen kann, daß der Höchstpreis überschritten worden ist.

Ich darf mit einigen Worten noch auf den Fleischpreis eingehen. Es ist verschiedentlich die Meinung vertreten worden, daß unsere derzeitigen Fleischpreise für die bisherigen Viehpreise zu hoch waren. Diese Meinung ist meines Erachtens nicht zutreffend. Wir haben auch hier unsere Erfahrungen gemacht. Wir haben zuerst, als wir die Viehpreise vor 5 Vierteljahren festgestellt haben, gleichzeitig auch die Fleischpreise festgestellt. Wir haben uns die Sache nicht leicht gemacht, wir haben eingehende Besprechungen mit den Konsumenten, mit den Vertretern des Metzgergewerbes, mit Sachverständigen, Schlachthofdirektoren usw. abgehalten, und sind dann zu Preisen gekommen, die sich in der Folge als zu nieder erwiesen haben, nachdem das Schlachtgewicht der Tiere zurückgegangen war und die Schlachtungen immer mehr eingeschränkt wurden. Bei der Einschränkung der Schlachtungen ergibt sich eine Erhöhung der allgemeinen Geschäftskosten auf ein Pfund Fleisch. Die Verhältnisse waren so, daß einzelne Städte bei uns dringend vorstellig geworden sind, die Preise zu erhöhen, weil die Metzger bei diesen Preisen nicht mehr bestehen könnten.

Damals wurden uns auch von den Standortlebensmittelämtern, die doch mit militärischen, also unbezahlten Hilfskräften arbeiten, Nachweisungen vorgelegt, daß, wenn sie das Fleisch von dem zu uns festgesetzten Preise an die Truppenteile abgeben müssen, sie soundsoviel jeden Monat zusetzen müssen. Aus diesen Gründen kamen wir damals zu einer Erhöhung unserer Fleischpreise. Diese sind jedoch nur dann maßgebend, wenn der Kommunalverband nicht niedrigere Preise festsetzt. Den Kommunalverbänden, deren Metzger mit niedrigeren Geschäftskosten zu rechnen haben, bleibt es unbenommen, niedrigere Höchstpreise zu bestimmen. Wir sind bei der Festsetzung unserer Höchstpreise immer von dem Gedanken geleitet, die Konsumenten so wenig wie möglich zu be-

lasten. Aber es hat unser Bestreben seine Grenzen in den tatsächlichen Verhältnissen. Wir müssen vermeiden, auch die Herren im Hohen Hause wollen dies vermeiden, unsere Gewerbetreibenden zu zwingen, daß sie ihre Waren zu Preisen verkaufen, bei denen sie ständig zusetzen.

Ich möchte dann noch auf die neuen Fleischpreise eingehen, die heute Abend im Staatsanzeiger veröffentlicht werden. Es ist von verschiedenen Seiten beanstandet worden, daß diese Preise nicht schon früher bekannt gegeben worden sind. Demgegenüber möchte ich nochmals hervorheben, daß bis zum 1. Mai noch die hohen Preise für Schweine bezahlt worden sind, und daß eine gewisse Übergangszeit vorzusehen war, in der das Fleisch und die Wurstwaren, die aus den noch zu hohen Preisen erworbenen Schweinen hergestellt wurden, zu den bisherigen Preisen an die Bevölkerung abgegeben werden können; dazu kommt, daß seit dem 1. Mai bisher wohl überhaupt keine Schweine mehr verkauft worden sind. Denn einmal haben wir, als wir die Fleischzulage gewährten, die Auflage gemacht, daß im April für die Gewährung der Fleischzulage Schweine aufgebracht werden müssen und dann hat gewiß jeder Landwirt, der nur ein bißchen rechnet, Schweine, die er in der nächsten Zeit verkaufen wollte, vor dem 1. Mai losgeschlagen, weil er noch die höheren und nicht die nach dem 1. Mai geltenden niedrigeren Preise erhalten wollte. Ich darf deshalb annehmen, daß tatsächlich ein Schaden nicht erwachsen ist.

Von einem der Herren Abgeordneten ist dann weiter der Wunsch ausgesprochen worden, daß man Ausnahmen von der Bestimmung zulassen möchte, daß nicht mehr Tabak angebaut werden darf als im Vorjahr, und wonach außerdem jeder Landwirt soviel Kartoffeln und Brotgetreide zunächst bauen muß, bevor er Tabak bauen darf, als er für seinen eigenen Bedarf einschließlich des Saatgutes braucht. Eine solche Ausnahme kann nach unserer Verordnung bei Vorliegen besonderer Umstände vom Bezirksamt gewährt werden.

Und nun noch ein Wort über die Behandlung des Fremdenverkehrs. Der Herr Abg. Koelblin hat heute morgen verschiedene Wünsche vorgetragen. Die Regelung des Fremdenverkehrs muß unter dem Gesichtspunkt erfolgen, daß auf der einen Seite unsere Fremdenindustrie einen wertvollen Bestandteil unseres Erwerbslebens bildet, und daß man auf der anderen Seite jetzt während des Krieges doch auch die Möglichkeit bieten sollte, daß sich die Erholungsbedürftigen erholen. Diesen Erwägungen gegenüber steht aber die Rücksicht auf die Ernährung unserer Bevölkerung. Wir hätten ohne wesentliche Einschränkungen des Fremdenverkehrs nicht durchkommen können, wenn das Kriegsernährungsamt auf seinem Standpunkt geblieben wäre, daß besondere Zuweisungen für den Fremdenverkehr nicht erfolgen. Dieser Standpunkt ist vom Kriegsernährungsamt verlassen worden, und wir können deshalb von einer weitgehenden Einschränkung des Fremdenverkehrs absehen. Immerhin aber sind Vorschriften erforderlich, die davor schützen, daß unserer Bevölkerung im Übermaß Lebensmittel entzogen werden. Wir wollen verhindern, daß sich in zu großer Menge aus anderen Teilen des Reiches Fremde bei uns einfänden in der falschen Auffassung, daß es bei uns mit den Lebensmitteln viel besser bestellt sei, Fremde, die viel weniger zu uns kommen, um sich bei uns zu erholen, als um sich einmal wieder herauszuessen. Wir denken eine Bestimmung vorzusehen, daß, wer Fremde gegen Entgelt beherbergen will, einer Genehmi-

gung bedarf, soweit es sich nicht um Inhaber von Gastwirtschaften oder Privatfrankenanstalten handelt. Dadurch hat der Kommunalverband es in der Hand, dem entgegenzutreten, daß, wie es im letzten Sommer in manchen Schwarzwaldbezirken der Fall war, fast auf jedem Bauernhof sich Fremde einmieten. Dann ist es dringend erforderlich, daß sich die Inhaber der Wirtschaften und Fremdenheime an die Verbrauchsvorschriften halten. Wir werden bestimmen, daß Betriebe, die sich entgegen diesen Vorschriften Lebensmittel beschaffen, nicht mehr mit Lebensmitteln beliefert, daß sie „gesperrt“ werden, und Inserate, in denen „reichliche und gute Verpflegung“ in Aussicht gestellt wird, oder eine ähnliche Reklame verboten sind.

Dann müssen wir aber auch dem „Hamstern“ der Fremden entgegentreten. In den Gasthäusern wird eingeschlagen werden, daß das Aufkaufen von Lebensmitteln streng untersagt ist und daß der Fremde, der sich gegen dieses Verbot vergeht, nicht bloß bestraft, sondern wegweisen wird; es wird einfach die Lebensmittelzuweisung für diesen Fremden gesperrt, und die Besitzer von Gastwirtschaften und Fremdenheimen werden nicht mehr mit Lebensmitteln beliefert, wenn sie solchen Fremden nicht sofort kündigen. Nötig ist ferner, daß eine Doppelversorgung verhindert wird. Das Kriegs-ernährungsamt hat vorgesehen, daß Personen, die sich für länger als 14 Tagen von ihrem Aufenthaltsort entfernen, sich von ihrer Wohngemeinde abmelden, und daß auf dem Abmeldechein vermerkt wird, welche Lebensmittelkarten dem Abgemeldeten abgenommen sind und welche er behalten hat. Der Fremde muß diesen seinen Abmeldechein bei der Stelle, die der Kommunalverband des neuen Aufenthaltsortes bezeichnet, vorlegen; es wird beurkundet, wie lange er sich dort aufgehalten hat; er muß eine entsprechende Bescheinigung bei seiner Wohngemeinde vorweisen, wenn er zurückkommt, sonst bekommt er nicht wieder Lebensmittelkarten. Wir müssen unter allen Umständen gegen Doppelversorgung schützen.

Der Kommunalverband des Aufenthaltsortes wird Lebensmittelzuweisungen zunächst erhalten für die Fremden, welche eine Abmeldebescheinigung vorgelegt haben. Das Kriegs-ernährungsamt hat, wie ich schon ausgeführt habe, vorgesehen, daß bei einer Entfernung von 14 Tagen vom Wohnsitz Abmeldebescheinigungen ausgestellt werden. Wir haben in Übereinstimmung mit Bayern die Anregung gegeben, man solle die Frist auf acht Tage beschränken; Antwort darauf haben wir noch nicht bekommen. Soweit sich auf Grund der Anmeldebescheinigungen Fremde aus anderen Bundesstaaten bei uns aufhalten, werden wir von der Reichsstelle Lebensmittel zugewiesen erhalten. Für den Verkehr von Fremden, die sich kürzere Zeit bei uns aufhalten, wird das Reich Zuweisungen nicht machen. Wir werden von unseren Landesversorgungsstellen aus den Bezirken, die einen starken Fremdenverkehr aufweisen, für die übernächsten Fremden eine gewisse Zuweisung machen. Nach der allgemeinen Lage unserer Lebensmittelversorgung können diese Zuweisungen nicht sehr groß sein; es wird gut sein, wenn die Kommunalverbände hinsichtlich dieser Fremden den Wirten gegenüber eine gewisse Grenze ziehen.

Was den Tagesausflugsverkehr anlangt, so stehen wir auf dem Standpunkt, daß für diesen Verkehr auch von der Landesvermittlungsstelle Zuweisungen nicht erfolgen sollen. Mit Rücksicht auf die starke Belastung des Eisenbahnverkehrs für militärische Zwecke ist es über-

haupt nicht erwünscht, daß die Leute viel reisen; wenn sie es aber doch tun, dann sollen sie im Rucksack mitnehmen, was sie tagsüber brauchen. Für diese Zwecke wird also eine Zuweisung nicht erfolgen können.

Wenn wir die Angelegenheit so regeln, dann hoffen wir auf der einen Seite berechtigten Wünschen der Erholungsbedürftigen und der Fremdenindustrie Rechnung getragen zu haben und auf der anderen Seite zu verhindern, daß auf Kosten der Lebensmittelversorgung der Allgemeinheit Fremde sich im Übermaß bei uns mit Lebensmitteln versorgen.

Amtmann Dr. F e c h t:

In dem Hohen Hause ist die Frage der Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen, einschließlich der Bekanntmachungen der Militärbehörde zur Sprache gebracht worden. Es ist dies eine Frage, die eigentlich während der ganzen Dauer des Krieges das Interesse der Regierung sowohl wie der beteiligten Kreise der Presse beschäftigt hat. Vor Beginn des Krieges war die Rechtslage die, daß die amtlichen Bekanntmachungen einschließlich der militärischen Bekanntmachungen in den amtlichen Verkündigungsblättern mit wenigen Ausnahmen unentgeltlich veröffentlicht wurden, da nach den maßgebenden Verträgen mit den Verlegern eine Bezahlung nur für einzelne besondere Arten von Bekanntmachungen vorgesehen war — hierzu gehörten insbesondere diejenigen Bekanntmachungen, die in rein fiskalischem Interesse erfolgten, und die wirtschaftlichen Bekanntmachungen. In der Friedenszeit kamen derartige Bekanntmachungen nur in geringem Umfang in Betracht. Nach Kriegsausbruch verblieb es zunächst beim alten Verfahren, wonach die amtlichen Verkündigungsblätter die Bekanntmachungen unentgeltlich zu veröffentlichen hatten. Nur zu Beginn des Krieges, unmittelbar nach der Mobilmachung wurde eine größere Anzahl der damals erfolgenden, auf den Kriegszustand bezüglichen Bekanntmachungen, die von ganz besonderem Interesse für alle Kreise waren, auch anderen Zeitungen zur Veröffentlichung übergeben. Sie wurden teils unentgeltlich, teils entgeltlich zum Abdruck gebracht.

Mit der Zeit wuchs die Zahl der wirtschaftlichen Bekanntmachungen, insbesondere der Militärbehörde. Damit trat für die amtlichen Verkündigungsblätter der Fall ein, in welchem in größerem Umfange von der Bestimmung des Vertrags Gebrauch zu machen war, nach der gewisse Bekanntmachungen zu bezahlen sind. Schon kurz nachdem die Wahrnehmung gemacht worden war, daß nun in größerem Umfange wirtschaftliche Bekanntmachungen erschienen, trat auch in den Kreisen der Presse, die keine amtlichen Verkündigungsblätter verlegen, der Wunsch zutage, mit solchen Bekanntmachungen bedacht zu werden. Das Ministerium verschloß sich der Berechtigung dieses Wunsches nicht, da auch nach seiner Auffassung in weiten Kreisen ein großes Interesse an derartigen Bekanntmachungen besteht. Schon am 27. Juli 1915 wurde vom Ministerium des Innern beim Generalkommando die Anregung gegeben, neben den amtlichen Verkündigungsblättern in weiterem Umfange die sonstige Presse bei Veröffentlichung von Bekanntmachungen, insbesondere wirtschaftlicher Art, zu berücksichtigen. Das Generalkommando glaubte auf Grund seiner Prüfung der Dinge daran festhalten zu sollen, daß solche Bekanntmachungen der Militärbehörde in der Regel im Staatsanzeiger und in den amtlichen Verkündigungsblättern veröffentlicht werden: es wurde aber zugestanden, daß den übrigen Zei-

tungen für ihren Anzeigeteil ein kurzer Hinweis über das Erscheinen der Bekanntmachungen zugehen sollte. Daneben wurde größeren Zeitungen eine sogenannte Pressenotiz über den Inhalt der betreffenden Bekanntmachung zugestellt mit der Bitte, diese Pressenotiz unentgeltlich im redaktionellen Teil zu veröffentlichen. Von diesem Zeitpunkt ab haben alle einigermaßen bedeutenden Zeitungen diese sogenannten „Hinweise“ auf die Bekanntmachungen zum Abdruck gegen Bezahlung erhalten.

Am 1. August 1916 wurde die ganze Frage neuerdings beim Ministerium des Innern angeregt durch eine Eingabe der „Gruppe Baden des Augustinusvereins“. In dieser Eingabe wurde dem Wunsch Ausdruck verliehen, alle amtlichen Bekanntmachungen möchten der gesamten Presse zugänglich gemacht werden, wie das schon in Württemberg der Fall sei. Als Äußerstes wurde gebeten, wenigstens die Pressenotizen der Presse nicht unentgeltlich, sondern gegen Bezahlung zum Abdruck zu überlassen. Über diese Anregung wurde neuerdings mit dem Generalkommando des 14. Armeekorps in Verhandlungen eingetreten und vom Ministerium des Innern gebeten, nach Tunlichkeit dem letzteren Wunsche, für den Abdruck der Pressenotizen Bezahlung zu gewähren, zu entsprechen, zumal sich gezeigt habe, daß die Presse im allgemeinen nicht sehr geneigt war, unentgeltlich diese Pressenotizen zum Abdruck zu bringen. Nach dem Ergebnis der Verhandlungen mit dem Generalkommando ist künftig zu unterscheiden zwischen 1. den „Hinweisen“ auf erschienene militärische Bekanntmachungen, die die ganz kurze Angabe enthalten, daß die Bekanntmachung erschienen, daß sie im amtlichen Verkündigungsblatt oder im Staatsanzeiger zum Abdruck gelangt ist, daß sie aber auch beim Bezirksamt oder beim Bürgermeisteramt eingesehen werden kann, 2. den sogenannten „Pressenotizen“, die den wesentlichen Inhalt der Bekanntmachung des Generalkommandos allgemeinverständlich darstellen, und 3. einer Neuerscheinung, die infolge der Errichtung der Kriegsamtstellen zutage getreten ist: den Bekanntmachungen der Kriegsamtstelle. Bezüglich dieser Bekanntmachungen hat sich das Generalkommando von vornherein auf den Standpunkt gestellt, sie der gesamten Presse unter der Voraussetzung der Gewährung eines gewissen Rabatts zugänglich zu machen, mit Ausnahme von ganz unbedeutenden Zeitungen, die überhaupt keine weitere Rolle spielen.

Hinsichtlich der Pressenotizen erklärte sich das Generalkommando bereit, diese künftig allen denjenigen Zeitungen gegen Bezahlung zugänglich zu machen, die eine Auflage von über 2000 Nummern täglich haben und die sich verpflichten, die Bekanntmachungen des Generalkommandos und der Kriegsamtstelle gegen 50 % Rabatt (bei Kopfzeitungen von 75 % Rabatt) zum Abdruck zu bringen. Den kleineren Zeitungen gehen unter den gleichen Voraussetzungen die „Hinweise“ zum Abdruck gegen Bezahlung zu.

In Verfolg dieser Verabredung mit dem Generalkommando wurden die Bezirksämter angewiesen, sich mit den betreffenden Zeitungsverlegern ins Benehmen zu setzen, um deren Bereitwilligkeit festzustellen, den erwähnten Rabatt von 50 %, bei Kopfblättern von 75 %, zu gewähren. Fast alle Zeitungen, die gefragt wurden, erklärten sich mit dieser Änderung einverstanden und unterzeichneten eine entsprechende Erklärung, wonach sie bereit sind, entsprechend diesen Bedingungen die Bekanntmachungen zu veröffentlichen.

Allerdings ist insofern eine Verzögerung eingetreten, als es ziemlich lange dauerte, bis von allen Blättern die Erklärungen vorlagen; noch heute fehlen eine Anzahl von Zeitungsverlegern hinsichtlich ihrer Erklärung. Um aber die Angelegenheit nicht allzulange aufzuhalten, wurde von den beiderseitigen Referenten des Ministeriums und des Generalkommandos schon vor etwa 4 Wochen mündlich vereinbart, die dargelegte Regelung für die Zeitungen, die die erwähnte Erklärung abgegeben haben, sogleich in Kraft treten zu lassen. Das Generalkommando teilt bei Übermittlung einer Bekanntmachung jeweils dem Ministerium mit, ob eine Pressenotiz, die von dem Generalkommando entworfen ist, den betreffenden Zeitungen, die sich zur Rabattgewährung bereit erklärt haben, übermittelt werden soll. Soweit ich in der Kürze der Zeit heute nachmittag feststellen konnte, ist in der letzten Zeit in drei Fällen eine derartige Pressenotiz den betreffenden Zeitungen übermittelt worden.

Wenn sich irgendwie Schwierigkeiten hinsichtlich der Bezahlung dieser Notizen, die von dem Ministerium den Bezirksämtern und von diesen den Zeitungen überwiesen worden sind, ergeben haben oder ergeben sollten, so läge dies nicht in der Absicht des Ministeriums: es sollen diese Pressenotizen bezahlt werden. Die Bezirksämter werden hierauf neuerdings hingewiesen werden.

Richtig ist, daß bei dieser Regelung die Amtsblätter gegenüber anderen Zeitungen einen Vorteil haben, da ihnen zahlreiche große Bekanntmachungen der Militärbehörde in vollem Umfange zur Veröffentlichung zugehen und ihnen dementsprechend Einrückungsgebühren in beträchtlichem Betrage zufließen. Den Amtsblättern aber, die in Friedenszeiten oft unter schwierigen Verhältnissen gearbeitet haben, die oft in großem Umfange Geld zu setzen mußten, weil sie in weitgehender Weise Bekanntmachungen sowohl der Staats-, wie der Militärbehörden unentgeltlich abdrucken mußten, ist, glaube ich, diese Einnahme wohl zu gönnen, die ihnen jetzt im Krieg als Folge des Vertrags erwachsen ist.

Die Großh. Regierung hat, wie ich schon gesagt habe, von Anfang an den Wunsch gehabt und auch vertreten, daß auch die übrige Presse nach Möglichkeit berücksichtigt werde. Sie glaubt, daß durch die erwähnte Neuregelung, wie sie jetzt getroffen worden ist, diesen Wünschen nach Möglichkeit — soweit es eben durch die Vereinbarung mit dem Generalkommando zu erreichen war — entgegengekommen worden ist.

Bei diesem Anlaß möchte ich noch mit einem Wort darauf hinweisen, daß die Amtsblattverleger sich gerade während des Krieges dadurch ganz besondere Verdienste erworben haben, daß sie unter den schwierigsten Verhältnissen, insbesondere bei großem Personalmangel, den an sie herantretenden Aufgaben vollauf gerecht geworden sind. Für eine kleine Druckerei ist es keine Kleinigkeit, von heute auf morgen große Bekanntmachungen zur Veröffentlichung zu bringen; daß fast in allen Fällen diese Aufgabe seitens der Amtsblattverleger erfüllt wurde, verdient alle Anerkennung.

Abg. Wittmann (Zentr.):

Die Erklärungen des Herrn Regierungsvertreters bezüglich der Regelung der Presseangelegenheit können uns keineswegs befriedigen. Wir werden zweifellos bei der Generaldebatte noch einmal auf diese Frage zurückkommen müssen. Ich will gar nicht bestreiten, daß

die Amtsblattverleger sich während der Kriegszeit besondere Verdienste erworben haben; aber ich möchte betonen, daß besondere „Verdienste“ nebenbei doch auch in einer ungeheuren Einnahme bestehen. Ich weiß z. B. — und mißgönne das persönlich gar nicht! — daß Amtsblattverleger, die vor dem Krieg am Abschneiden waren, während des Krieges nicht bloß nicht abgeschneidelt sind, sondern sich wirtschaftlich außerordentlich erholt haben. Die Zahl der Verfügungen, die bezahlt werden, ist eine außerordentlich, eine derartig große, daß die Amtsblattverleger mit ihren Einnahmen aus den Inseraten geradezu glänzende Geschäfte machen. Und dann muß auf noch eines hingewiesen werden: außer den Verdiensten, die die Amtsblätter sich im allgemeinen erworben haben — ich meine jetzt nicht die bezahlten, sondern die übrigen, die ich auch anerkenne — haben sich aber auch alle übrigen Blätter, die bei dieser Regelung oft recht stiefmütterlich weggekommen sind, ebensolche besonderen Verdienste erworben. Auch sie haben — ohne dabei etwas zu verdienen — in ihren Spalten aufklärend auf die Bevölkerung eingewirkt; auch sie haben veranlaßt, daß die Kriegsanleihen gezeichnet worden sind. Insbesondere haben sie — aber ohne die großen Einnahmen zu haben, die den Amtsblättern zuzulassen — mit den gleichen Schwierigkeiten wie jene zu kämpfen gehabt, meist sogar mit größeren als die Amtsblattverleger, denen man in reicheren Maße als den übrigen Zeitungsbesitzern mit Hilfskräften entgegengekommen ist.

Es ist also zweifellos richtig, daß hier viel zu wenig getan worden ist. Mit den kurzen Pressenotizen, die man den übrigen Zeitungen zuwendet, hat man ein gewisses Entgegenkommen betätigt, aber besonders groß kann ich dieses Entgegenkommen gerade nicht nennen. Es ist dabei auch gar noch eine Art Reklame für das Amtsblatt, das selbst für sich unter Hinweis, daß man die Kriegsgesetze und Verordnungen wissen müsse, Reklame ausreichend vielfach betreibt! Heute noch kommen Zuschriften an die Blätter, die nicht Amtsblattverkündiger sind, in denen gebeten wird, man möchte „kostenlos“ nachstehende Notiz in den redaktionellen Teil aufnehmen; dieses Gesuch um kostenlose Aufnahme bezog sich beispielsweise in einem einzelnen Falle auf eine Notiz von solchem Umfang: (Redner zeigt an einem Blatt die Größe der erwähnten Veröffentlichung) in einer Zeit, wo der Personalmangel der Presse sehr groß ist, wo die Druckkosten sehr hoch sind, eine starke Zumutung. Man hätte überhaupt die Amtsverkündigerfrage schon früher in einer Weise regeln sollen, wie sie von uns mit Unterstützung von Mitgliedern der linken Seite verlangt worden ist. Dann wären wir in diese Schwierigkeiten nicht hineingeraten, in die jetzt ein großer Teil der Presse gekommen ist, während die Amtsblattpresse aus allgemeinen Mitteln glänzende Geschäfte macht!

Heute will ich mich mit diesen wenigen Worten begnügen. Zweifellos wird die Frage an dieser Stelle behandelt werden müssen, weil die Regelung, wie wir sie jetzt in Aussicht gestellt bekommen haben, nur eine Art von Abschlagszahlung ist und viel weitergegangen werden muß im Interesse der Erhaltung der Nichtamtsblattpresse und des Ausschaltens und Durchhaltens!

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch auf eine damit in Zusammenhang stehende Angelegenheit hinweisen. Gerade bei den Drucksachen für die Kommunalverbände und bei den übrigen Leistungen werden speziell unsere Amtsverkündiger in einem Maße bevorzugt, daß

man wohl sagen darf, auch in dieser Beziehung seien die anderen, die doch auch schwer ringen und auch ihre Steuern bezahlen, stiefmütterlich behandelt. Es tritt hier in der Zuweisung der Drucksachen eine Ungleichheit zutage, die im allgemeinen und im Interesse der Presse im besonderen nicht wünschenswert ist.

Dann möchte ich noch einige allgemeine Bemerkungen machen. Mein Freund Kopf kommt nicht mehr zum Wort, es sind aber einige Bemerkungen zu machen, die ich nicht ungesagt lassen möchte. Speziell was Mindergewicht beim Viehverkauf anbelangt, muß nach wie vor an dem festgehalten werden, daß es die allerbeste Regelung wäre, wenn von der Ablieferung ab eine Frist bestimmt würde, beispielsweise 36 Stunden, nach deren Ablauf eben nichts mehr geändert werden könnte.

Wenn wir nicht eine Frist setzen, dann sind eben die Verkäufer Willkürlichkeiten ausgesetzt über die nicht wegzukommen ist. Die Regelung, wie sie hier verlangt wurde und die ich unterstreichen möchte, ist unseres Erachtens das Allerbeste. Man wird dadurch auch ein gewisses Odium auch von der Landwirtschaftskammer nehmen, die man mit dieser Sache betraut hat, und die bei der Bevölkerung keine Anerkennung dafür gefunden hat, daß sie sich zu dieser Art der Gewichtsbindung gewissermaßen hergegeben hat.

Es hat der Herr Minister in dankenswerter Weise in Aussicht gestellt, daß das Beerenobst freigegeben werden soll. Man muß aber dringend wünschen, daß auch das Steinobst freigegeben wird. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß auch das Steinobst außerordentlich rasch verdirbt. Und wenn man da das Verfahren einhält, wie der Herr Minister es uns vorhin entwickelt hat, befürchte ich, daß dabei zuviel unterwegs liegen bleiben und verderben könnte. Man muß auch bedenken, welche Schwierigkeiten es macht, wenn dann jemand auf einem Spaziergang in den Nachbarbezirk sich mit einigen Pfund Kirschen versehen will. Nehmen wir an, ein Mann macht einen Spaziergang nach einem Nachbarort und will 5 oder 10 Pfund Kirschen von da mitnehmen. Er wird den Bürgermeister, oder wer sonst die Bescheinigung ausstellen soll, vielleicht nicht treffen, er ist also dann garnicht imstande, an einem solchen Ausflugstage ein paar Kirschen mit sich zu nehmen. Daß 50 Pfund Obst aus einem Bezirk in den Nachbarbezirk sollen verschickt werden können, ist ein Entgegenkommen, das anerkannt werden soll. Aber die ständigen Kontrollmaßnahmen werden vielleicht unnötige Schwierigkeiten mit sich bringen. Oft ist es so, daß es in einem Bezirk viel Steinobst im anderen gar keines gibt; sie sind aufeinander angewiesen, und ihre Beziehungen in der Obstversorgung waren auch von jeher vorhanden. Wenn nun umständliche Kontrollmaßnahmen und der Fruchtfrachtempel noch infrage kommen, so fürchte ich, daß die Versorgung mit Steinobst aus einem Bezirk in den anderen sehr leicht unterbunden wird.

Gegen die Festsetzung von Höchstpreisen wollen wir nichts einwenden. Wir wollen, daß der Erzeuger zu Preisen kommt, wie es den gegenwärtigen Zeitläuften entspricht. Die Hauptsache ist, daß derjenige, der das Obst braucht, sein Bedürfnis auch befriedigen kann; da wird es auf einige Pfennige nicht ankommen. Das ist es, was ich mit kurzen Worten noch bemerken wollte.

Die Beratung über die Ernährungsfrage wird geschlossen.

Das Schlußwort erhält:

Berichterstatter Abg. **Rebmann** (natl.):

Ich möchte zunächst noch eine Einzelheit nachtragen. Ich habe bei meiner Berichterstattung erwähnt, daß im Karlsruher Bürgerausschuß mitgeteilt worden ist, daß in Karlsruhe 20 000 Brot- und Lebensmittelkarten zu viel ausgegeben seien, und ich habe die Gründe dafür dargelegt. Das städtische Nahrungsmittelamt bezeichnet diese Nachricht als irrig und teilt mit, daß in ihren Listen im ganzen 120 397 Personen als Versorgungsberechtigte eingetragen sind, und daß für 122 816 Personen Karten ausgegeben seien. Die Differenz beträgt damit 2509 Personen. Das wäre erheblich weniger als die Zahl, die ich angegeben habe. Es würde dadurch bestätigt, daß offenbar die Kontrolle nicht scharf genug gewesen ist oder hat sein können. Diese Differenz ist die zahlenmäßig festgestellte Differenz. Es ist aber die allgemeine Meinung, daß über diese hinaus noch eine Anzahl von Karteninhabern vorhanden ist, die wild herumlaufen. Ich habe die Gründe für diese Erscheinung angegeben.

Nun stehen wir am Ende einer langen und anstrengenden Beratung. Es kann jetzt nicht mehr meine Aufgabe sein, einen Blick auf ihren Verlauf und ihre Ergebnisse zu werfen. Ich will mich darauf beschränken, einige Fragen allgemeiner Natur noch ganz kurz zusammenstellen, die auch in die Zukunft hineinweisen.

Wir haben Klagen der verschiedensten Art gehört und über die verschiedensten Gegenstände. Diese Klagen sind an sich alle menschlich verständlich, und sie sind alle nötig, soweit sie den Zweck und die Wirkung haben, die Verhältnisse zu bessern. Nicht zu Wort gekommen sind diejenigen, die klaglos ihr Schicksal tragen, die glauben, eine vaterländische Pflicht zu erfüllen, wenn sie, ohne ein Wort der Klage oder des Widerspruchs sich in die gegebenen Verhältnisse und Notwendigkeiten hineinzuügen. Und ich meine, die Zahl derer, die sich so verhalten, ist doch noch recht groß und viel größer als man weiß, weil wir zwar die Einen hören mit ihren lauten Klagen, die Anderen aber nicht hören, die sich stillschweigend fügen. Und ich meine, wir sind denen, die sich so verhalten, zu ganz besonderem Dank verpflichtet.

Die Frage, wann wir von diesen Kriegszuständen erlöst sein werden, ist für uns alle noch in Dunkel gehüllt. Der Wunsch, aus der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft hineinzukommen, ist gewiß allgemein, nicht aber der Wunsch überall gleich groß, die Kriegswirtschaft in vollem Umfange wieder mit der Friedenswirtschaft zu vertauschen. Wieviel davon erhalten bleibt, das können wir heute noch nicht sagen, wo wir noch mitten in der Entwicklung darin stehen.

Die Zukunft wird uns zunächst vor zwei große Aufgaben stellen: zum ersten der Beschaffung der Rohstoffe und der Materialien für unsere Industrie und zum zweiten vor die Aufgabe, unsere ganze Industrie und den Handel wieder neu aufzubauen. Beide Fragen werden zu einem Teil in unserem Friedenstraktat beantwortet werden, der nicht bloß politische Dinge zu entscheiden haben wird, sondern auch wirtschaftliche Fragen, die sich vielleicht noch viel länger in die Zukunft für uns fühlbar machen werden. Wegen der großen Wichtigkeit eines guten

Friedens für unsere Wirtschaft wünsche auch ich wie der Herr Minister aus vollem Herzen einen deutschen Frieden, einen gut deutschen Frieden, der uns auch nach der Seite der Wirtschaft die Lebensmöglichkeit und die Entwicklungsfähigkeit schaffen soll (Beifall).

Wie lange wir unsere Kommunalverbände noch bestehen lassen sollen, hängt auch damit zusammen. Ich bin auch damit einverstanden, daß der Zeitpunkt, dort grundlegend an ihnen zu verbessern oder grundlegend an ihnen Änderungen vorzunehmen, noch nicht gekommen ist. In Kleinigkeiten können wir ja noch ändern, und eines habe ich ja schon in der Kommission mitgeteilt, daß wir den Wunsch haben, daß in den Kommunalverbänden und in der neuen Bürokratie, die mit diesen zusammenhängt und in diese Bürokratie gehört auch ein Teil der Geschäftswelt hinein, Geschäftsleute, die aus öffentlichem Auftrag ihre Ware verkaufen—, daß sich ihr Verkehrston nach dem Verkehrston der alten Bürokratie richtet, und daß dem Käufer und Bürger erspart bleibt, daß er mit einer unnötigen Grobheit angefahren wird, wo doch an ihm keinerlei Verschulden liegt, als daß er Hunger und Durst und sonstige Bedürfnisse hat. Es will alles in der Welt gelernt sein, und an unseren Kommunalverbänden sehen wir, wie schwer es ist, die Dinge zu lernen; auch die Höflichkeit im Verkehr will gelernt sein.

Für die Zukunft stehen uns Aufgaben größerer Art bevor. Das eine ist die Aufgabe, Siedlungsland für die Zukunft im Innern unseres Reiches zu gewinnen. Wir haben die Frage erörtert unter dem Titel „Nutzbarmachung der Odländereien“. Es ist auch in diesem Zusammenhang die Frage gestreift worden, wie weit Staat und Gemeinde von ihrem Waldbesitz für die Landwirtschaft zur Verfügung stellen sollen. Da erinnere ich daran, daß unser Land in Deutschland mit 38% weitaus den höchsten Waldbesitz in ganz Deutschland hat. Nehmen wir von ihm 5% weg, so stehen wir immer noch fast in der ersten Reihe der waldbesitzenden Staaten, und um diese 5% können wir dann die Lebensmittelerzeugung steigern, und 5% ist immerhin schon ein recht erheblicher Betrag; in manchen Zeiten hätten diese 5% wohl vermocht, der schlimmsten Not zu steuern. Es wird sich aber selbstverständlich nicht um die Wälder auf dem hohen Schwarzwald handeln, wo aus dem Boden nichts herauszuwirtschaften ist, sondern um die Waldparzellen im Mittelland und in den Niederungen des Rheins, wo, wie man sich leicht überzeugen kann, ausgedehnter Waldkomplex in Ackerland umgeändert werden könnte.

Zum zweiten wird es eine unabweisbare Aufgabe sein, daß wir die hauswirtschaftliche Erziehung unserer Jugend in ausgedehntem Maße in Bearbeitung nehmen. Es ist zweifellos die ungenügende Erziehung der Hausfrauen, insbesondere in der Schichte der Arbeiterchaft, eine Quelle grober Verschwendung gewesen. Wir wären bei einer besseren Ausnützung des Vorhandenen wesentlich weiter gekommen mit dem, was wir hatten. Eine unmittelbare Schuld der beteiligten Kreise liegt nicht vor, denn sie sind nicht zu Hausfrauen erzogen worden. Hier ist es nun Pflicht des Staates, diese Aufgabe mit aller Energie und zwar sofort in die Wege zu leiten durch Ausbildung des nötigen Lehrpersonals und dann durch Ausbildung der Mädchen zu hauswirtschaftlicher Tätigkeit.

Eine weitere Aufgabe, die ich schon gestreift habe, ist die der Industrialisierung unseres Landes. Im Zusammenhang mit dieser und anderen Fragen ist von Seiten der Groß. Regierung die Frage gestellt worden, woher wir die Mittel dazu nehmen sollen. Ich darf da vielleicht daran erinnern, daß in unserem Lande 2¼ Milliarden Kriegsanleihe gezeichnet worden sind. Das ist flüssiges Vermögen, und ich meine, ein Land, das diesen Kapitalbesitz dem Reich zur Verfügung stellen kann, hat auch die Mittel, seine eigene Wirtschaft umfangreicher auszubauen, als es in der Vergangenheit geschehen ist.

Ich meine, daß diese Tatsache uns über manche Sorge und über manche Bedenken für unsere zukünftige Entwicklung hinweghelfen kann. Wir können ersehen, daß wir reicher sind, als wir gewußt haben, und daß Geld in größerem Umfange nutzbar gemacht werden kann, als wir das in der Vergangenheit geglaubt haben. So dürfen wir auch von dem Standpunkt aus, ich will nicht sagen, mit einem frohen Blick, aber doch mit einer gewissen Zuversicht in die Zukunft hineinschauen.

Hierauf wird abgebrochen.

Schluß der Sitzung nach 6 Uhr.

---

**Rednerverzeichnis umstehend.**

---

## Rednerverzeichnis:

Fortsetzung der Beratung der Nachweisung über die Verwendung der im außerordentlichen Landtag 1915 und im ordentlichen Landtag 1915/16 bewilligten Kriegskredite sowie der einschlägigen Petition:

	Spalte
Minister des Innern Dr. Freiherr von und zu Bodman	353, 366, 390, 423
Abg. Seubert (Zentr.)	354
Abg. Koelblin (natl.)	356
Abg. Stockinger (Soz.)	359, 407, 407
Abg. Engelhardt (Zentr.)	361
Abg. Spang (Zentr.)	363, 406
Geh. Oberregierungsrat Dr. Schneider	368, 372, 428
Abg. Kolb (Soz.)	370
Abg. Belzer (Zentr.)	374
Abg. Sidler (natl.)	376
Abg. Morgenthaler (Zentr.)	378
Abg. Ziegelmaier (Zentr.)	381
Abg. Bitter (natl.)	383
Abg. Graf (Zentr.)	385
Abg. Schön (natl.)	387, 407
Abg. Rödel (Zentr.)	390
Abg. Schell (Zentr.)	392
Abg. Nehm (natl.)	395
Abg. Benedek (fortschr. Bp.)	397
Abg. Albieß (Zentr.)	399
Abg. Schirmeister (Zentr.)	402
Abg. Bertle (rechtsf. Bg.)	404, 407
Abg. Mast (Zentr.)	407
Abg. Rahn (Soz.)	409
Abg. Göhring (natl.)	410
Abg. Banschbach (rechtsf. Bg.)	413
Abg. Kopf (Zentr.)	415
Abg. Herbst (natl.)	418
Abg. Bechtold (Soz.)	419
Abg. Müller-Weinheim (natl.)	420
Abg. Massa (fortschr. Bp.)	421
Abg. Stork (natl.)	422
Amtmann Dr. Fecht	434
Abg. Wittemann (Zentr.)	436
Berichterstatter Abg. Nebmann (natl.)	439

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen der Zweiten Kammer: Dr. Max Dittler.  
Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.